M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 141 Mai 1987 DM 5,00

impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 4003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Gerhard Braun, Konrad Fisch, Wolf-Matthias Gall, Iris Harnischmacher, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Volker Heise, Daniela Heuberger, Peter Hübner, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Susanne Vollmer, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 142:
2. Juni 1987

Anzeigenschluß für Nr. 142:
9. Juni 1987

Inhaltsverzeichnis

Die neue Kälte aus dem BMZ

Was wir vom Entwicklungshilfe-Minister Klein zu erwarten haben

Die sorgfältig geplante Arbeitsteilung zwischen dem neuen Entwicklungshilfe-Minister Hans Klein (CSU) und seinem Förderer Franz-Josef Strauß bei der Gestaltung neuer Konturen für die bundesdeutsche Außenpolitik hatte einen spektakulären Auftakt: „Wir müssen ... den Rüstungsexport auch im Rahmen unserer außenpolitischen Verantwortung sehen"[1], ließ Klein Anfang April 1987 im Vorfeld des Bonner Staatsbesuchs des israelischen Präsidenten Chaim Herzog verlauten und löste damit Widerspruch vom Kanzleramt und Auswärtigen Amt sowie einen beträchtlichen Medienwirbel aus. Nach den formelhaften Beschwichtigungen von Regierungssprecher Ost war dann Strauß an der Reihe. Noch prägnanter als sein in die Regierungsloyalität eingebundener Minister kam Strauß zur Sache und erwies sich einmal mehr als *der* bundesdeutsche Tabubrecher: Was soll moralische Entrüstung? Was wahr ist, soll wahr bleiben, auch wenn Waffenlieferungen an Saudi-Arabien nicht gerade ins Besuchsprogramm des israelischen Staatsoberhauptes passen. Schließlich verhandeln zur Zeit mehrere bundesdeutsche Unternehmen mit den Saudis über die Lieferung von U-Booten mit einem Auftragsvolumen von 8 Mrd. DM.

Bei Differenzen zwischen den Regierungsparteien über die Rüstungsexportpolitik handelt es sich jedoch nur vordergründig um eine Kontroverse zwischen „Stahlhelmern" und „Genscheristen". Schließlich ist die Bundesrepublik in den 13 Jahren unter Außenminister Genscher zu einem führenden Rüstungsexportland aufgebaut worden. Strittig ist nur der Stil, nicht die Substanz der bundesdeutschen Außenpolitik. Was Genscher mit diplomatischem Fingerspitzengefühl ohne öffentliches Aufsehen billigen möchte, wollen die Gefolgsleute um Strauß lautstark und offensiv in der bundesdeutschen Öffentlichkeit vertreten dürfen.

Warum Warnke gehen mußte

Die plötzliche Abschiebung des bisherigen Entwicklungshilfe-Ministers Warnke an die Spitze des vergleichsweise unbedeutenden Verkehrsressorts fiel zwar nicht völlig unerwartet vom Himmel, hat aber doch einige Überraschung in Bonn ausgelöst. Von Warnke war zwar bekannt, daß er sich durch seine Herkunft aus der wirtschaftlich schwachen Grenzregion Oberfranken mehr der einheimischen Infrastrukturförderung als den internationalen Beziehungen verbunden fühlt. Aber er hatte seinen durchaus heiklen Job — auch nach Einschätzung kritischer Stimmen — immer besser in den Griff bekommen und konnte zunehmend öffentliche Anerkennung einheimsen.[2]

Was war geschehen? Warum wurde Warnke gegen seinen Willen und auf Kosten des verdienten bisherigen Verkehrsministers Dollinger (CSU) aus dem BMZ hinausgeworfen? Ausgelöst wurde diese wichtigste Personalentscheidung bei der Regierungsumbildung durch eine Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten, Franz Josef Strauß, kurz vor Abschluß der Koalitionsverhandlungen Anfang März 1987.



Entwicklungshilfeminister Klein auf Auslandsreise

Ursprünglich hatte Strauß mit der Idee gespielt, das BMZ durch eine erhebliche Ausweitung seiner Kompetenzen zu einer Art Außenwirtschaftsministerium aufzuwerten, um dann an dessen Spitze den Einfluß des FDP-geführten Auswärtigen Amts zurückzudrängen. Nach dem mageren Wahlergebnis für seine Partei im Januar 1987 jedoch mußte der CSU-Vorsitzende diese Pläne begraben.

Strauß war nun mit der Situation konfrontiert, daß sich seine außenpolitischen Vorstellungen nur durch die CSU-Minister in Bonn im täglichen Kleinkrieg am Kabinettstisch durchsetzen ließen. Und bei dieser Aufgabe hatte der oft unbeholfen auftretende BMZ-Minister Warnke in den letzten vier Jahren kläglich versagt. Also mußte eine Kämpfernatur her, die es an Erfahrungshorizont und Durchsetzungswillen mit Genscher aufnehmen konnte. Der mit allen Wassern gewaschene bisherige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Klein, war ohne Zweifel der für diese Spezialmission am besten geeignete Kandidat.

Kleins künftige Rolle in der bundesdeutschen Außenpolitik

Kleins Berufung ist als direkte Kampfansage des CSU-Vorsitzenden an den FDP-Außenminister zu verstehen. Noch stärker

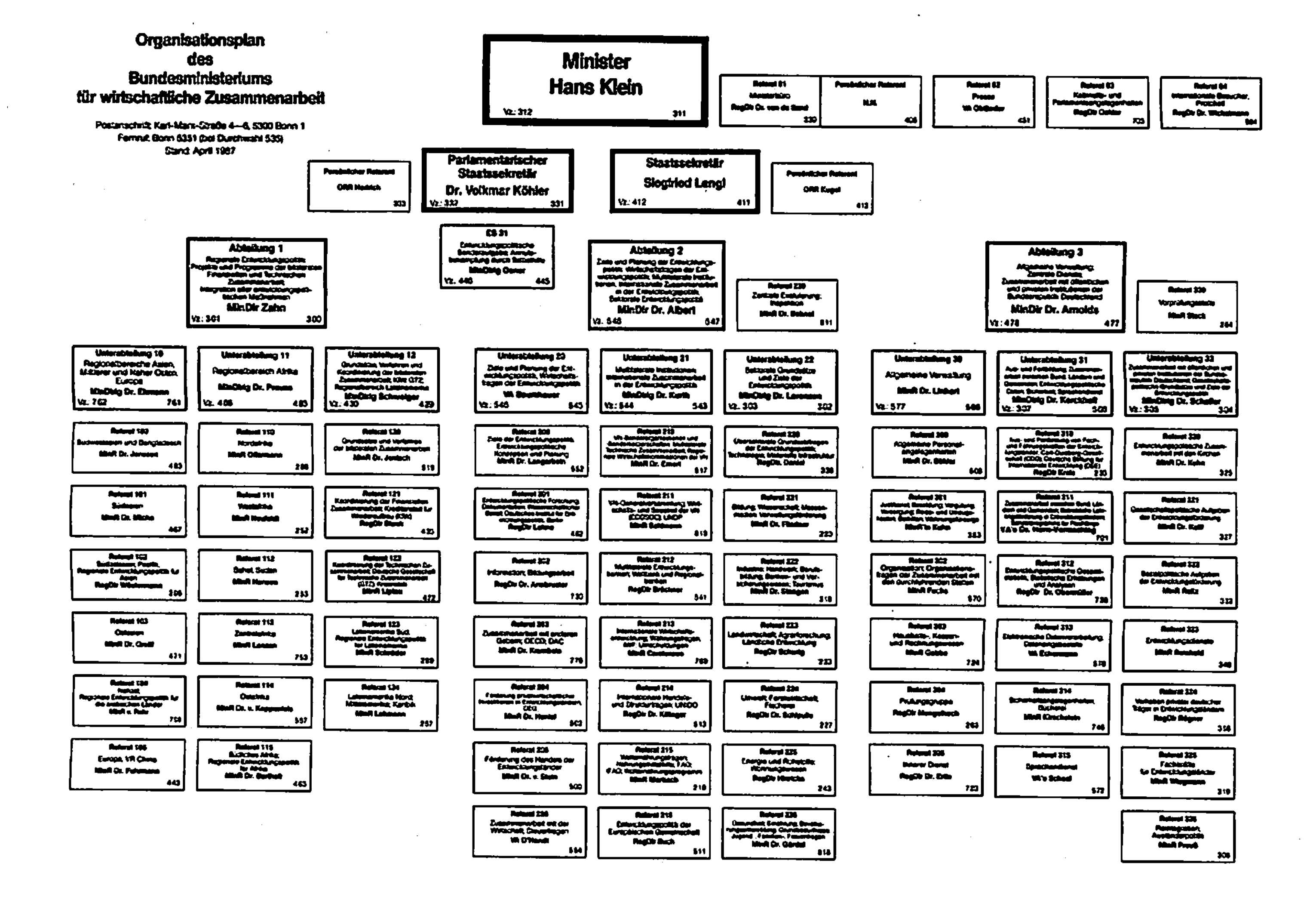
als in der Vergangenheit unter Warnke soll das BMZ zum Gegen-Außenministerium aufgebaut werden, das die Genscher-Linie in allen Regionen der Dritten Welt unterläuft und konterkariert. Im Bundeskabinett soll Klein die CSU-Minister und nach Möglichkeit auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU auf scharfen Konfrontationskurs gegen das Auswärtige Amt bringen. Außenpolitische Diskussionen am Kabinettstisch werden in Zukunft wohl lebhafter als in der Vergangenheit verlaufen, da Klein nicht der einzige neue Minister mit außenpolitischem Hintergrund ist. Genscher kann sich jetzt auf seinen bisherigen Staatsminister Möllemann stützen, der das Bildungsressort übernommen hat. An seine Stelle ist der bisherige außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Schäfer, nachgerückt, der die Position Genschers vor allem im Hinblick auf die Konfliktregion südliches Afrika stärken wird.

Die Konfliktlinie der CSU-Außenpolitik verläuft aber nicht nur in Abgrenzung zur FDP, sondern auch gegenüber Teilen der CDU.

Hans Klein selbst war es, der auf dem Höhepunkt des Streites der außenpolitischen Flügel im Herbst 1985, die CDU/CSU-Fraktion in „Genscheristen" und „Stahlhelm" einteilte. Damals, fünfzehn Monate vor der Bundestagswahl, fürchtete er um die einheitliche Außendarstellung der Außenpolitik von CDU/CSU und wandte sich mit mahnenden und ausgleichenden Worten in einem offenen Brief an die Repräsentanten der jeweiligen Flügel, Herbert Czaja und Karl Lamers. Bei der inhaltlichen Debatte in diesem „Flügelstreit", bei dem es mehr um die Ausgestaltung der künftigen Deutschland- und Ostpolitik sowie um Positionen zu SDI als um strittige Fragen zu Südafrika- oder Rüstungsexportpolitik ging, wurde offensichtlich auch ein Generationenkonflikt zwischen „jungen fortschrittliche Kollegen um Volker Rühe und alten rückständigen Politiker(n) hinter Herbert Czaja"[3] ausgetragen.

Es wird Hans Kleins charmanten, ausgleichenden Eigenschaften zugesprochen, daß zumindest in der Öffentlichkeit nicht mehr viel von Flügelkämpfen in der CDU-CSU-Fraktion zu hören ist. Allerdings wird auch künftig der Versuch, der CDU/CSU in der Außenpolitik ein „progressives" Image zu geben, für Streit und Unruhe in den eigenen Reihen sorgen. Dazu gehört auch die taktisch angelegte Menschenrechtskampagne des Generalsekretärs Geißler, der auf rhetorische Distanz zu einigen besonders gewalttätigen Regimes (z.B. Chile und Südkorea) gegangen ist. Da Geißler nicht dem Bundeskabinett angehört, hat Klein vermutlich wenig Widerstand von den CDU-Ministern zu erwarten. Zusammen mit ausgewiesenen CDU-Rechten, z.B. dem Verteidigungsminister Wörner, wird er in außenpolitischen Schlüsselfragen den Bundeskanzler unter

> Ob ein Mann wirkliches Format und Durchsetzungsvermögen hat und seiner Verantwortung gerecht wird, erweist sich immer noch am besten in Katastrophen- und Krisensituationen. Noch heute schwärmt Alois Rummel im Rheinischen Merkur / Christ und Welt (Klein war seinerzeit Pressechef der Münchner Olympiade): *„Man erinnere sich an die Nacht vom 4. auf den 5. September 1972: Terroristenüberfall auf die israelische Sportlerdelegation; im Pressezentrum im Olympia-Park hungerten 200 bis 300 in- und ausländische Journalisten nach letzten authentischen Nachrichten aus dem Munde von Klein, dem bestinformierten Mann über den Stand des Dramas... Den Ernst, den Klein aufbrachte bei dieser schwierigen Informationsaufgabe, die Souveränität, die Präzision der Lagebeschreibung — man hatte ihm all dies zugetraut: Sein Reden, sein Agieren waren vorbildhaft."* (20. 3. 1987)



Druck setzen, damit dieser seine Richtlinienkompetenz gegenüber Genscher ins Spiel bringt.

Außerdem hat sich Strauß eine weitere Sicherung einfallen lassen, um verstärkt Einfluß auf die Bonner Außenpolitik zu nehmen. Bei den Regierungsverhandlungen wurde die Institutionalisierung eines kontinuierlichen Abstimmungsprozesses zwischen den Koalitionsparteien vereinbart. Die Runde ihrer außenpolitischen Fachleute, darunter natürlich auch Franz-Josef Strauß, soll sich künftig mehrmals im Jahr treffen. Klein wird mit dem Sonderauftrag betraut sein, jede Positionsfestlegung der Bundesregierung in strittigsten außenpolitischen Fragen so lange zu verhindern, bis der CSU-Chef direkt an der Meinungsbildung beteiligt ist. Falls die CSU ihre gegenüber der letzten Regierungsperiode erheblich erweiterten Eingriffsmöglichkeiten systematisch nutzt, dürften die Freiräume Genschers deutlich schrumpfen.

Richtungsstreit bei Südafrika und Namibia vorprogrammiert

Das besondere Engagement Kleins für die Aufrechterhaltung der weißen Vorherrschaft in Südafrika und Namibia ist seit längerem bekannt. Als stellvertretender Vorsitzender der rechtslastigen Deutschen Afrika-Stiftung ist er fest in die bundesdeutschen Unterstützungsstrukturen für das Apartheid-Regime eingebunden. Die besondere Nähe Kleins zu dem rassistischen Unrechtssystem wird auch darin deutlich, daß er die Forderungen der schwarzen Mehrheit nach einer demokratischen Gesellschaftsordnung unmißverständlich zurückweist:

„Für die Schaffung eines Staatswesens, das allen Südafrikanern Heimat ist, Gleichheit vor dem Gesetz garantiert und die vollen Menschenrechte gewährleistet, ist in diesem Stadium — wovon bis jetzt auch die Mehrheit der Schwarzen überzeugt ist — die Formel „One man, one vote" ebenso untauglich wie etwa bei uns bei den Europawahlen. Da haben die Bewohner kleinerer Staaten auch relativ mehr Stimmen als die größeren Staaten."[4]

Freundschaftsdienste für die südafrikanischen Rassisten leistet Klein auch in Namibia. Bei den offiziellen Feierlichkeiten in Windhoek zur Einsetzung der sog. Übergangsregierung durch die südafrikanische Besatzungsmacht am 17. 6. 1985 verlas er voller Stolz eine Sympathie-Erklärung seines Parteichefs. Seine Anwesenheit stellte Klein bewußt als demonstrativen Akt gegen die Namibia-Politik des Auswärtigen Amts heraus, das verbal weiterhin an der Resolution 435 des UNO-Sicherheitsrats für eine international anerkannte Unabhängigkeit festhält. Für ihn ist klar, daß die Befreiungsorganisation SWAPO, die von der UNO-Vollversammlung als rechtmäßige Vertreterin des namibischen Volks bezeichnet wird, nicht unbedingt als Teilnehmer an einer Regierung nötig sei, die von der Bundesregierung anerkannt werden wolle.[5]

Ein erster Erfolg der CSU-Konfrontationspolitik in der Namibia-Politik ist schon zu registrieren: Die Passage im Entwurf für die Regierungserklärung Kohls im März 1987 zu Namibia, in der noch einmal das Beharren der Bundesregierung auf Resolution 435 betont werden sollte, wurde ersatzlos gestrichen. Klein ist fest entschlossen, den bisherigen Widerstand des Auswärtigen Amts gegen eine offene materielle und politische Unterstützung der sog. Übergangsregierung zu brechen. Zu diesem Zweck hat er die Einrichtung einer Namibia-Arbeitsgruppe erzwungen, in der neben den beiden zuständigen Ministerien (Auswärtiges Amt und BMZ) je zwei Bundestags-Abgeordnete der Regierungsparteien FDP, CDU und CSU vertreten sind. Als Folge der offensiven BMZ-Politik ist zu erwarten, daß die Entwicklungshilfe an Namibia in nächster Zukunft massiv ausgeweitet und dadurch eine faktische Anerkennung und Stabilisierung der von Südafrika kontrollierten Administration betrieben wird.

Die CSU verknüpft mit dieser Strategie die Hoffnung, daß die Bundesregierung die noch für dieses Jahr erwartete Scheinunabhängigkeit Namibias von Südafrikas Gnaden anerkennt und damit offen von der UNO-Resolution 435 abrückt. Es ist allerdings fraglich, ob die US-Regierung einen bundesdeutschen Alleingang auf dieser Ebene tolerieren wird.

Kleins Programm und Ideologie

Ähnlich wie Warnke bei seiner Berufung im Jahr 1982 gilt Klein als entwicklungspolitischer Neuling, obwohl er einige Jahre an bundesdeutschen Botschaften in der Dritten Welt zugebracht hat und während seiner ersten Wahlperiode im Bundestag (1976-80) dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit angehörte. Kleins Interesse an seinem Amt gilt eindeutig den außenpolitischen Einflußmöglichkeiten. Während Warnke vor allem der Förderung der bundesdeutschen Exportwirtschaft verpflichtet war, versteht Klein das BMZ als Hebel im weltweiten Kampf gegen den vermeintlichen sowjetischen Expansionismus. Vorrangige Ziele dieses kalten Kriegers sind der Ausbau der geostrategischen Positionen der NATO-Kernländer und das Abwürgen eigenständiger, emanzipatorischer Entwicklungsansätze in der Dritten Welt. Dabei handelt der neue BMZ-Minister in unbedingter Loyalität zu der US-amerikanischen „Schutz"macht und folgt dem schlichten Denkmuster eines fanatischen Anti-Kommunismus. Die Benennung Kleins ist ein offenes Bekenntnis zu einer interventionistischen Politik in der Dritten Welt, die kompromißlos westliche Interessen in politischer, wirtschaftlicher und militärstrategischer Hinsicht absichern will.[6]

Klein ist allerdings klug genug zu wissen, daß er seine wahren Absichten gegenüber der bundesdeutschen und internationalen Öffentlichkeit kaschieren muß, weil das Publikum schließlich ein bißchen humanitäres Engagement vom Entwicklungshilfeminister zur Beruhigung der sensiblen Gemüter verlangt. Schon in den ersten Stellungnahmen hat der Bundesminister deshalb seine große Anteilnahme an der weltweiten Not und seine Bereitschaft zu karikativen Maßnahmen und Katastrophenhilfe herausgestrichen. Als eine der ersten Amtshandlungen hat er die atemberaubende Summe von 2,5 Mio. DM für die Erdbebenopfer in Ecuador bewilligt.

Seine ausgiebigen Erfahrungen als Journalist wird Klein zu nutzen wissen, um die öffentliche Meinung durch klug inszenierte Rührszenen zu manipulieren. Einen Vorgeschmack auf die Fähigkeiten dieses Künstlers der politischen Selbstdarstellung konnten wir während seiner Reise mit dem Bundespräsidenten nach Bolivien genießen. Der Nachrichtenagentur ddp haben wir die folgende rührende Schilderung zu verdanken: „Minister Klein schwänzte Empfang und fuhr lieber zu den Armen in die Slums von La Paz... Er wollte sich lieber bei den 500.000 Einwohnern der Vorstadt von La Paz über Lebensbedingungen informieren als pure Höflichkeiten bei einem Empfang austauschen... Auf verschlammter Fahrbahn sitzen Indiofrauen vor Bergen aus Fleisch, Gemüse und Früchten... Dazwischen streunen Hunde, schlabbern trübes Wasser aus den mit Fäkalien verunreinigten Gossen. Minister Klein stapfte durch diesen Morast und schüttelte ungläubig den Kopf... In dieses Gespräch platzt ein Eisverkäufer, der über 100 Kinder in dichten Scharen anlockt. Aber sie haben kein Geld für diese Leckereien übrig. Klein holt ein paar Dollar aus der Tasche hervor und kauft den ganzen Vorrat für die Kinder auf... Die Männer sind betrunken. Lallen den Minister an... Klein hat genug Elend gesehen. Er bittet die Schwestern und Padres zu einem Gespräch ins Pfarrhaus und will wissen, wie er die Helfer spontan unterstützen kann... ‚Die deutsche Botschaft wird sie in den nächsten Wochen benachrichtigen, wenn ihre gewünschten Hilfsgüter eingetroffen sind', sagt der Minister bewegt."[7]

Wie geht's weiter im BMZ?

Es ist zu vermuten, daß Klein wenig Einfluß auf die Alltagsarbeit seines Hauses nehmen wird und die Führung des Apparats dem schon von Warnke nach Bonn berufenen früheren Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, Siegfried Lengl, überläßt. Klein wird wohl kaum Ambitionen entwickeln, um eigene entwicklungspolitische Akzente während seiner Amtszeit zu setzen. Die ideologisch-programmatische Wende des BMZ hatte schon sein Vorgänger in aller Gründlichkeit besorgt. Der Einsatz der BMZ-Gelder zur Exportförderung, das Steckenpferd

Zitatensammlung zu Hans Klein

„Der Export von Rüstungsgütern kann dazu beitragen in bestimmten Regionen der Welt den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern. Diese Erwägung ist in ihrer ethischen Ernsthaftigkeit unbestreitbar."

„...nicht Waffen verursachen Spannungen, sondern Spannungen führen zur Bewaffnung"[1]

„Wer eine wehrhafte Demokratie befürwortet, muß auch einem Minimum eigener Rüstungsproduktion zustimmen. Daraus folgt wiederum, daß man den Blick auf Konstruktions- und Produktionskosten ja sagen muß zu einem Minimum an Rüstungsexport."[2]

„Das erklärte Ziel dieser Entscheidung (US-Contra-Finanzierung, B. U.) ist jedoch, die Sandinisten zum Einlenken zu bringen, damit sie sich endlich zu einer Politik der Versöhnung und des Dialogs bereitfinden, wie ihn die CDU/CSU, die Opposition in Nicaragua, die Contadora-Gruppe und die USA seit langem fordern."[3]

Klein nach dem US-Angriff auf Libyen:
„Was sich die Europäer tatsächlich vorwerfen müssen, ist der Mangel an Solidarität mit den USA...", „...aus Europa hören sie überwiegend moralisierende und beleidigende Kritik. Das ist gefährlich. Es stellt eine ernsthafte Belastung der transatlantischen Beziehungen dar"[4]

Klein anläßlich der Debatte um den Besuch Reagans auf dem Soldatenfriedhof Bitburg:
„Wer gegen Amerika Stellung nimmt, der tut dies auch gegenüber der Bundesrepublik."[5]

„Wieviel nützliches Idiotentum im Sinne Lenins bestimmt jene Gruppierungen, die für den 8. Mai einen ‚Protestmarsch' von Dachau nach Mutlangen planen? Wieviel geschichtsunkundige Besessenheit lenkt jene größtenteils sogar akademisch gebildeten Menschen, die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß die Diktatur der NSDAP in Deutschland seit 40 Jahren beendet ist, die Diktatur der KPdSU und der Sowjetunion aber nach wie vor herrscht."[6]

„Ich weiß, daß es bei uns als Ausdruck besonders christlich-humanitären Engagements gilt, für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, der Eriträer, der Sahauri oder der Kurden zu schreiben, zu reden, zu demonstrieren, daß aber jeder als Ewiggestriger, als Nationalist, wenn nicht gar als Faschist beschimpft wird, der das gleiche Recht für die Sudetendeutschen, die Deutschen in der DDR oder eine der malträtierten deutschen Minderheiten im kommunistischen Mittel- und Osteuropa auch nur erwähnt."[7]

„Jetzt bin ich mit der Leitung des Entwicklungshilfeministeriums beauftragt worden und die gleichen Leute machen aus mir die Karikatur eines bösartigen, kapitalistischen Erzreaktionärs, der nichts anderes im Sinne hat, als hilfsbedürftige Länder zu bloßen Objekten rücksichtsloser Ausbeutung zu machen."[8]

Quellen:
1. Stuttgarter Nachrichten, 8. 12. 1986
2. dpa, 4. 4. 1987
3. Deutsche-Union Dienst, 2. 7. 1986
4. CDU/CSU-Fraktion, Pressereferat, 21. 4. 1986
5. Bayernkurier, 18. 5. 1985
6. Deutsche National-Zeitung, 1. 3. 1985
7. Sudetendeutsche Zeitung, 20. 3. 1987
8. Deutsche Tagespost Würzburg, 21. 3. 1987

Warnkes, liegt Klein nicht besonders am Herzen.[8] Dagegen steht zu erwarten, daß sich das BMZ verstärkt an den Strukturanpassungsprogrammen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds direkt oder begleitend beteiligen wird, bei denen es um die Durchsetzung eines privatkapitalistisch-weltmarktorientierten Ordnungsmodells geht. Dieser Ansatz paßt hervorragend in das Gesamtkonzept des neuen Ministers zur globalen Zurückdrängung selbstbestimmter Entwicklungswege in der Dritten Welt. Auch um einen Ausbau der Förderungsmittel und Instrumente zugunsten der bundesdeutschen Wirtschaftsinteressen in der Dritten Welt (z.B. bei Direktinvestitionen) wird sich Klein bemühen. Im Verhältnis zu den staatlichen Durchführungsorganisationen (z.B. Gesellschaft für technische Zusammenarbeit und Kreditanstalt für Wiederaufbau) und zu den nicht-staatlichen Trägern, die vom BMZ gefördert werden, muß mit einer härteren Gangart gerechnet werden. Kritische Positionen aus diesen Bereichen, z.B. von den kirchlichen Hilfswerken, werden in Zukunft wohl zu scharfen Sanktionen führen.

Schon in der Anfangsphase seiner Ministertätigkeit ist Klein sichtlich darum bemüht, die geographischen Zuständigkeiten seines Hauses auszuweiten. Seine erste Auslandsreise im Troß des Bundespräsidenten nahm er zum Anlaß, eine deutliche Anhebung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe für Lateinamerika anzukündigen. Damit rückt dieser Kontinent, der bisher eine untergeordnete Rolle in der Entwicklungspolitik gespielt hat, in den Mittelpunkt der außenpolitischen Ambitionen der BMZ-Führung. Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung in Südost-Asien und der dort bislang unterrepräsentierten bundesdeutschen Wirtschaftsinteressen ist zudem eine Verlagerung der BMZ-Politik in diese Wachstumsregion zu erwarten. Den Legitimationsgewinn für das BMZ, der Ergebnis dieser regionalen Schwerpunktverschiebung ist, wird Klein in der Kabinettsrunde offensiv zu nutzen wissen. Die in der Öffentlichkeit häufig beschworene Konzentration der BMZ-Mittel auf die besonders notleidenden Ländern Afrikas wird durch die geostrategisch begründete Neuausrichtung zu einem reinen Lippenbekenntnis abgewertet.

Der neue Minister und die Dritte-Welt-Gruppen in der Bundesrepublik

Die Benennung Kleins hat die entwicklungspolitisch interessierte Öffentlichkeit in hohem Maße alarmiert. Da er als ideologischer Scharfmacher mit klarem Feindbild-Denken bekannt ist, befürchten viele eine noch offenere Parteinahme des BMZ für repressive und menschenrechtsverletzende Regimes in der Dritten Welt.

Mit seiner aggressiven und verletzenden Rhetorik wird der neue Minister sicherlich das öffentliche Klima in der Bundesrepublik zu Dritte-Welt-Fragen belasten und polarisieren. Er wird es hervorragend verstehen, das „gesunde" Volksempfinden mit scharfmacherischen Sprüchen für sich zu mobilisieren. Der Schaden, der dadurch für die jahrzehntelange mühevolle Aufklärungsarbeit der Dritte-Welt-Gruppen entsteht, darf nicht unterschätzt werden. Das Getöse aus dem BMZ für eine ungenierte Machtpolitik gegenüber emanzipatorischen Regierungen und Bewegungen wird den Aufruf zu Solidarität mit den Armen und Unterdrückten in der öffentlichen Wahrnehmung überlagern. Andererseits bietet die „neue Ehrlichkeit" des BMZ-Ministers auch Chancen und Ansatzpunkte für eine wirkungsvolle Kritik der wirklichen Ziele in der bundesdeutschen Dritte-Welt-Politik.

Barbara Unmüßig und Thomas Fues

Anmerkungen:

1. Welt am Sonntag vom 5. 4. 1987
2. Vgl. die Würdigung von Warnkes BMZ-Amtszeit in Thomas Fues: Vier Jahre Warnke, in: Blätter des iz3w (Freiburg), Nr. 138 (Dezember 1986), S. 21 ff
3. Frankfurter Rundschau vom 5. 12. 1985
4. Rede im Deutschen Bundestag am 13. 9. 1985, Plenarprotokoll 10/157, S. 11773
5. Vgl. Allgemeine Zeitung, Windhoek, Namibia vom 20. 2. 1985
6. Dazu gehört z.B. auch, daß Klein Somalia zu einem Schwerpunktland bundesdeutscher Hilfe machen will und dies als nachträglichen Dank für die kooperative Haltung des Landes während der Mogadischu-Flugzeugentführung 1977 legitimiert. Vgl. Deutsche Tagespost, Würzburg vom 21. 2. 1987
7. Bericht des ddp-Korrespondenten Jochen Wagner vom 24. 3. 1987
8. Der von Warnke eingeschlagene Kurs der Exportförderung wird deshalb natürlich nicht korrigiert, aber auch nicht forciert werden.



Landreform in weite Ferne gerückt

Eine Woche lang hatten die Bauern unter der Führung der nationalen Bauernbewegung in den Philippinen, Kilusang Magbubukid ng Pilipinas (KMP), ein Volks-Camp vor dem Ministerium für Landreform (MAR) durchgeführt, um den zuständigen Minister, Herson Alvarez, aufzufordern, brachliegende Regierungs- und Privatländereien, einschließlich der Ländereien der Marcos-Günstlinge, sofort zu verteilen. Da sich dieser Dialog als ergebnislos erwies, wollten die etwa 15 000 Bauern vor den Präsidentenpalast ziehen, um bei Präsidentin Corazon Aquino auf die Erfüllung ihrer Forderungen zu drängen. Etwa 1000 Polizisten und Marineinfanteristen versuchten, die Andrängenden an der Mendiola-Brücke vor dem Präsidentenpalast zurückzuhalten. Nach Angaben von Reportern, die das Geschehen aus unmittelbarer Nähe verfolgten, eröffneten die hinter den Polizisten postierten Marineinfanteristen ein etwa ein-minütiges Gewehrfeuer auf die Demonstranten. Unter ihnen brach Panik aus. Sie flohen und wurden von der Polizei mit Jeeps in die umliegenden Straßen verfolgt. Einige Minuten später verhinderten Hunderte Soldaten mit Tränengas und Warnschüssen den Versuch von etwa 3000 Bauern, sich in der Nähe erneut zu einer Kolonne zu formieren.

Noch Jahre später wird sich das philippinische Volk an den Nachmittag des 22. Januar 1987 erinnern, als die Träume und Erwartungen philippinischer Bauern und Pächter nach Durchführung einer gerechten und tatsächlichen Landreform in Tränengas und Gewehrsalven brutal erstickt wurden und für Schlagzeilen in den internationalen Medien sorgten.

22 Bauern starben im Kugelhagel des Militärs, etwa 80 weitere Demonstranten wurden zum Teil schwer verwundet. Der Kommandeur der hauptstädtischen Polizeitruppe, General Ramon Montano, der sich nach dem Massaker an den Bauern „freiwillig beurlauben" ließ, verteidigte das Vorgehen seiner Leute als notwendige Abwehrreaktion. „Nur über meine Leiche" lasse er Demonstranten zum Palast. „Wir führen hier das Kommando. Eine Anweisung der Präsidentin ist nicht erforderlich." Diese war schon eine Stunde vor dem Eintreffen der Bauern von ihrer Wache aus dem Palast eskortiert worden, nachdem Warnungen vor Ausschreitungen eingegangen waren.

Landreform als Eckpfeiler der „Neuen Gesellschaft"

Als das Landreform-Gesetz 1954 von der Magsaysay-Regierung verabschiedet wurde- ein Gesetz, das auf die Bauernrebellion der Vierziger und Fünfziger- Jahre in Zentralluzon zurückzuführen war und das auf das wirkungslose südvietnamesische Konzept des „Land dem Bebauer" aufbaute - gehörten 2,4 Mio Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche knapp 14 000 Besitzern, mit 5 bis weit über 1000 ha je Besitzer. Diese Besitzverhältnisse haben sich bis heute nie wesentlich verändert.

Präsident Marcos erklärte unter dem Kriegsrecht (1972) das Landreform-Programm zum Eckpfeiler seiner „Neuen Gesellschaft". Die zunächst vorgesehene Umverteilung der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche wurde jedoch schon bald auf die Anbauflächen für Reis und Mais beschränkt. Letztendlich fiel lediglich eine Fläche von etwa 750 000 ha Reis- und Maisland mit etwa 400 000 Pächtern unter die Landreform, also etwa nur ein Sechstel des tatsächlichen von Reis- und Maisbauern bewirtschafteten Landes.

Nicht die Anzahl der ausgestellten „Certificates of Landtransfer" (CLT) sind maßgeblich, sondern die den Bauern ausgehändigten „Emancipation Patents" (EP). Dies bedeutet: Die CLT sind keine Besitztitel sondern lediglich eine Bescheinigung, daß das Ministerium für Landreform (MAR) das Land in seinen Akten registriert hat. EP werden nur dann an Pächter vergeben, wenn diese 15 Jahre lang regelmäßig ihre Schuldentilgung und Zinsen an die Landesbank entrichten, zahlende Mitglieder der „Samahang Nayon" oder einer anderen staatlich anerkannten Kooperative sind, sich den verschiedenen staatlichen Kreditprogrammen - wie Masagana 99 oder Maisagana - unterstellen und ihr Land regelmäßig bebauen.

Die Schuldentilgung an die Landesbank für den Erwerb des Landes errechnet sich aus dessen Wert. Dieser entspricht dem 2 1/2 fachen des durchschnittlichen Ertrages dreier vorangegangener Erntejahre plus 6% Zinsen. Diesen Betrag muß der Pächter in einem Zeitraum von 15 Jahren abbezahlt haben.

Minimalprogramm der KMP zur Landreform

Das Landreform-Programm von Marcos, das sich als großer Schwindel für die Bauern herausstellte, und die Durchführung der „Grünen Revolution", von der hauptsächlich transnationale Konzerne und Großgrundbesitzer profitierten, beschleunigten eine unvorstellbare Verarmung und Verelendung auf dem Lande. Trotz anderslautender Versprechungen, mit denen Corazon Aquino die Präsidentschaftwahl antrat, stützt sich ihre Regierung auch weiterhin auf die durch präsidentielle Verordnungen und Gesetze geregelten Praktiken zur Landreform aus der Marcos-Ära. Für die ländliche Bevölkerung besteht wenig Hoffnung, daß sie von der neuen Präsidentin und ihrem Kabinett die Unterstützung zur Durchführung einer tatsächlichen Landreform zugesichert bekommt.

Schon unter dem Kriegsrecht begannen die Bauern, sich gegen das Unrechtsystem und die Fremdbestimmung zu organisieren. Am 27. Juli 1985 wurde dann die philippinische Bauernbewegung KMP gegründet. Sie ist ein landesweiter Verband aus 48 regionalen Bauernorganisationen und hat etwa 750 000 eingeschriebene Mitglieder, erreicht aber tatsächlich zwei Millionen aktive Bauern und Landarbeiter. Die Verwurzelung der KMP in der Landbevölkerung, ihr Aufbau von der Gemeindeebene über Kreisverbände hoch zu regionalen Bündnissen machen ihre Stärke aus.

Heute treten überall in den Philippinen Bauern und Landarbeiter unter Führung der KMP und deren Mitgliedsorganisationen für die Ursachenbekämpfung ihrer Probleme ein: Gegen die ungleiche Verteilung des Bodens und die ländliche Verelendungspolitik, die auch unter der Aquino-Regierung ihre Fortsetzung findet. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach Durchführung einer tatsächlichen Landreform und nach Verbesserung der sozioökonomischen Lebensbedingungen auf dem Lande hat die KMP im Juni 1986 ein Minimalprogramm verabschiedet. Dieses umfaßt:

A. Beschlagnahmung aller Ländereievon Marcos und seinen Günstlingen, sowie allen Landbesitzes, der nachweislich durch Täuschung, Einschüchterung und unter Gewaltanwendung den Bauern weggenommen wurde. Freie Verteilung dieser Ländereien ohne Zahlung von Entschädigungen an diejenigen, die das Land bestellen und/bzw. wenig oder kein Land besitzen.

B. Einstellung aller Schuldentilgungen für Land, das unter das Reformprogramm von Präsident Marcos (PD 27) fällt und sofortige Verteilung der Besitztitel an die Pächter. Abschaffung von PD 27 und Erlaß der Schulden, die bei den Bauern aufgrund der staatlichen Programme von Masagana 99 und Maisagana entstanden sind.

C. Enteignung aller aufgrund von Hypotheken überschriebenen landwirtschaftlichen Flächen und Rückverteilung an die Bauern und Landarbeiter entweder in individuelles oder in genossenschaftliches Eigentum.

D. Beschlagnahmung von brachliegendem und verlassenem landwirtschaftlichen Besitz und Verfügung darüber.

E. Kostenlose Zuteilung von 20% der Plantagenbetriebe an die Landarbeiter zu ihrer Nutzung als Gemeinschaftsfelder für die Produktion von Nahrungsmitteln.

F. Senkung der Pacht bei allen Kulturen und Abschaffung des Wuchers.

G. Begrenzung der Fläche für den Anbau von Exportprodukten und Umstellung solcher Ländereien für die Produktion von Grundnahrungsmitteln.





Antikommunistisches Propagandaplakat

H. Überprüfung der staatlichen Ländereien auf Möglichkeiten zur Wiederansiedlung sowie die Durchführung von Wiederansiedlungprogrammen in abgeholzten Waldgebieten und auf nicht genutztem Staatsland, das unmittelbar



als landwirtschaftlich nutzbar klassifiziert werden kann.

I. Förderung der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit und Schutz der Rechte der Landarbeiter, Landfrauen, Siedler und der nationalen Minderheit.

KMP und die Neue Verfassung

Am 2. Febr. 1987 fand eine Volksabstimmung über die Neue Verfassung für die Philippinen statt. Die Verfassung wird den Filipinos ein kompliziertes politisches System aus Senat und Kongreß — nach US-Vorbild — aber ohne klare gesellschaftspolitische Prioritäten bescheren. Der Mehrheit der rund 26 Mio wahlberechtigten Filipinos ist der Verfassungstext unbekannt geblieben. Weniger aus grundlegender Überzeugung sondern vielmehr aus der Entscheidung heraus, „Für" oder „Gegen" Corazon Aquino zu stimmen, gab die Mehrheit der Filipinos ihre „Ja"-Stimme ab. So war bereits die Kampagne für die Neue Verfassung auf eine reine Personalpolitshow ausgerichtet, ohne auf Inhalte dieses als „Aquino-Verfassung" bezeichneten Grundgesetzes einzugehen.

Jimmy Tadeo, Vorsitzender der KMP und Mitglied in der Verfassungskommission hatte bereits Ende letzten Jahres gegen den neu ausgearbeiteten Verfassungsentwurf gestimmt. So rief die KMP auch im Vorfeld der Volksabstimmung dazu auf, am 2. Febr. mit einem „Nein" zu stimmen. Neben der inhaltlichen Kritik an der Neuen Verfassung kam eine politische Komponente hinzu: Corazon Aquino lehnte es monatelang strikt ab, Gespräche mit Bauernvertretern unter Hinweis auf dieses „Dokument" zu führen.

Von Anfang an konnten die Bauern nicht viel von der Verfassungsgebenden Versammlung, die das neue Grundgesetz ausarbeitet, erwarten. Sie war von reaktionären Politikern, Großgrundbesitzern und einflußreichen Geschäftsleuten dominiert. Obwohl die Bauern 70% der philippinischen Bevölkerung ausmachen, vertrat sie nur eines der insgesammt 48 Kommissionsmitglieder, nämlich Jimmy Tadeo.

An zwei Beispielen der Formulierung und der dahinter steckenden Konzeption wird bereits deutlich, wie die Hoffnungen der Bauern zunichte gemacht wurden.

Die ursprüngliche, von Tadeo vorgeschlagene Vorlage des Abschnitts über Landreform lautet:
Der Staat wird ein *echtes* Landreformprogramm durchführen, das sich auf den *Vorrang* der Rechte der Bauern und Landarbeiter gründet, das Land, das sie bebauen, direkt oder gemeinschaftlich zu besitzen. Zu diesem Zweck soll der Staat die gerechte Verteilung allen landwirtschaftlichen Besitzes fördern oder durchführen, der solchen Einbehaltungsgrenzen entgegenwirkt, die der Kongreß vorschreiben kann, und der einem *fairen und progressiven* System der Entschädigung unterliegt".

Der endgültige Text dieses Abschnitts wurde nach eintägiger Debatte wie folgt abgeändert:
„Der Staat wird per Gesetz ein Landreform-Programm durchführen, das auf dem Recht der Bauern und der Landarbeiter, die kein Land besitzen, gründet, das Land, das sie bebauen, direkt oder gemeinschaftlich zu besitzen, oder, im Falle von Landarbeitern, einen gerechten Anteil am Ertrag zu erhalten. Zu diesem Zweck wird der Staat eine gerechte Verteilung allen Landes fördern und durchführen,das den *Prioritäten und vernünftigen Einbehaltungsgrenzen* unterliegt, die der Kongreß vorschreiben kann, unter Berücksichtigung der ökologischen, entwicklungsgerechten und gleichrangigen Gesichtspunkte und abhängig von der Zahlung einer *gerechten Entschädigung*".

Die wesentlichen Begriffe sind in dieser Neuformulierung weggefallen. Der Begriff „echte Landreform" wurde reduziert auf „Landreform". Der Begriff „Vorrang der Rechte der Bauern" wurde zuerst in „Grundrechte der Bauern" umformuliert.

Einige Kommissionsmitglieder fanden dies immer noch zu „links"-lastig, so daß letztendlich nur der Begriff „Rechte" aufgenommen wurde.

Der Satz ein „faires und progressives System der Entschädigung" wurde wegen des Wortes „progressiv" als sozialistisch gebrandmarkt. Übrig blieb „Zahlung von gerechter Entschädigung". Im Protokoll mußte ausdrücklich vermerkt werden, daß Landbesitzer im voraus für die mögliche Abgabe ihres Landes bezahlt werden.

Eine Gefahr steckt im Begriff der „Prioritäten und vernünftigen Einbehaltungsgrenzen", die vom Kongreß festgelegt werden sollen. Dieser kann bspw. künftig festschreiben, daß bestimmte Anbaugebiete und große Plantagen nicht unter die Landreform fallen.

Im Abschnitt 4 des Artikels über die nationale Wirtschaft und Staatseigentum heißt es:
„Öffentliche Ländereien werden in Agrarland, Wald- oder Nutzholzgebiete, Land mit Bodenschätzen und Nationalparks eingeteilt. Nur Agrarland, *das durch Gesetz je nach der Nutzungsart, für das es bestimmt ist, klassifiziert wird,* kann den Bürgern der Philippinen übertragen werden.Kein Privatunternehmen oder eine Gesellschaft kann übertragbares öffentliches Land besitzen außer durch Pachtvertrag für eine Dauer von 25 Jahren. Dieser kann dann noch einmal um weitere 25 Jahre verlängert werden und nicht mehr als 1000 Hektar umfassen. Der *Kongreß wird durch Gesetz* die Größe des öffentlichen Landes, das von jeder qualifizierten Einzelperson, Gesellschaft oder Vereinigung entwickelt, genutzt, erworben oder gepachtet werden kann, und die Bedingungen dafür festlegen, unter Berücksichtigung der Bewahrung der ökologischen und entwicklungsgerechten Erfordernissen der natürlichen Ressourcen und gemäß den Erfordernissen der Landreform".

Nach Meinung von KMP kann der Satz „Das durch Gesetz je nach Nutzungsart, für das es bestimmt ist, klassifiziert wird" bedeuten, daß der Kongreß absichtlich Teile des Agrarlandes, das von großen

Unternehmen gepachtet ist, so klassifiziert, daß es von der Verteilung an philippinische Bauern und Landarbeiter ausgenommen wird.

Ein anderer Punkt ist die Möglichkeit der Pachtdauer auf 25 Jahre und verlängerbar um weitere 25 Jahre. Mit dieser Festschreibung hätten die Bauern weitere 50 Jahre auf die endgültige Verwirklichung der Landreform zu warten, da das Land fest in den Händen vor allem des ausländischen Agro-Business bleibt.

Die Aufgabe des Kongresses ist es zukünftig, die Größe des öffentlichen Landes festzulegen, das von Privatpersonen oder Gesellschaften entwickelt, genutzt, erworben oder gepachtet werden kann. Die eigentlichen Nutznießer dieser neuen Politik sind nur unschwer auszumachen, zumal kein Bauer im Kongreß vertreten sein wird.

Während bislang das Ministerium für Landreform (MAR) die Funktion des Entscheidungsträgers in Sachen Landreform innehatte, wurde in der Neuen Verfassung dieser Entscheidungsbereich dem Kongreß übertragen. Somit wird das MAR lediglich zum ausführenden Arm mit beratendem Status degradiert.

Unter PD 27 hat das MAR den Deckmantel der Autorität bei der Beilegung von Landkonflikten innegehabt. Deshalb arbeiteten anfänglich die Bauernorganisationen eng mit dem MAR zusammen. In manchen Fällen wurden sie sogar vereinnahmt, um dem angeblichen Landreform-Programm Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Bald durchblickten die Bauern die Motive der vom Staat eingesetzten landwirtschaftlichen Berater und die der staatlich gelenkten ländlichen Entwicklungsprogramme. So entschlossen sie sich, ihre eigenen Organisationen aufzubauen, die unabhängig vom Einfluß des MAR sind. Das Fehlen eines starken politischen Willens der letzten Regierung für die Durchführung einer echten Landreform wurde durch die Unfähigkeit des MAR bewiesen, den Bauern nach einem Jahrzehnt von PD 27 tatsächlich die Landtitel auszuhändigen.

Nach Annahme der Neuen Verfassung hat das MAR weniger Kopfschmerzen, denn dann werden die Bauern für ihr Recht auf Landbesitz sich mit dem Kongreß auseinanderzusetzen haben. Sie geben sich keinerlei Illusionen hin, daß dieser Kampf leichter wird. Die in der KMP organisierten Bauern werden nach der Volksabstimmung über die Neue Verfassung nicht aufhören, ihren Forderungen nach einer echten Landreform Nachdruck zu verleihen. Solange die Aquino-Regierung keinerlei Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Forderungen ergreift, werden sie auch weiterhin Aktionen durchführen, um vor Ort ihre Landreform durch Besetzungen von brachliegendem Land und der Reduzierung der Pacht in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der Bann ist gebrochen

Aus Protest gegen den blutigen Militäreinsatz an der Mendiola-Brücke sind fünf Mitglieder (zwei Drittel) der Regierungskommission für Menschenrechte zurückgetreten, darunter der Vorsitzende des Komitees, Rechtsanwalt José Diokno. Kurz zuvor hatte auch dessen Tochter ihre Demission aus der Regierungsdelegation für die Verhandlungen mit der Nationalen Demokratischen Front (NDF) erklärt. Es falle ihr zunehmend schwerer, die Position der Regierung zu vertreten.

Der Bann ist gebrochen, der Marienkult um Corazon Aquino stark im Schwinden begriffen. 20 000 Demonstranten gedachten am 26. Jan. 1987 der Toten des Mendiola-Massakers. Sie überquerten die Bannmeile der Brücke zum Regierungspalast und bewegten sich auf die dort versammelten Kabinettsmitglieder zu. War die Präsidentin monatelang für die Vertreter von Basisgruppen nicht zu sprechen, so traf sie nun endlich mit Vertretern der nationalen Bauernbewegung KMP zusammen.

In seiner Predigt für die Opfer des Mendiola-Massakers sagte Pater Ben Moraleda vom „National Ecumenical Forum for Church Response“: „Was kann Cory Euch heute sagen? Sie wird Euch ihr großes Bedauern aussprechen.(...) Sie wird eine neue Kommission einsetzen, die den Ereignissen auf den Grund gehen soll und ihr Bericht erstatten.(...) Sie wird nicht sagen, warum sie bekannte Marcos-Günstlinge in ihr Kabinett einberufen hat, warum in der kapriziösen Verfassungsgebenden Versammlung keine wirklichen Repräsentanten des Volkes saßen. Sie wird nicht sagen, daß ihre USA-Reise im vergangenen Jahr ein unwürdiger Akt war, daß sie im Austausch für die amerikanischen Gelder versprochen hat, die US-Einrichtungen in den Philippinen zu schützen ... Deshalb ist es vielleicht besser, wir versuchen nicht, Euch an diesem schwärzesten Tag unter dem neuen Regime Mut zuzusprechen. Gebt Eurer Trauer und Eurem Ärger nach, schreit Eure stillen Schreie in alle Welt hinaus.

Philippinengruppe Stuttgart



General Fidel Ramos, Chef der Nationalen Streitkräfte



Das Mendiola-Massaker

Ein Augenzeugenbericht

Am 21. Januar, einen Tag vor dem brutalen Massaker, fuhr ich zum Ministerium für Landreform in Quezon City. Rund 2.000 Bauern kampierten dort auf dem vierspurigen Quezon-City-Kreisel und hielten die Eingänge zum Ministerium besetzt. Vor sechs Tagen hatten sie ihr Lager vor dem Regierungsgebäude aufgeschlagen. An jenem Tag blockierten sie jedoch den Straßenverkehr und legten die Arbeit im Ministerium lahm. Mit Sammelbüchsen baten sie die Insassen der umgeleiteten Jeepneys und Autos um Spenden. Flugblätter wurden verteilt. Viele Passanten warfen ein paar Centavos oder Pesos in die rasselnden Blechdosen, und es gab keinen sichtlichen Ärger bei den Autofahrern über die Straßensperre.

Unter aufgeschnittenen Plastiksäcken, die provisorisch zu Zeltdächern zusammengenäht waren, saßen die Bauern auf dem Asphalt. Ich konnte deutlich erkennen, daß es wirklich Bauern waren. Sie hatten härtere Gesichtszüge als die Studenten oder Arbeiter, die ich bei früheren Protestaktionen und Demonstrationen in Manila gesehen hatte. Viele Bauern trugen nur Gummilatschen, Füße und Hände waren von der schweren Feldarbeit kräftig und ledern.

Lita, eine Sprecherin der Philippinischen Bauernbewegung KMP, die die ganze Aktion organisiert hatte, begrüßte mich freundlich in bestem Englisch. In der Blockadeleitung heftete sie mir ein Stück Schleife ans Hemd und klärte mich über die Hintergründe des Protestes auf. Im Juni 1986 hatte die KMP ein "Mindestprogramm für die Verwirklichung einer grundlegenden Landreform" der Regierung präsentiert. Mehrere Bauerndelegationen waren in den folgenden Monaten zum Präsidentenpalast in Manila marschiert, um eine Reaktion der Politiker zu bekommen. Sie wurden jedoch nicht einmal von Präsidentin Corazon Aquino empfangen. Nun wollte man den Forderungen noch mehr Nachdruck verleihen. Daher das sechstägige Zeltlager vor dem Ministerium für Landreform. Dazu waren die 2.000 Bauern aus den umliegenden Provinzen zusammengekommen. Am Vortage hatte ein Gespräch des Landreformministers Heherson Alvarez mit Jaime Tadeo, dem Vorsitzenden der KMP, stattgefunden. Diese führte jedoch zu keinen konkreten Ergebnissen. Alvarez pries die neue philippinische Verfassung an und wies die Forderungen der Bauern zurück. Danach hatte man sich zur Blockade entschlossen. Am nächsten Tag wollten die Bauern erneut zum Präsidentenpalast marschieren, der Präsidentin ihre Forderungen vorlegen und anschließend friedlich in die Heimatprovinzen zurückkehren, so erklärte Jaime Tadeo am selben Tag der Presse.

Als ich am nächsten Vormittag mit dem Jeep von Quiapo, einem Stadtteil im Zentrum Manilas zum Nationalen Kirchenrat in Quezon City fuhr, kamen mir die Bauern auf der anderen Straßenseite entgegen. Viele von ihnen trugen Strohhüte. Ich konnte rote Fahnen und rote und weiße Spruchbänder sehen.

Wenige Stunden später, etwa gegen 15 Uhr, erreichte ich die berühmte Mendiola-Brücke. Unter der 20jährigen Alleinherrschaft von Präsident Marcos endeten hier zahlreiche Demonstrationszüge. Sie wurden dort, wenige hundert Meter vor dem Präsidentenpalast Malacanang, brutal und oft mit Waffengewalt aufgelöst. Mehrere Filipinos waren dabei ums Leben gekommen.

Von den Bauern war noch nichts zu sehen, aber die Brücke und die Straße zum Malacanang war bereits voll mit Soldaten und Polizei. Ich ging langsam zum Palast und schaute mir die Militärmacht etwas genauer an. Dort standen in khakifarbenen Uniformen Einheiten der Integrated National Police aus Manila, die dem Capital Command (CapCom) angehören. Am Straßenrand und auf Transportfahrzeugen saßen mehrere Hundertschaften der Marines, Eliteeinheiten in Kampfanzügen und mit M-16 Schnellfeuergewehren ausgerüstet. Unter den wuchtigen Stahlhelmen wirkten ihre Gesichter sehr jung und unerfahren. Vielleicht waren die meisten von ihnen gerade um die 20 Jahre alt. Neben mehreren Löschzügen der Feuerwehr und Lastkraftwagen warteten auch reguläre Einheiten der Neuen Bewaffneten Streitkräfte der Philippinen (NAFP). Nach der Februar-"Revolution" von 1986 wurde das Militär in Neue Bewaffnete Streitkräfte umbenannt. Neu sind auf alle Fälle die Uniformen. Sie haben einen etwas weiteren Schnitt als früher, und auf dem rechten Oberarm prangt das weiß-rot-blaue Quadrat der philippinischen

Flagge, das Erkennungszeichen der damals gegen Marcos rebellierenden Militärs. Zwischen Brücke und Palast wartete also eine Übermacht von rund 600 Militärs und Polizisten auf die Demonstranten. Man war bestens vorbereitet.

Gegen 16 Uhr ging das Militär in Position. Vier Armeelastwagen standen kurz hinter der Brücke quer auf der Straße. Davor standen zwei gepanzerte Wasserwerfer des CapCom. Auf der Brücke selbst standen in drei Reihen etwa 60 Marines. Außer den M-16 Gewehren trugen sie jetzt rechteckige grüne Blechschilde. Auf der Innenseite derselben stand in weißen Buchstaben "Maximum Tolerance". Die erste Reihe wurde von CapCom Polizisten gebildet, die ebenfalls mit Schilden und mit langen Schlagstöcken ausgerüstet waren.

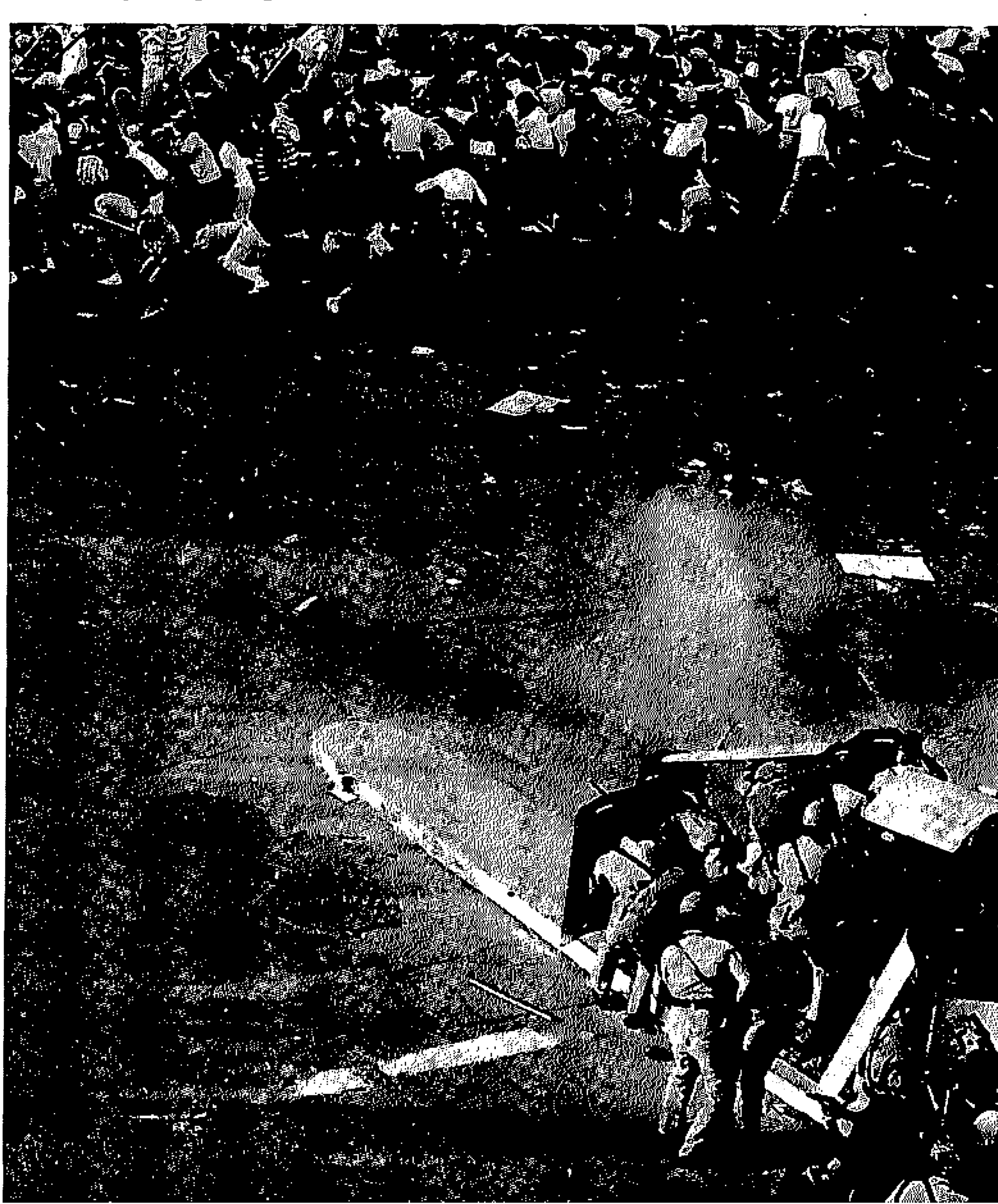
Etwa 200 Meter weiter vorne konnte ich jetzt den Anfang des Demonstrationszuges erkennen, der die ganze Breite der C.M.Recto Straße ausfüllte. Inzwischen waren auch die lokale und ausländische Presse und einige Fernsehteams eingetroffen. Ich mischte mich unter die Fotoreporter und machte Aufnahmen von den Marines. Ohne sichtbare äußere Regung blickten sie über die Köpfe der Reporter hinweg. Ich hielt nach einem geeigneten Standort Ausschau. Im dritten, obersten Stock des Corona-Gebäudes hatte ich auf einer Art Balkon einen hervorragenden Überblick. Direkt vor der Brücke, etwa zehn Meter unter mir, rückten jetzt Polizei und Militär weiter nach vorne. Die erste Reihe des CapCom stand nun an der Einmündung der Mendiola-Straße in die Legarda-Straße.

Die Bauern kamen langsam näher und erreichten Legarda. Es waren etwa achbis zehntausend Menschen, die die ganze Straße ausfüllten. Schaulustige begrüßten die Demonstranten mit Willkommensrufen. Neben den KMP-Transparenten konnte ich Spruchbänder der Studentenliga LFS und des Linksbündnisses BAYAN erkennen. In der ersten Reihe wurde eine Kette gebildet. Filipinos, von denen einige ihr Gesicht mit Halstüchern vermummt hatten, hakten die Arme unter. Einige Bauern trugen auch Holzknüppel. Ich spürte die Spannung, die in der Luft lag. Dann standen sich der Protestzug und die Polizisten direkt gegenüber. Auf der Seite der Bauern knallten zwei Kanonenschläge. An der linken Seite begann ein Handgemenge. Polizisten, die von der Menge leicht zurückgedrängt wurden, zückten die Knüppel und schlugen auf die Demonstranten ein. Gleichzeitig hörte ich direkt unter mir ein Kommando. Die Marines entsicherten die Gewehre und luden durch. Ich erschrak über das zigfache Klick-Klick. Inzwischen flogen Steine und Knüppel — wer hatte angefangen? Vermutlich die Bauern. Ich konnte deutlich erkennen, wie auch die Polizisten die Steine, die von den Blechschilden abprasselten, zurückwarfen. Dann fielen Schüsse. Ich begann zu zittern. Was passiert da? Ich zwang mich einfach, weiter zu fotografieren. Die Menge zog sich panikartig zurück. In der Anordnung eines Halbkreises warfen sich die Demonstranten auf die Straße, um Deckung zu suchen. Die Schüsse gingen weiter. Ich hörte Schreie, aber ich begriff nicht, was da geschah. "Die schießen nur in die Luft", sagte ich mir. Ich wollte es nicht begreifen. Mehr und mehr Filipinos krochen oder liefen weg, während das Gewehrfeuer noch immer andauerte. Nach vielleicht zwei Minuten war plötzlich Ruhe.Der Demonstrationszug war aufgelöst. Auf der Straße schräg unter mir lagen Hunderte von Gummilatschen, Schuhen, Strohhüten, Stöcken, Steinen und Transparenten und vielleicht zehn Menschen. "Die sind nicht tot, die sind nur verletzt", dachte ich beschwörend. Mein Blick fiel auf den völlig blutüberströmten und zerfetzten Körper eines Bauern. Ein Schock und gleichzeitig Wut durchliefen meinen Körper. Ich wollte schreien.

Die Schlacht war aber noch nicht beendet. Während Fotoreporter sensationslüsterne Aufnahmen machten und die Opfer von philippinischen Presseleuten fluchtartig und hektisch abtransportiert wurden, öffnete sich die Kette der Polizisten und Marines. Zwei Armeejeeps mit mehreren Elitesoldaten, die Gasmasken und besondere Kampfanzüge trugen, setzten der Menge nach. Mit Tränengas wurde auf die rennenden Demonstranten geschossen. Die Jeeps fuhren selbst in kleine Seitenstraßen, und die Soldaten feuerten ihre Tränengasgranaten auf die Menschen.

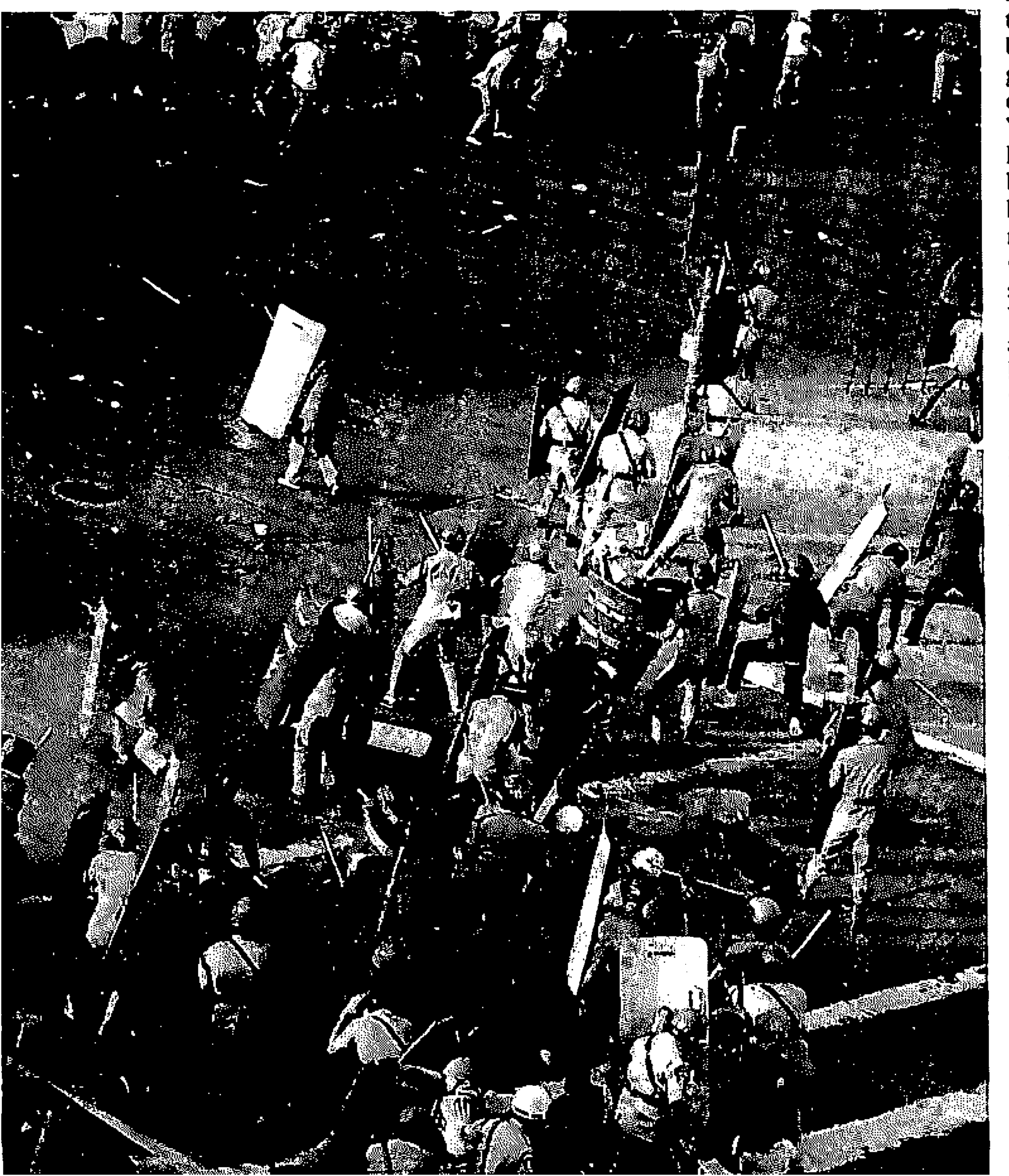
Wie benommen verließ ich das Gebäude. "Bloß weg hier." Auf der Straße angekommen, sah ich, wie das letzte Opfer eilig auf einem Jeep weggeschafft wurde. Mein Blick fiel auf die Blutlachen, Schuhe, Steine und Knüppel auf der Straße. Ich nahm einen heruntergekommenen und schmutzigen Bettler wahr, der sich ein Paar relativ neue Gummilatschen zusammensuchte. Im Laufschritt lief ich in eine Nebenstraße. Eine dicke Tränengaswolke schlug mir entgegen und brannte in Augen, Mund und Nase. In Hausereingängen und den vielen kleinen Geschäften drängten sich Demonstranten und Bewohner. Ich fuhr nach Hause.

Drei Wochen später fahre ich ins Executive House, dem neoklassizistischen alten Kongreßgebäude im Zentrum Manilas. Dort tagte seit über zwei Wochen das von Präsidentin Aquino eingesetzte Untersuchungsgremium, die Citizen's Mendiola Commission. Im dritten Stock fährt man mich in einen Büroraum und sucht die eidesstattliche Erklärung heraus, die ich eineinhalb Wochen vorher zusammen



mit einem Rechtsanwalt verfaßt und unterschrieben hatte. Nun bin ich als Zeuge geladen. Zuvor hatte ich mehrfach um eine nichtöffentliche Anhörung gebeten. Ich wollte nicht, daß mein Name unnötig in der Presse und vielleicht gar auf irgendwelchen geheimen Listen des Militärs erscheint. Mein Anliegen findet jedoch keine Beachtung. "Ach, Sie brauchen keine Angst zu haben. Viele Zeugen haben schon ausgesagt, und denen ist weiter nichts passiert", so der ablehnende Kommentar des Beamten. Man läßt mich schwören: "Die Wahrheit, und nichts als die Wahrheit. Mit Gottes Hilfe." Ich muß die von mir ebenfalls eingereichten Fotos als meine eigenen identifizieren. Der Beamte zeigt auf das eine Foto, auf dem deutlich drei Polizisten mit Handfeuerwaffen auf Demonstranten zielen: "Ah, hier sieht man es ja. Diese Rauchwolke dort muß von einer selbstgebastelten Bombe stammen, die die Bauern geworfen haben." Völlig überrascht über diesen Kommentar, protestierte ich nur vorsichtig: "Nein Sir, ich denke, die Wolke ist beim Abschuß von Tränengasgranaten entstanden." Ich schüttele den Kopf und denke mir, daß zumindest einige Beamte hier nicht ganz unparteiisch sein dürften.

Ich werde in einen großen und fensterlosen Büroraum geführt und gebeten, zu warten, bis mich die Kommission hereinruft. Hinter einem großen Schreibtisch erhebt sich ein kräftiger, nicht gerade schlanker, etwa 60 Jahre alter Filipino. Er stellt sich vor: Nestor Gonzales, Mitglied des der Mendiola-Kommission angegliederten Regierungsaussschusses. Eigentlich arbeite er für die Nationale Kriminalbehörde, man habe ihn jetzt aber für diese Arbeit freigestellt. Ich nehme Platz. Herr Gonzales lehnt sich in seinem breiten Kunstledersessel zurück, seine Beine legt er auf die herausgezogene oberste Schublade des Schreibtisches. Sein Barong Tagalog, das landestypische Oberhemd, das bei offiziellen Anlässen getragen wird, spannt sich über dem Bauch. Im Aschenbecher liegt eine erloschene Zigarre mit breitgekautem Ende. An seinem linken Handgelenk trägt er eine goldene Rolex, oder ist es nur eine sehr gute Imitation? Am rechten Handgelenk ein schweres Goldarmband. Ein Goldring mit den durch Diamanten dargestellten Initialien am linken Ringfinger —"so viele Klischees auf einmal", denke ich kurz. "So, aus Deutschland kommen Sie; ja, das ist ein sehr schönes Land. Ich bin schon oft in Europa gewesen. Zuletzt in Mailand und dann zusammen mit meiner Frau in Paris." Er zeigt mir eine Einladungskarte von der Tagung der Vereinten Nationen über internationale Verbrechensbekämpfung. "Ja, in Europa kann man gut leben. Und das Reisen ist so bequem. Ihre Eisenbahn dort ist hervorragend, und so pünktlich." "Er hat ja recht, zumindest was die Transportmittel betrifft", denke ich und stimme vorsichtig zu. Gleichzeitig muß ich an die Elendsquartiere hier denken und an den Bettler, der mich vor der Fahrt zum Kongreßgebäude hartnäckig für ein paar Centavos verfolgt hatte. Ob Herr Gonzales wohl auch mit der Bekämpfung der Korruption des nach wie vor aufgeblähten Staats- und Beamtenapparates beschäftigt ist?



Natürlich stelle ich keine derartigen Fragen. Unser Smalltalk geht weiter, über das Wetter hier und die Touristenplätze, die ich auf den Philippinen schon bzw. noch nicht gesehen habe. Schließlich bietet er mir Kaffee an, steht auf und entschuldigt sich, weil der Dienstbote gerade weg ist. In einem McDonalds Pappbecher bringt er mir eine Tasse Pulverkaffee. Bevor ich jedoch einen Schluck trinken kann, kommt ein junger Mann ins Zimmer und bittet mich in den Sitzungssaal. "Trinken Sie doch erst noch Ihren Kaffee", sagt Herr Gonzales. Ich bestehe jedoch darauf, sofort zu gehen.

Mit dem McDonalds Becher in der Hand betrete ich den großen Sitzungssaal, in dem vor dem Kriegsrecht der Senat getagt hatte. Auf dem extraweichen Teppichboden gehe ich federnd in Richtung des großen Pultes, an dem die drei Mitglieder der Mendiola-Kommission sitzen: der Vorsitzende Abad Santos, ein ehemaliger Richter des Obersten Gerichtshofes, der beisitzende Antonio Miranda, der ehemalige Präsident der philippinischen Bürgerrechtsunion, und Richter Jose Feria. Vor den dreien stehend, muß ich erneut schwören, daß ich nichts als die reine Wahrheit sage. Ich schwöre. Ich setze mich auf einen mächtigen, aber niedrigen Stuhl hinter einem quadratischen Tisch, etwa vier Meter vor dem Pult der Kommission. Ich setze mich bewußt aufrecht hin, um auf dem Stuhl nicht hinter dem Tisch zu versinken. Auf dem Tisch steht nur ein Mikrophon — und mein Pappbecher. Neben mir steht ein Mitglied des Regierungsausschusses, ein Anwalt, der die Befragung durchführt.

Inzwischen blendet mich ein Scheinwerfer, eine Fernsehkamera ist auf mich gerichtet, Blitze leuchten auf, so viel Aufmerksamkeit hatte ich nicht erwartet. Ich fühle mich ziemlich unsicher, versuche, mich zu konzentrieren und die ersten Fragen zu meiner Person langsam und deutlich zu beantworten. Nach etwa zehn Minuten werde ich endlich zum Tathergang befragt. Die dem Anwalt wohl wichtigste Frage wird wiederholt: "Haben Sie Demonstranten gesehen, die mit Gewehren oder Pistolen bewaffnet waren?" "Nein." "Haben Sie einzelne Polizisten gesehen, die auf die Demonstranten geschossen haben?" "Nein, ich konnte in dem Gewirr nicht bewußt einzelne Polizisten oder Soldaten wahrnehmen, die auf die Menge

schossen. Aber Polizei und Soldaten haben geschossen. Es war deutlich, und meine Fotos beweisen es."

Teilweise erlebe ich die Anhörung eher als Verhör. Mein Befrager versucht, mich in Widersprüche zu verwickeln. Will er nur meine Glaubwürdigkeit überprüfen, oder beabsichtigt er, mich zu diskreditieren? Ich denke nicht weiter darüber nach. Ich muß mich sehr konzentrieren, um alle Fragen möglichst präzise zu beantworten. Obwohl ich mir wenige Stunden nach dem Massaker viele Einzelheiten notiert hatte, war das nicht immer leicht. Zum Ende der Befragung, etwa nach einer halben Stunde, will die Kommission noch wissen, ob ich meine Negative für Vergrößerungen zur Verfügung stellen kann. Dann könne man eventuell die auf die Menge zielenden Polizisten identifizieren. Nach kurzem Zögern stimme ich zu, sage jedoch, daß ich diese erst noch zurückbekommen müsse, da sie im Moment bei einem befreundeten Fotografen seien.

Nach der Befragung interviewen mich noch zwei Reporter lokaler Tageszeitungen. Zum Ende des Gespräches bittet mich eine Journalistin zur Seite, blickt sich kurz um und flüstert mir zu: "Geben Sie auf keinen Fall die Negative ab. Geben Sie lieber nur die gewünschten Vergrößerungen der Kommission. Mit den Negativen kann leicht was passieren, oder sie könnten versehentlich verloren gehen."

Müde verlasse ich den Sitzungssaal. Auf dem Gang treffe ich Richter Feria und Antonio Miranda. Letzterer fragt mich nochmals, ob ich keine bewaffneten Bauern gesehen hätte. "Ich habe keine gesehen, und keine Handlung, die das brutale Vergehen von Polizei und Militär auch nur im geringsten rechtfertigen könnten." "Und Polizisten haben Sie ja auch nicht direkt beim Schießen gesehen." Ich stimme erneut zu. "Man kann ja auch nicht alles sehen", stellt Herr Miranda nüchtern fest.

Die Mendiola-Kommission tagte, nachdem Präsidentin Aquino zweimal einer Verlängerung der Untersuchungsdauer zugestimmt hatte, insgesamt fünf Wochen. In dieser Zeit wurden über 90 Personen, zum Teil mehrmals angehört. Neben direkten Augenzeugen aus Kreisen des Militärs, der Demonstranten und der anwesenden Journalisten wurden auch Kriminalbeamte, Experten für Ballistik und weitere Offiziere vorgeladen. Insgesamt fünf Ausländer hatten vor der Kommission ausgesagt. Die Mehrzahl der Zeugen gehörte dem Militär bzw. der Polizei an. Der Oberbefehlshaber des Capital Regional Command, Ramon Montano, ließ sich als einziger Zeuge des belasteten Militärs auf eigene Initiative für die Dauer der Untersuchungen vom Dienst suspendieren. Alle anderen befehlsführenden Offiziere blieben während dieser Zeit im Amt.

Das Militär selbst verwickelte sich im Laufe der Untersuchungen in etliche Widersprüche. Noch am Abend des Massakers rechtfertigte Montano die Aktion: "Welche andere Möglichkeit hätten wir denn gehabt? Hätten Sie gewollt, daß die Demonstranten bis zum Malacanang vordringen? Nur über meine Leiche!"

Einen Tag nach dem Massaker wurden auf Anordnung der Untersuchungskommission Paraffintests an allen am Vormittag eingesetzten Militärs durchgeführt. Bei 15 Polizisten und Soldaten fiel er positiv aus. Fünf der betroffenen Polizisten hatten jedoch vor dem Bekanntwerden des Ergebnisses des Paraffintests ausgesagt, daß sie während ihres Einsatzes unbewaffnet waren. Auf das Testergebnis angesprochen, sagten sie, daß die Pulverspuren an ihren Händen von Schußübungen vom Abend vor dem Einsatz in Mendiola stammen müßten. Ebenso wurde dem Militär befohlen, alle mitgeführten Waffen für eine ballistische Untersuchung abzugeben. 233 Schußwaffen wurden eingereicht. Aus keiner dieser Waffen wurden jedoch die Kugeln, die bei der Obduktion von zehn der erschossenen Bauern gefunden wurden, abgefeuert. Erst nach der Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses gestand der Kriminalbeamte Domingo del Rosario vor der Untersuchungskommission, daß kein einziger der Marines seine Waffe abgegeben hatte. Bei acht Marines war der Paraffintest positiv ausgefallen. Der für den Einsatz der Marines mitverantwortliche Oberst Cesar Nazareno behauptete vor der Kommission, daß er erst nach dem Gefecht, zum Zeitpunkt desselben sei er 300 Meter vom Ort des Geschehens entfernt gewesen, gesehen habe, daß ein Drittel der Marines mit Schnellfeuergewehren bewaffnet war. Nazareno war vom Vorsitzenden Abad Santos darauf angesprochen worden, ob er nicht wisse, daß bewaffnete Militäreinheiten, gemäß der Verordnung für öffentliche Versammlungen (BP 880), nicht gegen Demonstranten eingesetzt werden dürfen. Major Filemon Gazmin, der erste kommandierende Offizier der Marines, konnte, wie die anderen vorgeladenen Offiziere auch nicht aussagen, wer den Befehl zum Schießen gegeben habe.

Das Militär verwendete viel Energie darauf, ein aggressives und provokatives Verhalten der Demonstranten nachzuweisen. Mehrere selbstgebastelte Bomben, die angeblich von den Bauern geworfen wurden, legte das Militär vor. Drei Polizisten sagten aus, daß aus den Reihen der Demonstranten geschossen worden sei. Ein Blechschild mit Einschußlöchern wurde vorgezeigt. Weiter gibt es Zeugenaussagen des Militärs, daß Bauern mit Eisenstangen und nagelgespickten Knüppeln bewaffnet waren. Tatsächlich mußte sich keiner der eingesetzten Militärs in stationäre oder ambulante medizinische Behandlung begeben.

Das Militär veröffentlichte sogar einen Geheimdienstbericht über einen angeblichen "Plan Gelb", demzufolge die Gebäude der Centro Escolar Universität und des San Beda College zwischen der Mendiola-Brücke und dem Präsidentenpalast von 2.000 NPA-Guerillas besetzt werden sollte. Diese wollten sich, so der Bericht, unter die Bauern mischen und nach der Besetzung der Universitäten den Malacanang einnehmen. Montano, der diesen Plan zitierte, wollte damit die schwere Bewaffnung des Militärs rechtfertigen. Die Universitäten wurden am 22. Januar jedoch nicht über den angeblichen Plan informiert, und der Lehrbetrieb hatte völlig ungestört stattgefunden.

Der Anwalt Arnedo Valera, Präsident der Rechtshilfeorganisation SALAG (Structural Alternative Legal Assistance for Grassroots), der als Zeugen vorgeladenen Bauern vor der Mendiola-Kommission begleitet hatte, kritisiert die Arbeit derselben: "Sie wurde gebildet als reiner Untersuchungsausschuß, aber im Laufe der Anhörungen hat sich diese Intention geändert." Valera verurteilt vor allem das an die Kommission angegliederte Regierungsgremium (Legal Panel), das aus ranghohen Justizbeamten zusammengesetzt ist. Dieses Gremium leitete die Befragung der Zeugen, übernahm dabei jedoch zusehends die Rolle eines Anklägers der Demonstranten. Anwalt Valera: "Der Regierungsausschuß hat Vorurteile. Er versucht eindeutig, die Demonstranten zu belasten.

"Die Präsidentin hätte diese Mendiola-Kommission nicht einsetzen sollen", sagt Anwalt Valera. "Dafür wäre die Präsidiale Kommission für Menschenrechtsverletzungen zuständig gewesen." Die Vermutung liegt nahe, daß Präsidentin Aquino gegenüber dem Militär nicht vertreten konnte, die als liberal geltende Präsidiale Menschenrechtskommission mit der Untersuchung des Falles zu betrauen. Folglich wurde die Mendiola-Kommission gebildet. Anwalt Valera betrachtet allein Richter Feria als aufrechte Persönlichkeit. "Abad Santos ist ein ehemaliger Marcos-Mann."

Am 27. Februar legt die Kommission ihren 33 Seiten umfassenden Bericht über die Ergebnisse der Untersuchungen der Präsidentin vor. Es wird darin die Empfehlung ausgesprochen, Tadeo für seine "aufrührerischen Aktionen und Äußerungen" vor Gericht zu stellen. Zusammen mit dem Vorsitzenden der Bauernbewegung soll eine Reihe weiterer Anführer von Bauern- und Fischerorganisationen, die ebenfalls an der Protestaktion beteiligt waren, angeklagt werden. Die Anschuldigung der Anstiftung zum Aufruhr stützt sich vor allem auf die "aufhetzende" Äußerung, die Tadeo am Morgen vor dem Marsch zum Malacanang gemacht hatte: "Wir haben entsprechend der Forderung der Präsidentin die Barrikaden vor dem Ministerium für Landreform abgebaut und fordern die Präsidentin auf, daß sie die Barrikaden vor Mendiola demontiert, andernfalls werden wir sie niederreißen, und es wird Blutvergießen geben." Tadeos Erklärung, daß diese Äußerung rhetorisch war und ihm nach der gescheiterten Verhandlung über eine Aufhebung der Straßensperre vor Mendiola entglitten ist, wurde nicht akzeptiert.

Der Untersuchungsbericht empfiehlt



ebenso "Zwangsmaßnahmen" gegen sechs befehlsführende Offiziere, angesichts der Fahrlässigkeiten bei der Auflösung der Demonstration. Der Bericht stellt fest:

- Es wurden sehr junge Marines eingesetzt, die zum Teil noch nicht einmal ein Jahr im Dienst waren.
- Der Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas wurde nicht ausreichend vorbereitet.
- Es wurden keine Stacheldrahtbarrikaden aufgestellt.
- Die Bewaffnung der Soldaten war ein Verstoß gegen das Gesetz.

Angesichts dieses Befundes wirkt die bloße Forderung von Zwangsmaßnahmen für die Militärs nicht gerade angemessen gegenüber der Empfehlung der Strafverfolgung von Tadeo und anderen Bauernführern. Der Präsidentensprecher Teodoro Benigno bezeichnet den Bericht jedoch als "wohl ausgewogen". Er sei sowohl für das Militär als auch für die Bauern unbequem.

Als Augenzeuge halte ich den Bericht für einen Skandal. Der Einsatz von Schußwaffen war bei der mangelhaften "friedlichen" Absicherung des Ortes und bei der bekannten großen Zahl der Demonstranten, die natürlich nach der erfolglosen Blockadeaktion aufgebracht waren, vorprogrammiert. Hierfür tragen die einsatzleitenden Offiziere die volle Verantwortung. 19 Menschen wurden erschossen. Auch wenn einige Bauern mit Holzknüppeln und Steinen "bewaffnet" waren, nie gab es eine Provokation derselben, die einen Einsatz von Schußwaffen gerechtfertigt hätte. Noch weniger zu rechtfertigen ist das Andauern des Gewehrfeuers auf die sich zurückziehenden bzw. am Boden liegenden Demonstranten.

Selbst nach der Ankündigung von Zwangsmaßnahmen müssen die betroffenen Offiziere mit keinen ernsthaften Konsequenzen rechnen. Die Ergebnisse anderer Untersuchungen und Verfahren zu Menschenrechtsverletzungen und Mord von Seiten des Militärs beweisen es:

- Bis heute hat die Untersuchung der Ermordung Benigno Aquinos am 21.8.84 zu keinem konkreten Ergebnis geführt.
- Die Gerichtsverhandlung gegen 45 Soldaten, die nach dem Massaker von Escalante im September 1985 wegen mehrfachen Mordes angeklagt wurden, dauert noch an.
- Die Untersuchungen über die Ermordung des Gewerkschaftsführers Rolando Olalia im November 1986 dauern noch an.
- Die Armeeinheit, die für das Massaker von Lupao vom 10.2.87 verantwortlich ist, steht lediglich unter "Hausarrest".
- Selbst die Mehrzahl der für den Putschversuch von Ende Januar '87 verantwortlichen Offiziere ist noch auf freiem Fuß.

"Die Präsidentin sollte endlich die zivile Vorherrschaft der Regierung über das Militär einklagen", fordert Anwalt Valera. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. Nach wie vor ist das Militär mit seinen unterschiedlichen Fraktionen Machtfaktor Nr. 1 im Land. General Ramos, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, fordert inzwischen sogar Ministerposten für Militärs. Auch die vom 22.-25. Februar, dem Jahrestag der "Wunderrevolution" von 1986, gefeierte Versöhnung von Volk und Militär kann nicht über die Tatsachen hinwegtäuschen. Die Übergriffe des Militärs auf die Zivilbevölkerung nehmen in der inzwischen auf vollen Touren laufenden Offensive gegen die Guerillabewegung NPA zu. Und die Präsidentin hat das Militär nicht unter Kontrolle. Auf einem Lastwagen vorbeifahrende Armeesoldaten, mit Aquino-gelben Schleifen am Oberarm, Helm und Gewehrlauf, grüßten mich am 25. Februar grinsend mir dem V-Zeichen der Marcos-Loyalisten. Solange dieses Monster Militär nicht gezähmt wird, werden die Menschenrechtsverletzungen andauern, werden die eingesetzten Untersuchungsgremien nicht anders als die Mendiola-Kommission arbeiten. Wird Präsidentin Aquino dazu in der Lage sein? Sie sollte ernsthaft ihren Rücktritt erwägen, will sie ihrem aufrichtigen und menschlichen Image gerecht werden.

Tim Kuschnerus

Die Fotos sind von T. Kuschnerus

„Eine wirkliche Landreform wird verhindert..."

Interview mit Juliela und Jose M. Sison

Frage: *Für die Wahlen zum Senat am 11. Mai kursiert eine Liste mit 24 Kandidaten, die von Präsidentin Cory Aquino abgesegnet ist. Auf dieser Liste sind vertreten: acht konservative Kabinettsminister, einige Senatoren aus der Kriegsrechtsära unter Marcos, Geschäftsleute und Verwandte von Fidel Ramos und Präsidentin Aquino selbst. Ein Jahr nach dem Sturz von Marco scheint nicht „People Power", sondern die philippinische Bourgeoisie die große Gewinnerin der „Februarrevolution" zu sein.*

Wie schätzen Sie die Chancen der einzigen Linkspartei, Partido ng Bayan, bei den Parlamentswahlen am 11. Mai ein und wie sieht überhaupt der demokratische Spielraum in den Philippinen aus?

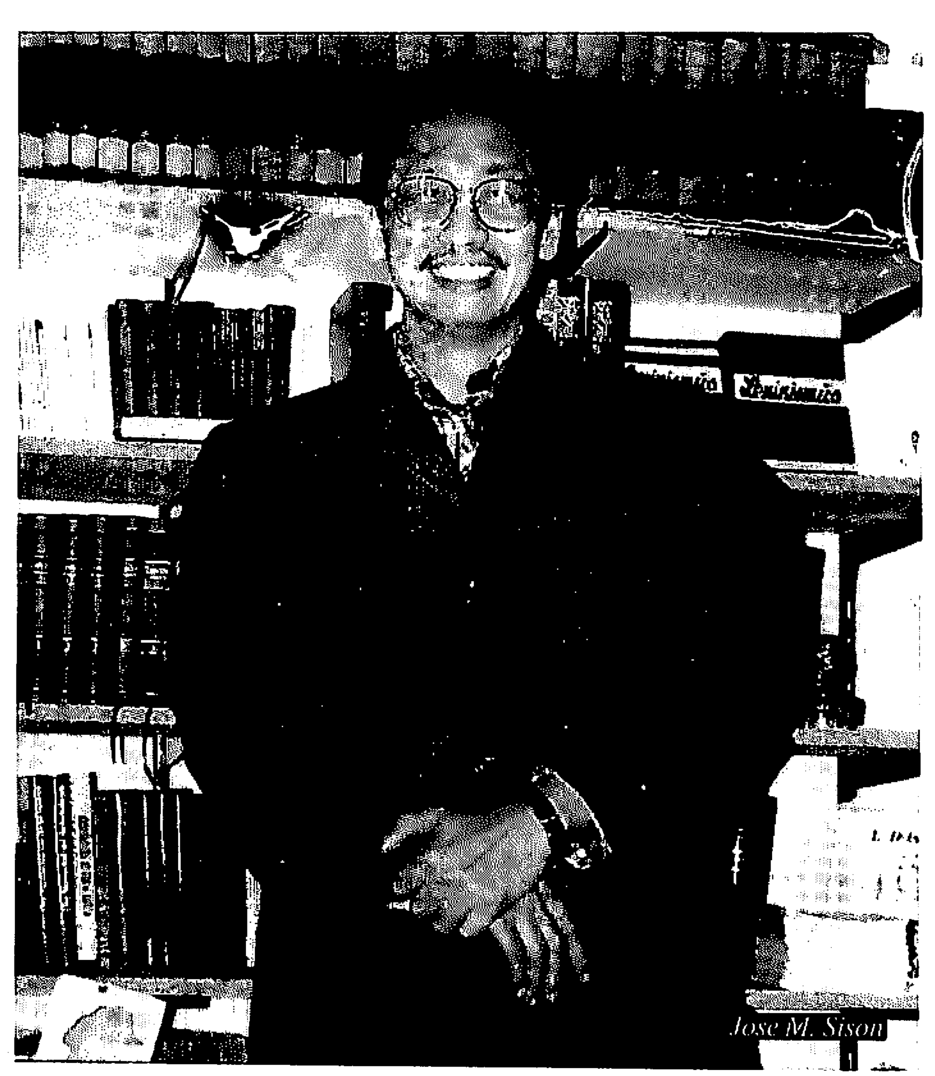
Jose M. Sison: Es ist richtig, daß die wirtschaftliche Elite und die Großgrundbesitzer im jetzigen Wahlspektakel politisch überdurchschnittlich repräsentiert sind. Und es gilt als ziemlich sicher, daß die von Aquino gebilligte Liste der Senatskandidaten mit überwältigender Mehrheit akzeptiert werden wird.

Sechs Kandidaten dieser Liste müssen als Dekoration mit progressivem Image herhalten, der Rest ist aber ganz klar konservativen Zuschnitts.

Partido ng Bayan kann nur sieben von insgesamt 24 Kandidaten aufstellen. Ich denke das zeigt auch, daß die Verleumdung, Terroranschläge und administrative Maßnahmen gegen Partido ng Bayan üble Auswirkungen hatten. Obwohl die Verleumdungskampagne gegen PnB in der Gründungsphase intensiviert wurde, konnte die Partei mit dieser Kampagne noch recht gut umgehen. Aber der Mord an dem Vorsitzenden der Partei, Rolando Olalia, war ein schwerer Schlag. Und dann mußte die Partei mit den verschiedenen administrativen Behinderungen umgehen. So hat beispielsweise die Wahlkommission (Comelec) nicht sofort die Registrierung von Partido ng Bayan zu den Wahlen zugelassen, weil es wohl zuerst auf höherer Ebene eine Entscheidung gab, PnB überhaupt nicht an den Wahlen teilnehmen zu lassen. Erst am allerletzten Tag, unmittelbar vor Schließung der Listen, hat PnB die Registrierung erhalten. Außerdem kosten die Senatswahlen sehr viel Geld, weil die Senatoren überregional gewählt werden. Deshalb denke ich, daß PnB die größten Chancen bei den Unterhauswahlen haben wird, weil die Kandidaten hier auf regionaler Basis gewählt werden. Partido ng Bayan könnte ca. 20% der Sitze des Repräsentantenhauses gewinnen. Dennoch gibt es ein großes Aber: Dem Militär ist es ein leichtes, ihre Kräfte in den Regionen zu konzentrieren, in denen PnB besonders stark ist. Militärische Überfälle und Störmanöver sind nicht auszuschließen.

Frage: *In welchen Regionen rechnet Partido ng Bayan mit besonders vielen Stimmen,*

Julieta Sison: PnB kann in ganz Mindanao, in den Ost-Visayas, in Teilen von


Jose M. Sison

Jose Maria Sison, angeblicher Gründer der Kommunistischen Partei Philippinen (CPP), saß von 1977 bis März 1986 als politischer Gefangener des Marcos-Regimes im Gefängnis ein. Sison gilt als einer der bedeutendsten Dichter und Schriftsteller seines Landes. Für seinen 1985 veröffentlichten Gedichtband „Prison and beyond" erhielt er im Jahr darauf den „Südostasien Schriftsteller Preis".

Julieta Sison ist Mitbegründerin von Partido ng Bayan und Vorsitzende der Kommission für internationale Beziehungen ihrer Partei.

West Visayas, in Bicol, in Süd-Tagalog, in Teilen von Zentral-Luzon, in Metro-Manila, in Teilen der Cordillieras, in Cagayan-Vally und in Teilen der Ilocos-Region (Heimatregion Marcos) stark sein. Aber gerade in Ilocos ist ziemlich klar, daß die Enrile und Marcos Fraktionen einiges gegen Partido ng Bayan unternehmen werden.

Außerdem gibt es natürlich jede Menge Behinderungen gegen PnB mit Langzeiteffekt: Die philippinische Oberschicht kontrolliert mittels der Massenmedien nach wie vor die öffentliche Meinung. Sie hat gerade in den letzten Monaten ihre anti-kommunistische Propaganda verstärkt und in diese anti-kommunistische Hysterie wird auch PnB miteinbezogen.

Frage: *Wird Partido ng Bayan im Wahlkampf durch das „illegale" Linksbündnis „National Democratic Font" (NDF) unterstützt?*



Jose M. Sison

> Das jetzige Programm umfaßt lediglich Land, das von Großgrundbesitzern freiwillig abgegeben wird...

Jose M. Sison: PnB ist eine legale politische Partei, die im Rahmen der Verfassung arbeitet: NDF ist eine revolutionäre vereinigte Frontorganisation, die eine Volksregierung mit eigener Verfassung anstrebt. Aus diesem Selbstverständnis ergibt sich zunächst, daß NDF außerhalb der Verpflichtung steht, an dieser „Wahlübung" der Manila-Regierung teilzunehmen. Allerdings bedeutet das nicht, daß NDF nicht bereit ist, in einer wahrnehmbaren Weise PnB zu unterstützen. Die NDF erkennt PnB als die beste aller Parteien im legalen Spektrum an, weil PnB für die nationalen und demokratischen Rechte und Interessen des philippinischen Volkes kämpft.

Frage: *Die zentrale Aufgabe des Parlamentes wird die Forderung nach einer umfassenden Landreform sein. Welche Position nimmt PnB dazu ein?*

Jose M. Sison: Partido ng Bayan unterstützt die Vorschläge von KMP (größte unabhängige Bauernorganisation) für ein Minimum-Programm zur Landreform. Diese Vorschläge beinhalten drei wesentliche Forderungen:

sofortige Verteilung von Land an die landlosen Bauern, den Aufbau von Kooperativen und die Unterstützung der Regierung für die Durchführung der Landreform.

Ich will die einzelnen Aspekte noch etwas genauer erläutern. Was die Landverteilung anbetrifft, so gibt es jetzt bereits Land, das ohne größere administrative Maßnahmen sofort verteilt werden könnte. Es ist brachliegendes Land vorhanden und vor allem gibt es große Flächen, das den parasitären Großgrundbesitzern gehört, die das Land seit Jahrzehnten ausbeuten; das ist das Land, das sich die Marcos- und Romualdez-Familien einfach genommen haben.

Und es gibt ausgelaugtes Land, d.h. ehemals bewaldetes Land. Teile davon müßten jetzt wieder aufgeforstet werden, um das ökologische Gleichgewicht wiederherzustellen, andere Flächen könnten aber sofort an die Landarbeiter verteilt werden.

Leute, die sich in den letzten Jahren Land gekauft haben, durchaus mit ehrenhaft verdientem Geld, könnten vom Staat zum gängigen Markpreis entschädigt werden. Dieses zurückgekaufte Land könnte dann zu einem Subventionspreis an die landlosen Bauern weiterverkauft werden. Der Marktpreis sollte aber in keinem Fall an die bezahlt werden, von denen ich vorher gesprochen habe. Das Haupthindernis für die Landreform, wie sie die Aquino-Verfassung vorsieht, besteht in der Tat darin, daß die Großgrundbesitzer Marktpreise für ihr Land fordern.

Was den Aufbau von Kooperativen betrifft: das sollten die Bauernorganisationen selbst in die Hand nehmen. Sie haben in den letzten Jahren viel Erfahrung bei der Produktion, beim Marketing und der Kreditbeschaffung von Kooperativen gesammelt.

Die Regierung muß zuallererst die Rahmenbedingungen für die Landreform zur Verfügung stellen: technischen Service, billige Kredite usw. Die Bauernorganisationen und Genossenschaften könnten alles weitere selbst regeln, wenn sie von der Regierung die notwendige Unterstützung erhielten.

Frage: *Gerade die Frage der Finanzierung hat schon im jetzigen Aquino-Kabinett für heftige Meinungsverschiedenheiten gesorgt. Streitpunkt hierbei ist vor allem, ob und/oder in welchem Ausmaß sich die Philippinen über Weltbankkredite im Ausland verschulden sollten. Wie stellt sich PnB die Finanzierung der Landreform vor?*

Jose M. Sison: Zuerst möchte ich noch einmal auf das von Präsidentin Aquino vorgeschlagene Landreformprogramm zurückkommen. Dieser Vorschlag, wie er bisher in der Verfassung steht, verhindert eine wirkliche Landreform. Die Tatsache, daß der künftige Senat von Unternehmern und Großgrundbesitzern dominiert sein wird, wird eine Lösung der Schlüsselfragen, wie etwa die Entschädigung zu Marktpreisen oder eben nicht, verhindern. Der derzeitige Regierungsentwurf ist vom selben Mann entwickelt worden, der auch schon für die Marcos-Landreform verantwortlich war. So überrascht es

nicht, daß das Aquino-Programm eine bloße Fortsetzung des Marcos-Programms ist. Den Großgrundbesitzern wird dabei eine Chance gegeben, ihr Land aufzuwerten. Dies ist schon jetzt zu beobachten: Während der Marcoära war das Land durchschnittlich 20.000 Pesos pro Hektar wert, nun liegt der Marktpreis schon bei 50.000 Pesos/Hektar. Auch die 20.000 Pesos konnte sich ein Bauer nicht leisten, weil er meist schon vor dem Landkauf verschuldet ist. Wenn es dem einen oder anderen doch gelingen sollte den Kaufpreis aufzubringen, so ist er bald mit den Jahr für Jahr steigenden Produktions- und Lebenshaltungskosten konfrontiert. Außerdem wird die landwirtschaftliche Produktion sehr oft durch Militäraktionen kaputtgemacht. Hinzu kommen Naturkatastrophen. Allein deshalb ist es in den Philippinen so gut wie unmöglich, drei Jahre hintereinander gute Ernten einzufahren.

Die Marcos-Landreform, wie auch die jetzt von Aquino geplante, bedeutete nichts anderes, als den Transfer von Land von einem Großgrundbesitzer zum anderen. Unter Marcos haben gerade 2.100 Bauern insgesamt 2.000 Hektar Land zugeteilt bekommen. Es wurde entweder staatseigenes Land oder Land von kleineren Landlords verteilt, nationalen Minderheiten wurde Land weggenommen. Profitiert haben ausschließlich die Marcos- und Romualdez-Familien sowie seine „Vettern", die Benedictos, die Eduardo Cojuangcos. Das jetzige Programm umfaßt lediglich Land, das die Großgrundbesitzer freiwillig herausrücken, unfruchtbares Land, beschlagnahmtes Land. Und genau diese „Verteilung" des Landes soll finanziert werden durch einen Weltbankkredit in Höhe von 500 Mio. US $. Und selbst für diese Variante von Landreform gibt es bereits Hindernisse.

Denn eine neue Gruppe von Günstlingen, angeführt vom Bruder Cory Aquinos, José Cojuangco, nimmt sich bereits das Land, welches im Reformprogramm der

> Die derzeitige Landreform wurde vom selben Mann entwickelt, der auch die Marcos-Reform entwickelt hat...

Regierung eigentlich erst verteilt werden soll. Ich denke, an diesem Punkt wird wohl ziemlich klar, daß weder die philippinischen unabhängigen Bauernorganisationen noch Partido ng Bayan die Vorschläge des Aquino-Kabinetts zur Landreform noch deren Finanzierung durch die Weltbank akzeptieren werden.



Sison und der Kommandant der NPA, Buscayano bei Präsidentin Aquino

Frage: *Die legale und insbesondere die illegale Linke wird, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, Zielscheibe der neuen Militärstrategie der philippinischen Regierung sein. Ein Regierungsvertreter sagte bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit der NDF im Herbst 1986, die Regierung werde alles versuchen, die Aufständischen zu spalten, indem sie Region für Region Waffenstillstandsabkommen mit der NPA schließen will. Begonnen werden soll in den Western Visayas und in Mindanao. Glauben Sie, daß die neue Counterinsurgency-Offensive der Regierung erfolgreich sein kann, indem der NPA die Basis in der Bevölkerung entzogen werden soll?*

Julieta Sison: Die Regierung versucht in der Tat die regionalen Einheiten der NPA voneinander zu trennen, so daß das Militär sich mit ihren Aktionen auf einige wenige Regionen konzentrieren kann. Aber schon die letzten Waffenstillstandsverhandlungen haben gezeigt, daß die NPA eine sehr geeinte Kraft ist. Ich glaube nicht, daß es regionale Friedensverhandlungen geben wird. Allerdings hat die Regierung begriffen, daß sie die NPA nicht gleichzeitig im ganzen Land angreifen kann: Deshalb wollen sie sich möglichst auf eine Region konzentrieren, wie zur Zeit auf Negros. In Negros wird bereits die gesamte psychologische Kriegsführung angewandt. Negros wurde wahrscheinlich vom Militär ausgewählt, weil dort die NPA erst seit relativ kurzer Zeit aktiv ist — im Vergleich zu anderen Regionen des Landes — und außerdem sitzt die Großgrundbesitzerclique sehr konzentriert in Negros. Sie wird versuchen, über die Medien und Kraft ihres sonstigen großen Einflusses, die politische Basis für die Aufstandsbewegung zu schaffen. Und Negros ist durch die Hungerkatastrophe in der Weltöffentlichkeit sehr bekannt. Viele internationale Hilfsorganisationen haben in den letzten Jahren humanitäre Hilfe für die hungerleidenden Menschen auf die Zuckerinsel Negros geschickt. Militär und Regierung benutzten diese internationalen Hilfsgüter als Erpressungsmittel innerhalb ihrer Aufstandsbekämpfungskampagne.

> Es gibt Land, das ohne größere administrative Maßnahmen sofort verteilt werden könnte...

Frage: *Gibt es konkrete Beweise für den Mißbrauch internationaler Hilfsgüter durch das Militär?*

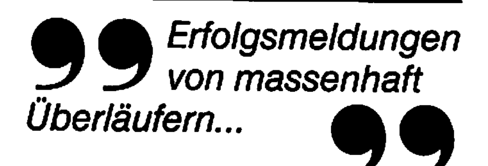
Julieta Sison: Wir versuchen gegenwärtig eine Untersuchungskommission nach Negros zu schicken, die die dortigen Zustände untersuchen soll. Aber wir haben Informationen darüber, was auf Negros passiert und wir kennen dieser Fälle bereits aus Davao/Mindanao.

Zuerst vertreiben die Militärs die Bauernfamilien von ihren Höfen in die Städte. Bevor die Vertriebenen aber die Nahrungsmittelhilfe erhalten, müssen sie sich registrieren lassen und in den meisten Fällen leisten sie damit eine Unterschrift, daß sie offiziell von der NPA zur Regierung übergelaufen sind. Auf diese Weise bringt die Regierung ihre „Erfolgsmeldungen" von massenhaften Überläufern zustande. Sie schüchtert die Einwohner ganzer Landstriche ein und bedroht sie. In Davao beispielsweise arbeitet die Abteilung für

soziale Angelegenheiten eng mit dem Militär zusammen.

Um auf die Frage zurückzukommen: Sicherlich wird es einige kurzfristige Erfolge für die neue Militärstrategie geben. Aber das neue Aufstandsbekämpfungsprogramm hat seine eigenen Widersprüche.

Die Regierung hat einfach nicht genügend finanzielle Mittel, um das Programm



im ganzen Land durchzuführen. Deshalb suchen sie sich im Moment immer nur ein oder zwei Regionen als „Pilotgebiete" aus.

Die wirtschaftliche Situation auf dem Lande hat sich seit Aquino eher noch verschlechtert, die Produktion ist weiterhin in vielen Regionen rückläufig. Wenn sich hier nichts ändert, wird sich auch am Veränderungswillen der Bevölkerung nichts ändern.

Die sogenannten illegalen Kräfte werden deshalb ihren bewaffneten Kampf fortsetzen; sie diskutieren derzeit intensiv die neuen Militärstrategien.

Die legale Linke im Land wird dem Aufstandsbekämpfungsprogramm entgegenwirken, indem sie die Bevölkerung zu organisieren, aufzuklären und zu mobilisieren versucht.

Das Interview führten Anke Reese und Barbara Unmüßig

Politisches System

Die Philippinen haben wie zuvor und getreu dem US-Vorbild ein präsidiales System festgeschrieben. Der Präsident und auch das offenbar von ihm zu berufende Kabinett sind dem Parlament nicht direkt verantwortlich. Das Parlament (= Kongreß) besteht ebenfalls getreu dem US-Vorbild aus einem 24köpfigen Repräsentantenhaus. Die Senatoren werden für sechs Jahre gewählt, die Abgeordneten für drei Jahre, erstere können einmal, letztere zweimal wiedergewählt werden, wie auch die Provinzgouverneure und Bürgermeister. Bedenkt man noch, daß Präsident und sein Vize nur einmal für sehs Jahre amtieren dürfen, wird der Versuch, Herrschaftsverfestigung zu vermeiden, deutlich. Kritiker stellen allerdings fest, daß der Kongreß bedingt durch den kostspieligen Wahlkampf weitgehend der Elite vorbehalten sein werde. Andererseits legt die Verfassung besonderes Gewicht auf Volksorganisationen („People's Organizations").

„Der Staat soll die Rolle unabhängiger Volksorganisationen, das Volk zu befähigen, innerhalb des demokratischen Rahmens ihre legitimen und gemeinsamen Interessen mit friedlichen und legalen Mitteln zu verfolgen und zu schützen, respektieren.
Volksorganisationen sind aufrichtige Vereinigungen von Bürgern mit bewiesener Fähigkeit das öffentliche Interesse zu fördern und mit identifizierbarer Führung, Mitgliedschaft und Struktur."

„Das Recht des Volkes und seiner Organisationen auf wirksame und vernünftige Teilhabe auf allen Ebenen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Beschlußfassung soll nicht beschränkt werden. Der Staat soll per Gesetz die Einrichtung adäquater Beratungsmechanismen unterstützen." (Art. XIII, Sektion 15/16)

Faktisch sind für die Volksorganisationen allerdings nur 10 % aller Sitze im Repräsentantenhaus reserviert.

Angestrebt wird nämlich ein „freies und offenes Parteiensystem" (Art. IX, Tel C, Sektion 4), doch:
„solchen (Parteien), die versuchen ihre Ziele durch Gewalt oder ungesetzliche Mittel zu erreichen, oder sich weigern, diese Verfassung zu unterstützen und einzuhalten, soll die Registrierung verweigert werden." (ebd., Sektion 2 [5])

Angesichts der Tatsache, daß zehn Millionen Filipinos mit der NDF sympatisieren, und der Polarisierung in bezug auf das Verfassungsreferendum bietet der Paragraph natürlich vielerlei Auslegungsmöglichkeiten. Die Ablehnung der Registrierung der Partido ng Bayan durch die staatliche Wahlkommission wegen „kommunistischer Tendenzen" zeigt, in welche Richtung es gehen soll.

Nur bedingt von dem in der Verfassung vorgegebenen politischen System beeinflußt sind die Gebiete der Cordilleras und des „moslemischen Mindanaos", die zu „autonomen Regionen" erklärt werden. Für sie soll der Kongreß innerhalb von achtzehn Monaten ein Grundgesetz schaffen, welches u. a. regeln soll:

„1. die Verwaltungsorganisation;
2. Schaffung von Einkommensquellen;
3. Stammesgebiete und natürliche Ressourcen;
4. personelle, familiäre und Eigentumsbeziehungen;
5. regionale städtische und ländliche Entwicklungsplanung;
6. wirtschaftliche, soziale und touristische Entwicklung;
7. Bildungspolitik;
8. Bewahrung und Förderung des kulturellen Erbes;
9. andere Angelegenheiten, die von Gesetz wegen bestimmt werden, um den allgemeinen Wohlstand der Menschen in der Region zu fördern." (Art. X, Sektion 18)

„Die Bewahrung von Frieden und Ordnung in den Regionen soll der Verantwortlichkeit der lokalen Polizeibehörden unterliegen, ... Die Verteidigung und Sicherheit der Regionen sollen in der Verantwortung der Nationalen Regierung liegen." (Sektion 19)

Sicher interessante Perspektiven, aber ebenfalls zahlreiche Problempunkte der Ausfüllung und Interpretation.

aus: SOA-Informationen 1/87

Philippinen bleiben in Familienhand

Die Vetternwirtschaft unter C. Aquino



Peping Cojuangco

Die Formel vom „Land in Familienbesitz" tauchte seinerzeit in fast jedem Pressebericht über die Marcos-regierten Philippinen auf. Tatsächlich war das Ausmaß der wirtschaftlichen und politischen Macht des Marcos-Clans einzigartig. Fast in jedem großen Wirtschaftsbetrieb hatte er seine Finger drin, und sein langer Arm reichte bis in die Verwaltungen entlegener Provinzen.
Nicht zuletz diesen Zustand wollte C. Aquino, folgt man ihren Wahlversprechen, nach ihrer Amtsübernahme beseitigen. Anstelle einer einzigen Familie sollte künftig das Volk die Geschicke des Landes bestimmen. Was ist aus dieser Ankündigung geworden?
Die „Far Eastern Economic Review" ist dieser Frage nachgegangen. In der Titelgeschichte ihrer Ausgabe vom 26. März berichtet sie über das Fortbestehen der Vetternwirtschaft unter Aquino und räumt damit gründlich mit der Vorstellung auf, die Ablösung von Marcos durch Aquino habe auf den Philippinen Entscheidendes geändert.
Die Titelgeschichte traf genau den Nerv des neuen Regimes, wie dessen Reaktion belegt: Die Märzausgabe der „Far Eastern" wurde kurzerhand verboten.[1]
Die Brisanz des Berichtes hat uns veranlaßt, ihn auszugsweise zu übersetzen, um so die interessanten Details auch jenen Lesern zugänglich zu machen, die keine Freude an englischen Texten finden.

Die philippinischen Provinzen sind in ihrer Mehrzahl „Hoheitsgebiete" alteingesessener Familien. Zum Beispiel die Provinz im Zentrum der Hauptinsel Luzon, Tarlac: Vor etwa einem halben Jahrhundert — das war die Zeit von Präsidentin Aquinos Großvater, Don Melecio Cojuangco — geriet sie in die Hand der Familie Cojuangco. Und unter deren Herrschaft blieb sie, da mochte in Manila regieren, wer wollte. Unter Marcos hieß der Provinzgouverneur von Tarlac Eduardo Cojuangco (er ist ein Cousin der Präsidentin), und bis zum Jahr 1972, als Marcos das Kriegsrecht ausrief, vertraten Peping (Aquinos Bruder) und Benigno Aquino die Provinz- und damit die Familienbelange im damaligen philippinischen Kongreß. Auch heute noch ist Tarlac „Cojuangco-Land": Alle Bürgermeister in den Provinzgemeinden gehören Peping Cojuangcos PDP-Laban Partei an. *(Philipino Democratic Party — Lakas ng. Bayan* — Philippinische Demokratische Partei — Kraft des Volkes. Laban war 1978 als Wahlbündnis für Metro-Manila gegründet worden. Benigno Aquino einer ihrer Kandidaten. PDP wurde 1982 von Aquilino Pimentel mit Anhang in Mindanao und den Visayas gegründet. Ein Jahr später fusionierten die Gruppen. Cory Aquino war ihre Präsidentschaftskandidatin. Seit Oktober 1986 ist José Peping Cojuango, Cory's Bruder, Vorsitzender. red.)



Margarita Cojuangco

Das Zuckerimperium der Familie Cojuangco

Auf den Philippinen geht traditionell die politische Macht mit der wirtschaftlichen Hand in Hand. So auch in Tarlac: Die Cojuangco-Familie besitzt ein wahres Zuckerimperium in dieser Provinz.

An erster Stelle rangiert die Hacienda Luisita, die irgendwann in der ersten Hälfte des Jahrhunderts der spanischen Firma „La compania General de Tabacos de Filipinas" abgekauft wurde. Sie erstreckt sich über ein Areal von 6500 ha, von denen immerhin 5000 ha kultivierbar sind. Im Jahr 1958 folgte der Kauf der „Central Azucarera de Tarlac". Diese Zuckermühle, frühere Besitzerin war übrigens dieselbe spanische „Compania", hat derzeit eine geschätzte Verarbeitungskapazität von 7080 Tonnen Zuckerrohr pro Tag. Ihr Beitrag zur gesamtphilippinischen Rohzuckerproduktion liegt damit bei ca. 4,2 %.

Die Organisation des Zuckerrohranbaus auf der Hacienda fällt in die Zuständigkeit der quasi familieneigenen „Tarlac Development Company". Den Firmenbilanzen von 1981 läßt sich entnehmen, daß die Tarlac Dev. Company zudem mit 40 % an der genannten Zuckermühle beteiligt ist, deren restliche 60 % sich übrigens auf die entferntere Verwandtschaft der Präsidentin verteilen. Die Tarlac Development Co. besitzt darüberhinaus 75 % der „Tarlac Distillery", die mit einer Tageskapazität von 40.000 Liter Alkohol die zweitgrößte Zuckerdestillerie des Landes ist. Letztere wiederum — und es ließen sich noch unzählige weitere Verästelungen anführen — ist registriert als Haupteignerin der Vermarktungsgesellschaft der Firmengruppe, „Luisita Marketing Corp.", die 1964 ins Leben gerufen wurde.

Korruption auf dem Vormarsch

Doch daß Cory Aquino von dort stammt, wo das große Geld sitzt, ist hinlänglich bekannt. Weniger bekannt sind hierzulande andere Dinge.

Aquinos Bruder, Peping Cojuangco, der seine Schwester auch politisch berät, steht seit einiger Zeit ziemlich im Schußfeld der regierungskritischen Presse auf den Philippinen. Die Palette der Vorwürfe, die gegen ihn gerichtet sind, reicht von dem der Einflußnahme auf staatliche Aufsichtsbehörden bis hin zu der Behauptung, er sei direkt in unsaubere Geschäfte verwickelt.

Offensichtlich sind diese Vorwürfe gut belegt. So gut, daß sich inzwischen diverse Personen des öffentlichen Lebens auf den Philippinen ernsthafte Sorgen machen um den guten Ruf der Präsidentin.

Vor einiger Zeit landete ein vertrauliches Schreiben vom Chef der AFP (Armed Forces of the Philippines — die regulären Streitkräfte), Fidel Ramos, auf Cory Aquinos Schreibtisch. Ramos wollte das Schreiben als ein „Zeugnis seiner Besorgtheit" verstanden wissen — versäumte jedoch nicht, Aquino der Inkonsequenz zu zeihen. Sie könne nicht einerseits auf die Korruptheit des alten Regimes schimpfen und andererseits zusehen, wie sich die Korruption in ihrem politischen Umfeld breitmache, so der General. (Frau Aquino reagierte übrigens auf dieses Schreiben mit der Entlassung zweier Minister, denen nachgesagt wurde, sie würden Amtsbefugnisse zur Vergabe dubioser Konzessionen mißbrauchen. Es handelte sich um den Minister für die natürlichen Ressourcen und um den für „public works".

Ein weiteres Beschwerdeschreiben aus Kreisen besorgter Militärs — diesmal von ernsthaft besorgten — erreichte Frau Aquino erst kürzlich. Der Absender war General Renato de Villa, Chef der dem AFP-Zentralkommando unterstellten „Philippine Constabulary" (PC). (*Die PC* ist eine kasernierte, halbmilitärische Polizei, vergleichbar unserem Grenzschutz. red.)

Eine wachsende Zahl der von Aquino ernannten sogenannten „Officiers-in- Charge" — so beklagte er — würden ille gale Glücksspieleinrichtungen in ihren Gebieten dulden. (*Officiers-in-Charge* sind lokale Statthalter der Regierung, und zwar auf Provinz- und Gemeindeebene. Sie wurden von Cory Aquino unmittelbar nach ihrer Übernahme des Präsidentenamtes ernannt und auf die Sessel der davongejagten Marcos-loyalen Kräfte gesetzt. Der Revolutionscharta zufolge sollen sie die Zeit bis zur Abhaltung von Wahlen auf Provinz- und Gemeindeebene überbrücken. red.)

CORY'S RELATIVES IN — OR NEAR — GOVERNMENT

José 'Peping' Cojuangco Jr. *(brother)*
Candidate for Congress
(Tarlac)

Margarita R. Cojuangco *(sister-in-law)*
Candidate for Congress
(Makati)

Francisco Sumulong *(uncle)*
Candidate for Congress
(Rizal)

Lorenzo Sumulong *(uncle)*
Con Com Commissioner

Victor Sumulong *(cousin)*
Candidate for Governor
(Rizal)

Emigdio Tanjuatco *(cousin)*
Candidate for Congress
(Rizal)

Agapito 'Butz' Aquino *(brother-in-law)*
Candidate for Senate

Tessie Aquino-Oreta *(sister-in-law)*
Candidate for Congress
(Navotas-Malabon-Valenzuela)

Herminio Aquino *(uncle-in-law)*
Deputy Executive Secretary for Human Settlements

Ramona Aquino Ventura *(niece)*
Candidate for Congress
(Quezon City)

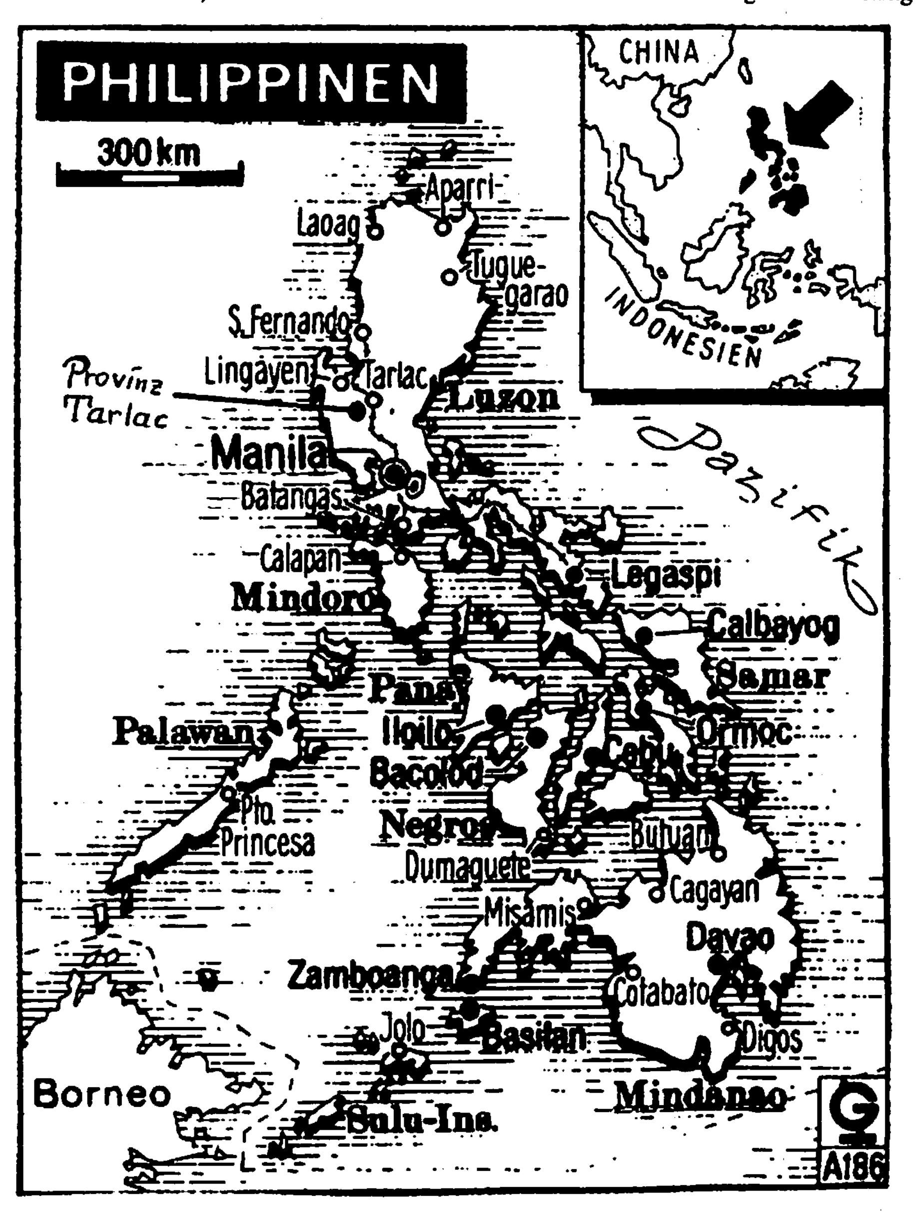
Adrian Ocampo *(nephew)*
Candidate for Congress
(Manila)

Efren Cruz *(brother of son-in-law)*
Executive Director,
Presidential Management Staff

REVIEWDIAGRAM by Andy Tang

Das Geld, das diese Etablissements für sie abwerfen, würden die lokalen Machthaber entweder direkt in die eigene Tasche wandern lassen oder aber zur Vorbereitung der anstehenden Kommunalwahlen verwenden.

Manche der „Officers-in-Charge", so fuhr er fort, besäßen sogar die Dreistig-



keit, die Namen der ihnen Rückendeckung gewährenden oder zu dieser Art der Wahlkampffinanzierung ermutigenden prominenten Politiker zu nennen. Der Brief de Villas endet mit einer Empfehlung: Aquino solle das Glücksspielgewerbe legalisieren. Dem Vorwurf, die Regierung dulde illegale Aktivitäten ihrer lokalen Statthalter, sei dann nämlich die Grundlage entzogen.

Doch der Regierung fiel nichts besseres ein, als den Vorwurf illegaler Bereicherung an die Nationalen Streitkräfte weiterzugeben. Lokale AFP-Kommandeure — so heißt es in einer regierungsamtlichen Darstellung — hätten das illegale Glücksspielgewerbe in vielen Regionen kontrolliert. Die Regierung habe mehrmals versucht, gegen solche Kommandeure vorzugehen. Doch was daraufhin geschah, sei bekannt: Einige AFP-Einheiten, die ihre Einnahmequellen versiegen sahen, begannen sich gegen Aquino zu erheben.

Die richtigen Leute am richtigen Platz

Diese regierungsamtliche Begründung der jüngsten gegen Cory Aquino gerichteten Meutereien in Teilen der philippinischen Streitkräfte ist auch die Erklärung des Bruders der Präsidentin, Peping Cojuangco. Das geht aus einem Interview hervor, das die Far Eastern Economic Review kürzlich mit ihm führte. Und „gewisse" Beschwerdebriefe, die hohe Offiziere an Aquino gerichtet hätten, seien nichts anderes als Ausdruck der Verärgerung darüber, daß das Militär „gewisse Privilegien" verlieren soll.

Doch an wen könnte es solche Privilegien denn verlieren oder schon verloren haben?

P. Cojuangco gibt in dem Interview freimütig zu, daß er nach dem Wahlsieg seiner Schwester damit befaßt war, diverse Geschäftskonzessionen zu vergeben. Oder, wie er hinzufügt, einigen Leuten ins Geschäft zu verhelfen. Doch um Geschäftskonzessionen welcher Art ging es da?

Cojuangco nennt das sogenannte „arrastre"-Geschäft als Beispiel. Arrastre ist der ortsübliche Ausdruck für die Vergabe von Frachtguthandelkonzessionen durch die Philippinische Hafenaufsichtsbehörde PPA. Aber die Leute, denen er zu einer PPA-Alleinlizenz für bestimmte Frachtgüter verhalf, „kamen nicht mit leeren Taschen". Was er sagen wollte: Er verhalf ihnen nicht zur Bereicherung, denn sie waren schon reich. Doch er sagte ungewollt die Wahrheit.

Nicht nur in die PPA, auch in die regierungseigene „Philippine Amusement and Games Corporation" (Pagcor), die sämtliche öffentliche Spielhallen im Lande betreibt, hat Cojuangco gleich nach Corys Wahlsieg seine Leute eingeschleust. Auf diesen Punkt von der „Far Eastern" angesprochen, erwiedert er ganz treuherzig: er habe lediglich sicherstellen wollen, daß die Gelder, die die Pagcor abwirft, nicht weiterhin in die Taschen von Marcos-Loyalisten flossen.

Weit weniger offen gab sich Cojuangco, als das Gespräch bei seiner Frau Margarita Cojuangco und deren Geschäften in Mindanao angelangt war. Margarita wird nachgesagt, daß sie ganz groß am sogenannten Barter-Handel verdient, der zwischen den Philippinen (insbes. Mindanao) und den benachbarten Staaten gang und gäbe ist. (*Barter-Geschäfte* sind direkte Tauschaktionen, ohne transfer von Zahlungsmitteln. Barter wird vornehmlich von solchen Staaten favorisiert, die unter Devisenmangel leiden. Meist ist gesetzlich festgelegt, welche Warenarten gegeneinander ausgetauscht werden. red.)

Daß mit dem Barter-Handel unsaubere Geschäfte gemacht werden, ist nicht neu. Zu Marcos Zeiten waren solche krummen Touren an der Tagesordnung, und alles deutet darauf hin, daß das Barter-Problem derzeit wieder akut wird.

Die Barter-Geschäfte entziehen sich den üblichen Zollbestimmungen und laden die Barter-Händler zu einer Art halblegalem Schmuggel geradezu ein. Das sieht dann etwa folgendermaßen aus: Schiffe verlassen die Philippinen mit Exportwaren im Wert von 100.000 P (Philippinische Pesos) und kehren, etwa aus Singapur, mit Waren im Wert von 50 Mio P wieder zurück.

Doch wer nicht selbst einen Fuß in den Barter-Handelsgeschäften drin hat, verlangt eben einen Tribut dafür, daß er hin und wieder mal ein Auge zudrückt, wenn gesetzliche Bestimmungen unterlaufen werden. Immer wieder tauchen Berichte von Militärs auf, die auf gute Barter-Geschäfte quasi „außerordentliche" Zölle erheben. War das Geschäft für die Händler wirklich gut, so knausern sie meist nicht mit diesen „Abgaben".

Inzwischen zeichnet sich eine regelrechte Konkurrenz zwischen AFP-Kommandeuren und der Frau von Peping Cojuangco um diese Art der „Kontrolle" des Barter-Handels ab...

Doch wozu brauchen die Cojuangcos das viele Geld? P. Cojuangco weist die Unterstellung, er müsse Geld für seine 250.000 Mitglieder-starke PDP-Laban Partei anhäufen, zurück: „Unsere Partei ist billig im Unterhalt", sagt er und fügt hinzu, daß seine Partei in dem Verfassungsreferendum von neulich durchschnittlich gerade 50 P pro Wahlkreis ausgegeben habe. Es gibt genau 86505 Wahlbezirke auf den Philippinen.

Auch die Behauptung, er fungiere als politischer Berater der Präsidentin, will er nicht gelten lassen. Die Präsidentin habe jüngst „eine von ihm aufgestellte Liste mit Kandidaten für die anstehenden Senatswahlen zurückgewiesen. Die Liste bestand aus 9 PDP-Laban und aus 15 anderen Kandidaten, und nicht alle waren ihr genehm." Die Beobachter des politischen Geschehens auf den Philippinen sind sich da nicht so sicher...

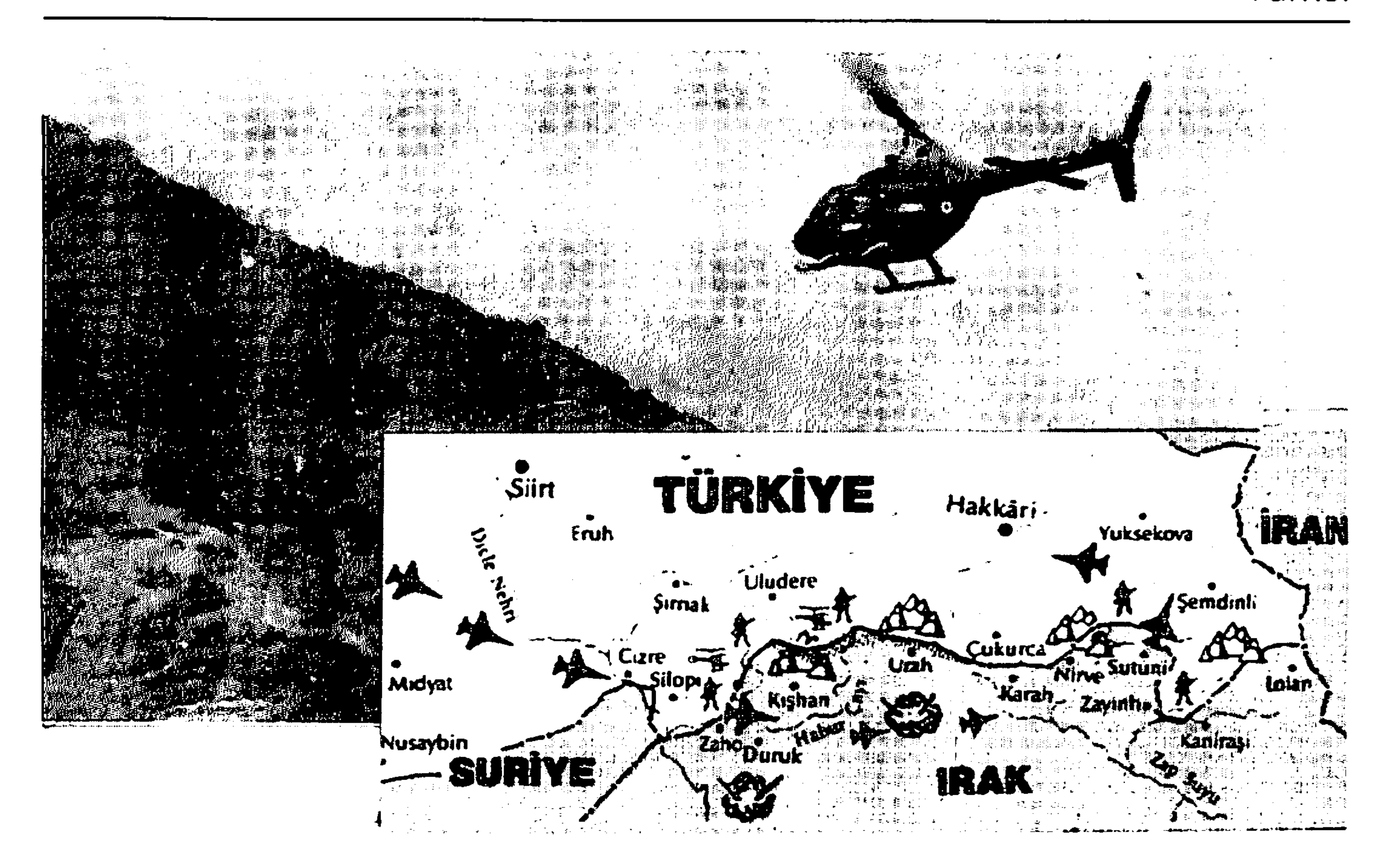
Es ist ein offenes Geheimnis, daß Cory Aquino auf die politischen Ratschläge ihres Bruders noch immer gehört hat. Und neulich wurde publik, daß er sich mit Corys scheidendem Regierungsberater, Joker Arroyo, an einen Tisch gesetzt hatte, um über die Neubesetzung von Regierungsposten zu debattieren.

Cojuangco ließ sich schließlich doch noch aus der Reserve locken. Er gab zu, daß er eine Schlüsselfigur im Präsidentenwahlkampf des letzten Jahres war. Er sei es gewesen, so Cojuangco, der die breite politische Front zur Unterstützung der Kandidatin Aquino aufgebaut habe. Schließlich sei seine Schwester keine Politikerin: „Sie versteht nichts von diesen Dingen".

ia

Anmerkungen

1. Dies erfuhren wir von Tim Kuschnerus, von dem auch der Augenzeugenbericht über das Mendiola-Massaker in diesem Heft stammt.



Am Rande des Golfkrieges:

Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden und türkische Interventionsplanungen

30 Kampfflugzeuge der türkischen Armee starteten am Morgen des 4. März dieses Jahres, um nunmehr zum dritten Mal innerhalb der letzten Jahre kurdische Siedlungen im Nordirak zu bombardieren. Nach türkischen Presseberichten soll es hundert Tote und mehrere hundert Verletzte gegeben haben. „Wir haben ihre Siedlungen dem Erdboden gleichgemacht" meldeten chauvinistische türkische Zeitungen im Stil agressiver Frontberichterstattung.

Nach Meldungen kurdischer Organisationen im Irak wurden von den Bomben Hunderte von Zivilpersonen sowie Angehörige der Befreiungsorganisationen PUK und KDP, die diese Gebiete kontrollieren, getötet.

Am Mittag des gleichen Tages drangen von verschiedenen Stellen aus auch Bodentruppen und Kommandoeinheiten der türkischen Armee in den Irak ein.

Bereits zweimal, im Mai '83 und im August '86 war die Türkei — im Einvernehmen mit dem irakischen Hussein-Regime — in die Gebiete der kurdischen Befreiungsbewegungen im Nordirak interveniert und hatte Massaker unter der dortigen Bevölkerung angerichtet.

Auch wenn diese „Operation", die von türkischer Seite als „Strafaktion" gegen angeblich über die Grenze in den Irak geflüchtete Anhänger der PKK ausgegeben wurde, nach wenigen Tagen „erfolgreich abgeschlossen" wurde, deutet einiges daraufhin, daß dieser Überfall möglicherweise nur die „Generalprobe" für weitere, massivere Interventionen der Türkei bildet.

Allein Art und Umfang der militärischen Kriegsvorbereitungen gehen weit über die einer „Strafaktion" hinaus: Die an Iran, Irak und Syrien grenzenden, kurdischen Gebiete im Südosten der Türkei wurden in ein militärisches Aufmarschgebiet verwandelt, Truppenkontingente und Sonderkommandos aus der gesamten Türkei hier zusammengezogen und in unmittelbarer Grenze zum Irak ein Stabsquartier mit Pressestelle und Militärkrankenhaus eingerichtet.

Die jährlichen Wintermanöver der türkischen Armee wurden kurzfristig aus der Gegend von Erzurum (im Norden, in der Nähe zur iranisch-sowjetischen Grenze) in den Bereich des Ararat-Berges verlegt!

Parallel zu den Kriegsvorbereitungen der Türkei hatte auch die USA verschiedene Manöver in diesem Raum durchgeführt und weitere Truppen und Kampfflugzeuge in die Türkei verlegt. Die US-Basen in der Türkei wurden in Alarmbereitschaft versetzt.

Vorbereitet wurde der Überfall durch massive Propaganda in der türkischen Presse während der letzten Monate, die für den Fall einer sich abzeichnenden Niederlage des Irak im Golfkrieg die Notwendigkeit eines türkischen Einmarsches beschwor, um eine „Vorherrschaft des Iran" oder aber die Entstehung eines separaten kurdischen Staates im entstehenden „Machtvakuum" zu verhindern.

Gleichzeitig war die Entwicklung im Golfkrieg und verbunden damit die Möglichkeit einer „Erweiterung des Verantwortungsbereiches der NATO" auch in diesem Kreise diskutiert worden und dabei eine militärische Intervention vor al-



lem von verschiedenen Stellen aus den USA befürwortet worden.

Die Türkei verspricht sich neben einer Profilierung als Ordnungsmacht in dieser Region auch handfeste ökonomische Vorteile. Und mit an das Nationalgefühl appellierender Propaganda, die wertvollen Erdölquellen bei Kirkuk und Mossul im Nordirak seien schließlich „historisch türkisch", sollte die Öffentlichkeit auf eine Annektion dieser Gebiete vorbereitet werden.

Vor allem aber geht es um die Niederschlagung der Kurden. Auch die jahrelange militärische Besetzung und militärische Repression haben bisher keine „Befriedung" der kurdischen Gebiete erreicht. Antikurdischer Chauvinismus ist türkische Staatsdoktrin; verschiedene Politiker fordern laut eine „endgültige Lösung" (Endlösung) der „Kurdenfrage". Nur wenige Wochen vor dem Überfall wurde eine neue Anordnung bekannt, nach der neue Massendeportationen von Kurden bevorstehen.

Endlösung der Kurdenfrage?

Offiziell wurde die Intervention im Irak als Vergeltungsmaßnahme dargestellt. Vergolten werden sollte ein Überfall auf das Dorf Tasdelen bei Uludere (Provinz Hakari) am 22. Februar dieses Jahres, bei dem 14 Personen, darunter einige Angehörige der vom türkischen Staat bewaffneten „Dorfmilizen", aber auch viele Frauen und Kinder umgekommen waren. Nach türkischen Presseberichten soll es sich bei den Angreifern um Angehörige der kurdischen Arbeiterpartei PKK gehandelt haben, die sich mit Uniformen der türkischen Armee verkleidet hätten.[1]

Auch wenn dieses Ereignis in Tasdelen allerhöchstens den letzten Vorwand für die ohnehin vorbereitete Militäroperation bildete (s.u.), geht es der türkischen Armee schon um die Niederschlagung kurdischer Guerillaaktivitäten, die hauptsächlich von der PKK getragen werden. Trotz aller Grausamkeiten der Armee, trotz Verwandlung der kurdischen Provinzen in ein einziges Militärlager hat das Regime in den letzten Jahren den kurdischen Widerstand nicht brechen können. Je länger dieser Krieg andauert, je größer die Verluste der Militärs und je unglaubwürdiger die stereotyp wiederholten Verkündigungen von Armee- und Staatsführung, die „letzte Handvoll Aufständischer werde bald aufgerieben", umso größer die Notwendigkeit, militärische Stärke und Erfolge zu demonstrieren. (Da wir in IZ3W Nr. 136/86 ausführlich auf die Maßnahmen der türkischen Armee eingegangen sind, soll diese Seite hier nicht weiter ausgeführt werden.)

Erwähnt werden muß jedoch, daß der Krieg des türkischen Regimes gegen das kurdische Volk mit den Anfang des Jahres bekannt gewordenen Beschlüssen zur Zwangsdeportation eine neue Dimension angenommen haben: Nach unterschiedlichen Pressemitteilungen sollen Hunderttausende bis zu Millionen von Kurden aus ihren Dörfern und von ihrem Land vertrieben und in den Westen des Landes deportiert werden. Hierdurch soll dem kurdischen Widerstand die Basis entzogen werden und eine zwangsweise Assimilierung der Kurden und Ausmerzung ihres Nationalbewußtseins erreicht werden. Umgekehrt versucht man Türken, die als „politisch zuverlässig" gelten, mit materiellen Anreizen dazu zu bewegen, in strategisch wichtige Gebiete in Kurdistan umzusiedeln.

Diese Maßnahme setzt die Tradition der Massendeportationen in den 20er und 30er Jahren fort: Mehr als 1,5 Millionen Kurden wurden zwischen 1925 und 1938 deportiert und umgebracht.

„... Alle die in diesem Staat leben, müssen endlich einsehen, und sei es um den Preis ihrer Vernichtung, daß es in der Türkei nur eine einzige Nation gibt." fordert der ehemalige Botschafter und UN-Vertreter der Türkei Coskun Kirca in einem Kommentar in der Tageszeitung Hürrijet.

Darüberhinaus richtet sich der türkische Überfall auf Irak-Kurdistan (wie auch die vorhergegangenen) ganz bewußt auch gegen die Angehörigen der KDP und PUK, welche gegen das Regime von Saddam Hussein in Bagdat kämpfen. Ein konkretes Ziel wird es dabei durchaus sein, durch Terrorakte an der Zivilbevölkerung die KDP zu erpressen, sich noch schärfer als bisher von der PKK zu distanzieren und ihr auch jede minimale Unterstützung aufzukündigen. Dem türkischen Regime ist aber durchaus auch daran gelegen, die kurdischen Befreiungsorganisationen im Irak selbst zu treffen: Die Stärke der kurdischen Organisationen im Irak (bzw. auch im Iran) wirkt sich in jedem Fall auch auf das Selbstbewußsein und Nationalgefühl der Kurden in der Türkei aus! Seit Monaten beschwören türkische Kommentatoren das „Schreckgespenst" eines kurdischen Separatstaates, der bei einer weiteren Schwächung des irakischen Regimes durch den Golfkrieg in direkter Nachbarschaft zur Türkei zu entstehen drohe.

Nicht zuletzt dient die Kriegspropaganda sowie die erfolgte Intervention dem türkischen Regime innenpolitisch zur Bildung einer chauvinistischen „Einheitsfront" gegen den äußeren Feind und die kurdischen „Separatisten". So wurde der türkische Überfall — wie be-

reits die vorherigen — von sämtlichen Parteien, auch von denen der Oppositon, mit einhelliger Zustimmung aufgenommen. Im türkischen Parlament überboten sich die Redner von Regierung und Opposition gegenseitig in ihren Danksagungen an die türkische Armee. Ein Bericht des Verteidigungsministeriums wurde von allen Abgeordneten stehend mit tosendem Applaus begrüßt.

Gleichzeitig demonstriert der türkische Staat mit dem brutalen Vorgehen gegen die Kurden, wozu er in der Lage ist, wenn es um die Bekämpfung von Oppositon geht. Die derzeit im Entstehen begriffene neue linke Oppositionsbewegung in der Türkei soll so von vornherein nachhaltig eingeschüchtert werden.

Türkische Annektionspläne. Angliederung von Mossul u. Kirkuk ans „türkische Reich"

Neben der Niederschlagung der kurdischen Nationalbewegung und der damit verbundenen Demonstration ihrer politisch-militärischen Stärke als neuer Gendarm dieser Region, verfolgt die Türkei auch handfeste ökonomische Interessen: Die „Sicherung" und die, zumindest von bestimmten Kräften in der Türkei gewünschte Einverleibung der Ölreichtümer vom Kirkuk und Mossul.

Die kurdische Stadt Kirkuk, etwa 200 km südlich der türkischen Grenze gelegen, birgt die größten Erdölvorkommen des Irak und zählt zu den wichtigsten Erdölquellen des Nahen Osten überhaupt. Auch die Türkei bezieht einen Großteil ihrer Erdölimporte von dort und verdient außerdem an der Ölpipeline, die von Kirkuk zum türkischen Mittelmeerhafen Iskenderum (nahe Hatay) führt und über die der Irak seit der Zerstörung einiger Erdölverladestationen am Golf bzw. dem für den Irak immer wieder drohenden Verlust seines Zugangs zum Golf, einen Großteil seiner Erdölexporte tätigt. Eine zweite Pipeline, von Mossul nach Yumurtalik (bei Adana) befindet sich im Bau.

Seitdem nun Teile der Gebiete, durch die die Pipeline führt, zumindest zeitweilig von kurdischen Guerillaeinheiten kontrolliert werden (seit der Eroberung des Dorfes Meyish bei Duhok durch die KDP im Mai '86) und es wiederholt auch zu Überfällen kurdischer Einheiten auf die Erdölpipeline kam, erklärte die Türkei die „Sicherung" der Erdölleitung zu ihren „Eigeninteressen". Nach Augenzeugenberichten werden bereits seit einigen Monaten sowohl die vorhandene als auch die im Bau befindliche Pipeline massiv von türkischen Soldaten bewacht — und zwar auch die Abschnitte im Irak!

Verschiedene Politiker forderten darüberhinaus unverblümt eine Annektion der Gebiete. So tat sich wiederholt der Abgeordnete der regierenden ANAP, K. Inan hervor, „die Türkei solle endlich in der Sache Mossul und Kirkuk ihre Rechte beanspruchen", oder — noch direkter, der pensionierte Botschafter der Türkei, Nuri Eren, der offen zur Besetzung der Ölfelder von Mossul aufrief: „Dadurch würde die Türkei endlich davon befreit, ständig die USA und andere Nato-Verbündete anbetteln zu müssen und reich werden" (nach Mill. 3.2.87).

Zur propagandistischen Vorbereitung einer möglichen Annektion wurde die türkische Öffentlichkeit seit geraumer Zeit darauf eingestimmt, daß das Gebiet um Kirkuk und Mossul angeblich „historisch" zur Türkei gehörten. (Anm.: Wahr daran ist, daß diese Gebiete erst 1923, im Vertrag von Lausanne, v.a. auf Betreiben des britischen Imperialismus dem damals neu „gegründeten" Irak zugeschlagen wurden — während sie eigentlich, nach dem Zerfall des osmanischen Reiches, entsprechend dem Vertrag von Sevres in einem *zu bildenden kurdischen Nationalstaat gelegen hätten!)*

Zur Mobilisierung nationalistischer Gefühle brachten türkische Zeitungen außerdem Artikel und Meldungen über die dort ansässige türkische Minderheit, die angeblich massiv unterdrückt werde und befreit werden müsse. ... „Helft uns, bekennt Euch zu uns ... flehen sie am Telefon." (Mill. 24.2.87) und der MCP-Vorsitzende Koc rief die Regierung auf „unsere dort lebenden Landsleute zu unterstützen. Kirkuk und Mossul müssen uns gehören." (Terc. 2.2.87)

Nun sind derartige Stimmen nicht völ-



lig neu und bleiben auch nicht gänzlich unwidersprochen. Einige Politiker, v.a. aus der sozialdemokratischen oder linkskemalistischen Ecke, die selbstverständlich ein hartes Durchgreifen gegen die kurdischen „Spalter und Separalisten" unbedingt begrüßen, warnen, die USA würden das Thema Kirkuk absichtlich hochkochen, um die Türkei in den Golfkrieg zu verwickeln.

Auch wurde eine vergleichbare Kampagne bezüglich des Nordirak in der Vergangenheit schon wiederholt entfacht. Erinnert sei in diesem Zusammenhang jedoch an die türkische Invasion auf Zypern im Jahre 1974: Auch damals wurde über Jahre eine entsprechende Stimmung angefacht und Greuelmärchen über die unterdrückte türkische Minderheit verbreitet, bis eine türkische Invasion auch den USA ins Konzept paßte und entsprechend „grünes Licht" signalisiert wurde.

Stimmungsmache gegen den Iran

Nachdem insbesondere der Özalregierung jahrelang die gut nachbarlichen — v.a. Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Iran gepflegt und hervorgehoben hatte, fordern verschiedene Kreise seit einiger Zeit eine schroffere Gangart gegenüber dem Iran. „Wir sollten wissen, wer unsere Feinde sind... der Iran führt offene Feindschaft gegen die Türkei. ... um die Beziehungen zum Iran auf eine realistische Linie auszurichten, müssen wir die unverständliche Neutralitätspolitik aufgeben". (Kolumne von O. Eksi in der Hürr. vom 7.3.87)

Brüskierungen seitens des Iran (wie z.B. verbale Angriffe gegen Atatürk) oder Einmischungen in die türkische Innenpolitik (wie z.B. Proteste gegen das Kopftuchverbot an türkischen Universitäten und Aufrufe über Radio Teheran, hiergegen anzukämpfen) die in der Vergangenheit unter Rücksicht auf die wirtschaftlichen Beziehungen stillschweigend übergangen worden waren, wurden nun zum Anlaß genommen, gegen den Iran Stellung zu beziehen.

Um auch die öffentliche Stimmung gegen den Iran entsprechend anzuheizen, wurde schließlich keine Gelegenheit ausgelassen, die (angebliche) Verwicklung des Iran in Aktivitäten der islamischen Fanatiker in der Türkei zu betonen: Die Festnahme von 2 (!) Iranern aus einer nicht-genehmigten Demonstration von über 1.500 islamischen Studenten in Istanbul Ende Januar, diente als „Beweis" dafür, daß die ganze Demonstration vom Iran aus angezettelt worden sei. Ob eine Aktion von (sunnitischen !) Anhängern der MSP Erbakans in Konya, illegale islamische Faltblätter, ja sogar der Brand des fortschrittlichen SAN-Theaters in Istanbul: hinter allem steckte als Drahtzieher der Iran.

Man kann sogar vermuten, daß die seit Anfang des Jahres von höchster Stelle entfachte Polarisierung und Diskussion um die „Gefahr der islamischen Sekten" (nachdem der Staat selbst in den letzten Jahren eine beispielslose Islamisierungspolitik betrieben hattte!) neben anderen wichtigen Aspekten auch das Ziel verfolgte, eine mögliche militärische Konfrontation mit dem Iran propagandistisch vorzubereiten, in dem nun das Schreckgespenst eines „schiitischen Großreiches" unter Führung Khomeinys an die Wand gemalt wurde.

Parallel zur Januaroffensive des Iran, während der, zumindest zeitweilig eine Niederlage des Irak möglich schien, wurde die Frage eines türkischen Eingreifens im Golfkrieg zum bestimmenden Thema der türkischen Öffentlichkeit, wobei quasi abwechselnd ein US-Überfall — von türkischen Stützpunkten aus — oder ein direkter Einmarsch türkischer Truppen erwogen wurde:

„*Noch 550 m bis Bafra,* der Iran rückt bis zu den Außenbezirken der Stadt vor ... es wird behauptet, die USA greifen in den Golfkrieg ein ... 600 in Europa stationierte Kriegsflugzeuge sollen für eine vermutete Intervention in ein Gebiet „nahe des Nahen Ostens" (gemeint: die Türkei) verlegt werden." (Mill. 19.1.87)

„*Die Türkei wird dem nicht zuschauen,* der ANAP-Abgeordnete Inan erklärte, daß der Krieg zwischen Iran und Irak ernsthafte Ausmaße erreicht habe. „Ein Sieg des Iran würde das Gleichgewicht im Nahen Osten zerstören" ... Die Regierung, die bisher gegenüber dem Golfkrieg eine „neutrale Rolle" einnimmt, ließ dem Iran, wenn auch mittelbar, die Botschaft zukommen, daß sie sich gegenüber einer Situation, die die Stellung des Irak beeinträchtigt, nicht indifferent verhalten werden. (Mill. 3.2.87)

Und „sogar" der inoffizielle Vorsitzende der sozialdemokratischen Linkspartei DSP, Bülent Ecevit, deren Programmheft im zarten hellblau von einer weißen Friedenstaube geziert wird, forderte:

„Die Frage des Iran-Irak-Krieges muß unbedingt im Parlament behandelt werden... die Türkei muß sich auf jede Eventualität vorbereiten ... Die Möglichkeit, daß sich die Türkei in einen Krieg begibt, dürfte zu allerletzt in Betracht kommen, ... allerdings, wenn es eine zwingende Notwendigkeit gibt, muß man auch an Krieg denken." (Mill. 6.2.87)

(Anm.: Zur Erinnerung — kein anderer als „Friedensfreund" Ecevit führte 1974 die Invasion in Zypern an!)

All dies wurde hier in der Ausführlichkeit zitiert, um zu zeigen, daß nicht vereinzelte, exotische Scharfmacher expansionistische Spinnereien ausplaudern, sondern daß die Frage eines türkischen Eingreifens im Golfkrieg — zumindest in den ersten Monaten dieses Jahres — eines der bestimmenden Themen der politischen Diskussion war und von Politikern eigentlich aller Schattierungen ernsthaft und öffentlich erwogen wurde.

Betont sei auch noch einmal, daß sowohl diese Diskussion als auch die militärischen Kriegsvorbereitungen bereits

Türkische Spezialtruppen für den Einsatz in Kurdistan bei der GSG 9 ausgebildet

Während die Bundesregierung noch im August letzten Jahres auf eine kleine Anfrage der „Grünen" im Bundestag dreist abstritt, in auch nur irgendeiner Weise an der Ausbildung und Ausrüstung der berüchtigten neuen türkischen Elitetruppe beteiligt zu sein, brachte die türkische Tageszeitung „Tercüman" am 31. 1. 87 ausgerechnet auf der Titelseite die Riesenschlagzeile: „Unsere Kommandos werden in Deutschland ausgebildet", untermalt mit Fotos und einem Interview mit dem Offizier der GSG 9, Anselm Weygold:

„Während unseres langen Gesprächs mit Hauptmann Weygold erwähnte dieser die enge Zusammenarbeit mit der Türkei. Weygold erwähnte, daß im vergangenen Jahr hier zwei Kommandoeinheiten der Gendarmerie ausgebildet worden seien und fuhr fort „Aus der Zusammenarbeit erzielen wir sehr gute Ergebnisse". Weygold erwähnte auch die technische Zusammenarbeit, sagte aber, hier seien die Systeme unterschiedlich und nicht erfolgreich genug."

Tercüman v. 31. 1. 87

Die wahrhaft „mörderische" Zusammenarbeit zwischen der BRD und dem Militärregime in der Türkei ist keineswegs neu: Bereits einige Tage nach dem Militärputsch 1980 spendierte die BRD erst einmal 1 Mio Ausrüstungshilfe für die türkische Polizei, als Auftakt sozusagen. Auch in den folgenden 6 Jahren beschränkte sich die Bundesregierung (gleich ob CDU oder SPD) keineswegs auf Milliarden DM von Wirtschaftshilfe: insbesondere an der militärischen und polizeilichen Ausrüstung der Türkei ist die BRD intensiv beteiligt. Mittlerweile sind die türkischen Grenz- und Polizeistationen mit Computern bestückt, von denen die Firma Siemens zumindest das Zubehör (wie Stromaggregate etc.) geliefert hat (vermutlich die gesamte Anlage).

Regelmäßig werden über den Hamburger Hafen Militär-LKWs geliefert und Ministerpräsident Özal besuchte während seines Staatsbesuches im Herbst 1984 unter großer Geheimhaltung die Luftwaffenfirma MBB in Hamburg. Hier ging es um den Ankauf von Hubschraubern, wie sie das türkische Regime für den Einsatz gegen die kurdische Bevölkerung — und für den schnellen Transport eben der erwähnten Spezialeinheiten benötigt.

Im Juni 1985 hielt sich dann die gesamte Spitze der türkischen Polizei auf Einladung des Bundesinnenministeriums zu einem mehrtägigen Besuch in der BRD auf: Ziel dieses Besuches war es laut türkischer Presse *„die türkische Polizei mit deutscher Hilfe mit den modernsten Waffen und Gerät auszurüsten..."* (Milliyet)

Auf dem Besuchsprogramm der Delegation standen neben einem Besuch des BKA und einem Treffen im Bonner Innenministerium vor allem ein ausführlicher Besuch bei der GSG 9.

Welch „Zufall", daß die Türkei noch im selben Jahr mit der Aufstellung einer 500 Mann starken Elitetruppe begann, deren Ausbildung nach wiederholten Berichten der türkischen Presse zumindest zum Teil in der Bundesrepublik bei der GSG 9 stattfand. Inzwischen sind die als „Schwarze Insekten" bekannten Sondersommandos, deren Zahl noch weiter auf 1.500 aufgestockt werden soll, vornehmlich in den kurdischen Gebieten im Einsatz. Ihre „Schlagkraft" wird von der reaktionären türkischen Presse mit folgenden Worten gelobt:

„...beim Einsatzbefehl geht ein Schlag durch den Körper der todesmutigen bärenstarken Männer ... Ihre automatischen Wunderwaffen treffen immer. Unsere Helden werden, auch wenn die letzten Magazine leergeschossen sind nicht ruhen, bis sie auch dem letzten Verbrecher die tödliche Lektion erteilt haben."

Die Bundesregierung streitet ab

Über die Ausbildung und z.T. Ausrüstung (z.B. mit deutschen Polizeihunden) dieser Einheiten ist die Bundesregierung direkt am Terror in Kurdistan mitverantwortlich.

In ihrer dreisten Antwort auf die Anfrage der „Grünen" hatte die Bundesregierung rundweg abgestritten in irgendeiner Weise an Ausbildung oder Ausrüstung beteiligt zu sein, ja selbst die Existenz dieser Sonderkommandos wurde indirekt in Zweifel gezogen („aus der seriösen deutschen Presse nicht bekannt geworden..."). Nun wirft es eher ein Licht auf die „Seriösität" dieser deutschen Presse, wenn sie die Verwicklung der BRD in Waffengeschäfte und Kriegshandlungen verschweigt...

Man darf gespannt sein, wie sich das Bundesinnenministerium nun zu den Auskünften des Herrn Weygold verhalten wird. Wird sie auch ihn als „unseriös" abqualifizieren?

N.M.



GSG 9

Teröristlerin korkulu rüyası "GSG-9"un karargâhı kapılarını ilk defa Tercüman'a açtı

Zafer ATAY bildiriyor

KOMANDOLARIMIZ ALMANYA'DA EĞİTİM GÖRÜYOR

Türkiye ile sıkı işbirliği

Donatım yardımı da yapılıyor

Arkadaşımız Zafer Atay, GSG-9 komando grubunun komutan yardımcılarından Yüzbaşı Anselm Weygold ile.



Die Kontinuität einer Geschichtsfälschung

Die Türkei in der Endlösung der „Armenierfrage" heute

Am 25. Februar berät die politische Kommission des Europaparlamentes erneut über die „armenische Frage". In westdeutschen Zeitungen ist meines Wissens nicht eine Zeile über die heftigen Auseinandersetzungen und das erbärmliche Ergebnis erschienen. In der verabschiedeten Resolution ist nicht von Völkermord und Ungerechtigkeit die Rede, die im Osmanischen Reich 1915 bis 1918 den Armeniern widerfuhren. Zweiundsiebzig Jahre nach Beginn des Völkermordes an etwa 1,5 Millionen Armeniern ist es beschämenderweise immer noch nicht möglich, eine offizielle Anerkennung durch das Europaparlament zu erreichen. Seit Jahren schon scheitern alle Versuche an dem bis zu Drohungen reichenden Druck der Türkei.

Die türkische Regierung oder Junta akzeptierte die Resolution. Unter den gegebenen Umständen sei es das beste, was man erwarten könne, hielt sie der rechten Opposition entgegen, der selbst dieser laue Beschluß und dessen Akzeptierung schon zuviel ist.

Es ist übrigens zu vermuten, daß der Vorschlag, von Ungerechtigkeit statt von Völkermord zu sprechen, von einem SPD-Abgeordneten gemacht wurde. (So das rechte türkische Blatt „Hürriyet").

Die Resolution wird auf der Vollversammlung des Europaparlamentes im April in Straßbourg zur Diskussion stehen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht zu vermuten, daß dort ein besserer Beschluß gefaßt wird.

Hat man in der Türkei bisher den Völkermord an den Armeniern abgeleugnet, so wurde vor einigen Jahren damit begonnen, zum Auf-den-Kopf-stellen der Geschichte überzugehen. Seitdem ist die Regierung sehr fleißig im Auffinden von Massengräbern, die einen Völkermord der Armenier an den Türken (!) beweisen sollen. Dabei wird sich um solch eine Nebensache nicht gekümmert wie die, daß in einem Gebiet, wo sich 1918 solch ein Massenmord ereignet haben soll, schon lange keine Armenier mehr lebten, weil sie getötet oder vertrieben worden waren. Für solch eine grandiose Lüge und Verhöhnung der Opfer wurde dann im Juli 1986 auch noch ein Denkmal aufgestellt. Staatspräsident Evren sprach zur Einweihung die Hoffnung aus, daß weitere folgen werden, um „die Erinnerung an die Greueltaten der Armenier" zu verewigen.

Als beispielhaft für den Umgang mit der Geschichte der Verfolgung der Armenier in der Türkei kann eine Fernsehserie gelten, die vor einigen Monaten im türkischen Fernsehen lief. Als Videokassette ist sie auch in der BRD erhältlich.

Im Mittelpunkt der Serie steht der „Prozeß Talaat Pascha", der am 2. und 3. Juni 1921 in Berlin gegen den armenischen Studenten Soromon Tehlerjan geführt wurde. Talaat Pascha war als Innenminister hauptverantwortlich für die jungtürkische Ausrottungspolitik, der zwischen 1915 und 1918 anderthalb Millionen armenische Menschen zum Opfer fielen. Tehlerjan hatte bei den von Talaat angeordneten Todesmärschen seine gesamte Familie verloren. Am 15. März 1921 erschoß er in Berlin-Charlottenburg Talaat Pascha.

Merkwürdigerweise wurde Tehlerjan freigesprochen.

Die Serie verfolgte zwei Ziele:

1. sollte der Beweis geführt werden, daß der Völkermord an den Armeniern nicht stattgefunden hat. Dabei verstieg man sich zu der Behauptung, daß Armenier ihre eigenen Landsleute umgebracht hätten, um einen Völkermord vorzutäuschen. Diese ungeheuerliche Lüge ist wohl aus der Not an Beweisen entstanden,

2. sollten die Armenier überhaupt diskreditiert werden. Im Zusammenhang gesehen mit der fast täglichen Hetze gegen diese oder auch andere Minderheiten (z.B. die Kurden) wird deutlich, daß es nicht nur um die Vergangenheit geht. Noch heute können die wenigen, noch in der Türkei verbliebenen Armenier nur unter Repressalien ihre Kultur bewahren.

Doch nicht nur in der Türkei wird über das Schicksal der Armenier geschwiegen: in Deutschland gibt es eine erstaunliche Kontinuität des Verschweigens und der Rücksichtsnahme auf die Türkei seit dem Beschluß des wilhelminischen Deutschland, Berichte über den Völkermord an den Armeniern nicht zuzulassen, um die freundlichen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden.

Daß das Schweigen in den bundesdeutschen Medien nicht von ungefähr kommt, zeigten u.a. die wilden Reaktionen des türkischen Konsulats auf die Bremer Konferenz „Genozid und Holocaust", 19. bis 25. April 1985, die zum Gedenken anläßlich der 70. Wiederkehr des Völkermordes an den Armeniern in der Türkei stattfand. Der Bildungssenator Bremens zog damals aufgrund des Protestes des Konsulats eine Broschüre zu dem Kongreß zurück. Auch der Bericht der „taz" vom 22.5.85 gehört hierher, aus dem hervorgeht, daß eine Sendung des RIAS-Bildungsprogrammes mit dem Titel „Der geleugnete Völkermord — Schicksal der Armenier 1915" gegen den Widerstand der Redaktion und des Intendanten abgesetzt wurde. Die Proteste des türkischen Konsulats veranlaßten die US-Aufsichtsorgane des RIAS, dem Sender die Ausstrahlung des Beitrages zu untersagen. Der Westen weiß, was er seinem NATO-Partner schuldig ist.

Daß Informationen über diesen Völkermord weiterhin nicht gern in der Öffentlichkeit gesehen sind, zeigt ein Beispiel aus dem Herbst letzten Jahres. Aus einer Ausstellung zum 100. Geburtstag Armin T. Wegners, der als einer der wenigen Deutschen engagiert gegen das den Armeniern angetane Leid eintrat, sollten ausgerechnet die Plakate entfernt werden, die sich auf den Völkermord bezogen. Subjektive Meinungsäußerungen zur Tagespolitik seien in einer Ausstellung über Wegners Leben und Werk fehl am Platze.

Es kann hier natürlich nicht darum gehen, die Verbrechen an den Armeniern als Argument gegen die Türken insgesamt zu mißbrauchen: das würde nur zu gut ins rechte Weltbild passen. Ein weiteres Leugnen und Verschweigen allerdings kann nur neues Leid verursachen und tut es auch bereits. Was, im Vergleich, unsere eigene Geschichte angeht, so ist es doch wohl offensichtlich, worauf diejenigen hinaus wollen, die von der 'Auschwitzlüge' sprechen oder wozu es dient, wenn 'wir' endlich aus dem Schatten der Geschichte heraustreten sollen.

Jens-Uwe Ries

amnesty international: **PERU**

„Verschwindenlassen", Folter und summarische Hinrichtungen durch Regierungskräfte nach den Gefängnisrevolten vom Juni 1986.

Übersetzung des Berichts der ai-Delegation, 100 Seiten mit Skizzen.

Bestellungen an: H. Spreen, Luxemburgerstr. 31, 1 Berlin 65

Preis: DM 6,-

Vorüberweisung unter der Angabe von „Kostenst. 2146" auf Kto. 30.000 der BKD Duisburg (BLZ 350 601 90).

KEINE EINLADUNG AN PUTSCHGENERAL EVREN

Mit Empörung und Bestürzung haben wir davon Kenntnis genommen, daß Bundespräsident von Weizsäcker den Türkischen Putschgeneral Evren zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik eingeladen hat.

Bereits der Besuch Weizsäckers in der Türkei, als erstes Staatsoberhaupt eines westlichen Landes seit dem Militärputsch von 1980 bedeutet eine enorme politische Aufwertung des türkischen Folterregimes und wurde in der türkischen und internationalen Öffentlichkeit auch in dieser Weise kommentiert:

Demonstration der Freundschaft —
Weizsäcker lobte die Türkei —
Grünes Licht für die Türkei —
Weizsäcker: jederzeit auf seiten der Türkei —
Das Eis zu Europa muß schmelzen —
Unterstützung durch die BRD —

V. Weizsäckers angeblich „differenzierte Haltung" und „vorsichtige Kritik" (die in der liberalen Presse hier als Zeugnis seiner staatsmännischen Souveränität gelobt wurde) sind dabei letztlich das passende I-Tüpfelchen auf den kosmetischen Reformen, die das Regime zur Beruhigung der Weltöffentlichkeit und eines Teiles der bürgerlichen Opposition des Landes vollzogen haben.

Aber die Lockerung des Redeverbotes für einige frühere Politiker ändert nichts an der Unterdrückung und Rechtlosigkeit von Millionen von Arbeitern, Studenten, Lehrern und Intellektuellen. Die Ersetzung des Kriegsrechts durch den Ausnahmezustand entspricht der Ersetzung vom Militär durch weniger auffällige — aber eventuell effektivere polizeiliche und zivilpolizeiliche Repression.

In seiner letzten Erklärung vor dem Rückflug drückt Weizsäcker seine Überzeugung aus, „daß Klagen über Nichteinhaltung von Menschenrechten oder über angebliche Folterungen in der Türkei künftig von Staatsorganen nachgegangen wird".

Allein dieser Satz ist eine Verhöhnung von tausenden politischen Gefangenen, aber auch von zehntausenden von Menschen, die durch die Foltermaschinerie gegangen sind und nun mit bleibenden psychischen und physischen Schäden leben müssen. Die Aussagen des Folterpolizisten Caner vom Februar dieses Jahres haben die zahllosen Klagen von politischen Gefangenen und ihren Angehörigen bekräftigt, daß die Folter nach wie vor **systematisch** angewendet wird. Allein in den letzten drei Monaten vor Weizsäckers lobenden Worten sind mindestens sieben weitere Personen in türkischen Gefängnissen und Polizeistationen umgebracht worden, und das sind nur die Fälle, die bekannt geworden sind. Im selben Zeitraum wurden mindestens fünfzehn Personen „tot festgenommen", wie es in der türkischen Presse zynisch heißt — von sogenannten „Sicherheitskräften" erschossen.

Während des Besuches von Weizsäcker — aber weder von der deutschen noch von der türkischen Presse beachtet, führen sechs Gefangene von Amasya ihren Hungerstreik weiter, den sie am 12. Mai begonnen hatten, ihre gesundheitliche Lage wird bedrohlich. Alle 6 waren zum Tode verurteilt und sind seitdem in Isolation. Ihre Angehörigen befürchten, daß sie ohne „offizielle" Hinrichtung vernichtet werden sollen.

Zu den kosmetischen Reformen, die in der europäischen Öffentlichkeit die Liberalisierung der Türkei vorzeigen sollen, zählt auch die angeblich kürzlich erlassene 'Amnestie'. Tatsächlich handelt es sich keineswegs um Amnestie, sondern um eine Änderung der Strafvollzugsordnung, die bei entsprechend „günstigem Verhalten" eine Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung vorsieht...Viele politische Gefangene kommen schon auf Grund der Bedingungen nicht in den „Genuß" dieser „Aussetzung". Nach Haftentlassung (mit oder ohne Straferlaß) droht zehntausenden von Häftlingen die Verbannung! Ungezählt die zehntausende von ehemaligen Häftlingen, die als Studenten von der Uni relegiert, als Lehrer oder Dozenten aus ihren Berufen vertrieben, als Arbeiter ständig erneuten „vorbeugenden" Verhaftungen ausgesetzt sind...Wie kürzlich bekannt wurde, wird ehemaligen Untersuchungshäftlingen — selbst wenn sie im Verfahren freigesprochen werden — ein Loch in den Ausweis gestanzt, um sie so für alle entsprechenden Stellen auf den ersten Blick „kenntlich" zu machen.

Wenn von Weizsäcker in seinen Reden in der Türkei an das Schicksal deutscher Flüchtlinge erinnert, die zur Zeit des Nazi-Faschismus in der Türkei Aufnahme fanden, sollte er sich daran erinnern, daß auch das Schreckensregime der Nazis internationalen Besuchern — z.B. während der Olympiade 1936 — ein „sauberes" Deutschland vorstellten. Außerdem erinnert sich von Weizsäcker wohl aus gutem Grund nicht daran, daß tausende von Asylsuchenden aus der Türkei in der BRD Schutz vor politischer Verfolgung suchen. Sie werden hier mit der Begründung abgelehnt, daß es Folter entweder nicht gäbe oder Folter dem landesüblichen Standard entspricht.

Ein 30minütiges Gespräch mit Ecevit „im Hinterzimmer" und ein Essen mit „unliebsamen" Intellektuellen ändert nichts an der grundsätzlichen politischen Aussage des Besuches: Anerkennung und Absegnung der politischen Zustände. Lächeln mit Evren vor Arbeitern, Lächeln mit Evren vor Schulkindern...

Gleichzeitig führt die türkische Armee Krieg in den kurdischen Provinzen. Dörfer werden von Armeeinheiten überfallen, die Dorfbewohner aufs grausamste mißhandelt, zum Verlassen ihrer Dörfer gezwungen, in Wehrdörfer umgesiedelt, Frauen vor den Augen ihrer Männer vergewaltigt, Lehrer zu Tode gefoltert; Soldaten in „Guerillakleidung" verkleidet, führen Konterguerillaaktionen gegen die Bevölkerung durch...

Und von Weizsäcker strahlt Arm in Arm mit Evren millionenfach von den Titelseiten türkischer Tageszeitungen.

„Ich bin sehr zufrieden, daß die Türkei ihren Zeitplan zur Demokratisierung einhält, ich hoffe, daß sie diesen Weg fortsetzt..."

Sie setzt ihn fort: Zwei Tage nach Weizsäckers Abflug wird in fünf kurdischen Provinzen das Kriegsrecht für weitere Monate verlängert; für weitere elf Provinzen (die vier großen Städte und die übrigen kurdischen Provinzen) der Ausnahmezustand verlängert.

Die politische Aufwertung, die das Regime an allererster Stelle durch die BRD erfährt, die sich auch in den europäischen Gremien unermüdlich als Fürsprecherin des Folterregimes einsetzt, entspricht der finanziellen Hilfe zur Aufrüstung von Polizei und Militär. Deutsche Technik hilft zur Effektivierung der Polizei, zur Aufrüstung der Grenzstationen mit Computern, zur lückenlosen Videoüberwachung von Arbeiterversammlungen ... Eine türkische Delegation unter Führung von Polizeichef Bedük führte im vergangenen Jahr intensive Gespräche mit BKA und GSG 9. Inzwischen operiert eine neue Eliteeinheit, die nach GSG 9-Vorbild aufgebaut ist, vornehmlich in den kurdischen Gebieten. Aufgrund ihrer Grausamkeit und ihrer geschwärzten Gesichter im Volke „schwarze Insekten" genannt.

Am Tag nach Weizsäckers Rückkehr wurde bei HDW in Kiel ein für die türkische Flotte gebautes Kriegschiff feierlich eingeweiht...

Krönung der von Weizsäcker ausgesprochenen Aufwertung, ist die Einladung an Evren in die Bundesrepublik.

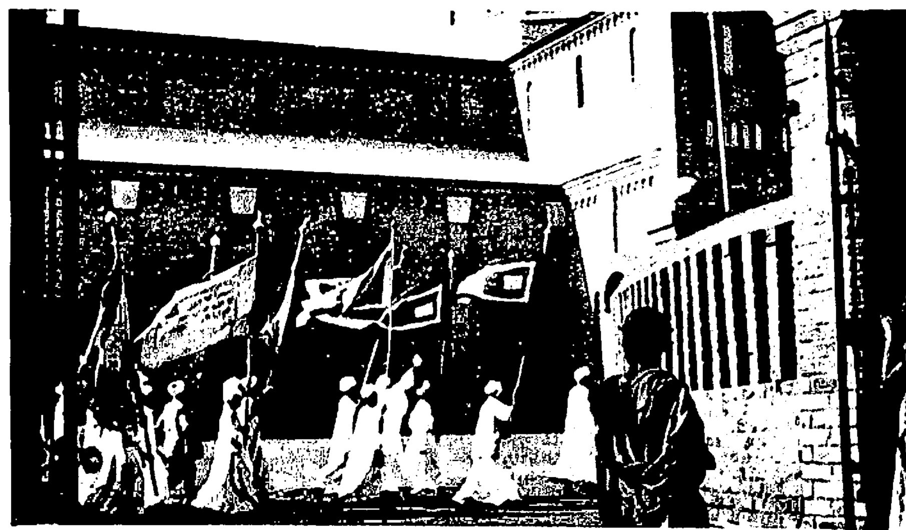
Unsere Solidarität und Verbundenheit mit der demokratischen Opposition in der Türkei und Kurdistan gebieten uns, aufs Schärfste gegen diese Einladung zu protestieren.

Selbstverständlich wird es in erster Linie die demokratische Opposition in der Türkei und Kurdistan selbst sein, die eines Tages eine wirkliche Demokratisierung und die Garantie von Menschenrechten durchsetzen wird. Wir wissen aber, daß diese Menschen auch auf unsere Wachsamkeit und Solidarität zählen.

Die Einladung an Evren, die internationale Aufwertung dieses Menschenschlächters, ist ein Schlag ins Gesicht aller demokratischen Menschen in der Türkei und eine Verhöhnung der Menschenrechte.

WIR FORDERN
DIE RÜCKNAHME
DIESER EINLADUNG!

V.i.S.d.P.: Unterstützerkreis für die politischen Gefangenen in der Türkei und Türkei-Kurdistan, Hannover
Informationsbüro Türkei, Rühmkorffstraße 7, 3000 Hannover 1
Kto. Nr.: 31842119 · Stichwort: Evren'e hayir · Stadtsparkasse Hannover BLZ 25050180
Unterschriftenlisten anfordern bei: Informationsbüro Türkei, Rühmkorffstraße 7, 3000 Hannover 1



Bürgerkrieg im Sudan

Mit dem Abschuß einer Passagiermaschine durch die SPLA (Sudanese Peoples Liberation Armee) im letzten Jahr rückte für kurze Zeit der Bürgerkrieg im Sudan in den Blickwinkel westlicher Medien. Dort wurde der Eindruck erweckt, daß es sich bei diesem Krieg um die Interessen weniger drehe und die Bevölkerung, vornehmlich jene des Südens, allein darunter zu leiden hätte. Tatsächlich aber ist dieser Bürgerkrieg Ergebnis einer langen Geschichte der Unterdrückung des Südens durch den Norden und wird von breiten Schichten im Südsudan getragen.

Für die Herausbildung des heutigen Sudan waren die Eroberungen durch die Truppen Mohamed Alis (1821) und die Einverleibung zunächst des Nordsudan in das türkisch-ägyptische Reich grundlegend. Die zentralsudanesischen Reiche wurden zerschlagen, die eroberten Landesteile zu einem einheitlichen Staatswesen zusammengefaßt und eine moderen Verwaltung eingeführt. Die bis dahin im Nordsudan vorherrschenden islamischen Orden wurden weitgehend verdrängt und durch den orthodoxen Islam ägyptischer Prägung ersetzt.

Entlang dieser Konfliktlinie entwickelten sich die beiden großen politisch-religiösen Gruppierungen des Nordsudan: die Ansar-Sekte (wiedererstarkter sudanesisch-islamischer Orden) und die Khatmiya-Sekte (orthodoxer Islam).

Während der Nordsusan schnell Teil der Verwaltungseinheit Ägypten wurde und nach damals modernen Vorstellungen bewirtschaftet und entwickelt wurde, zog sich die Unterwerfung des Südens über einen langen Zeitraum hin. Geographisch war der Süden durch die Nilsümpfe (Sudd) vom Norden abgegrenzt. Erst den türkisch-ägyptischen Eroberern gelang es, diese Barriere zu überwinden und in den Südsudan vorzudringen. Dabei ging es in erster Linie um die Erbeutung von Sklaven, Elfenbein und Gewürzen. Das hieß für die Südsudanesen Raub, Mord und Plünderung durch die modern bewaffneten islamischen Eroberer und Ausbeutung durch die arabischen Händler.

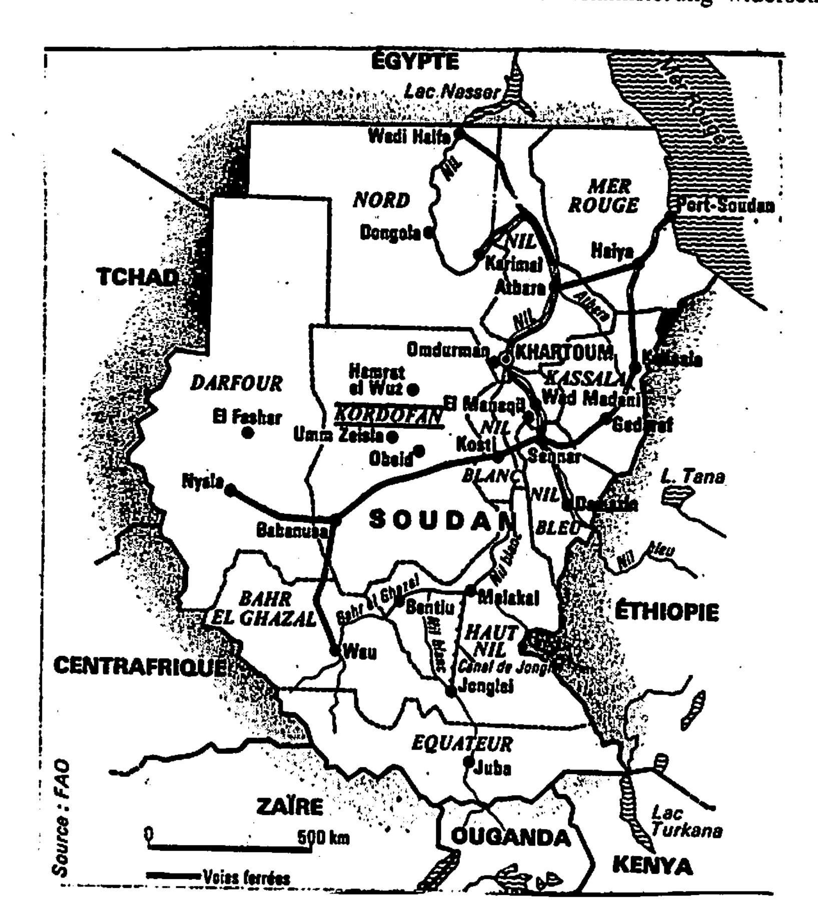
Diese auch Turkiya genannte Herrschaft von 1820 bis 1885 bedeutete für die südsudanesische Bevölkerung eine universelle Katastrophe, denn sie ging mit der Zerstörung ihrer traditionellen Stammesgesellschaft einher.

Die Mahdiya

Die generelle Unzufriedenheit der sudanesischen Bevölkerung mit der unterdrükkerischen türkisch-ägyptischen Fremdherrschaft entlud sich im Norden im Mahdismus, einer Protestbewegung, die sich um die messianische Gestalt des Mahdi (=Messias) kristallisierte, der aus einem Sufi-Orden stammte.

Mohammed Ahmed ließ sich als Mahdi ausrufen, der dem Islam zur Weltherrschaft verhelfen und das Zeitalter der Gerechtigkeit einleiten sollte. Mit dem Sieg der Mahdisten über die ägyptisch-türkischen Besatzungstruppen (1885) begann die Errichtung eines theokratischen Staates.

Während der Mahdismus für den Nordsudan den Vorläufer der sudanesischen Nationalbewegung darstellte, bedeutete er für den Süden wiederum *nur Sklaverei*, Ausplünderung und Zwangsislamisierung. Obwohl sich die südsudanesichen Stämme der Islamisierung widersetzten,



drang die arabische Sprache als Pidgin-Arabisch in den Süden vor und einige kleine Stämme wurden oberflächlich islamisiert.

Die Schreckensherrschaft der Mahdiya wurde 1898 durch den Sieg der anglo-ägyptischen Truppen unter Lord Kitchener in der Schlacht bei Omdurman beendet, die Mahdi-Bewegung als starke politisch-religiöse Kraft besteht jedoch bis heute in der Ansar-Sekte fort.

Das anglo-ägyptische Kondominium

Den Kolionalmächten gelang es während des ägyptisch-britischen Kondominiums - mit faktischer britischer Herrschaft - die beiden Teile des Sudan unter einer einheitlichen Verwaltung zusammenzufassen. Die spätere Politik der Engländer vertiefte aber eher noch die Spaltung zwischen dem Nord- und Südsudan.

Zunächst konzentrierten sich die wirtschaftlichen Interessen der Engländer auf das fruchtbare Gezira-Dreieck (Khartoum-Sennar-Kosti) im Nordsudan. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde hier mit dem Ausbau riesiger Baumwollplantagen und Bewässerungssysteme begonnen.

Die kriselnde englische Textilindustrie sollte — als Ersatz für Rohstoffe aus den USA und Ägypten — mit billiger und hochwertiger Baumwolle versorgt werden. Folglich wurde der Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur — bis auf die militärisch wichtige Eisenbahnlinie — auf den Norden beschränkt. Ebenso kamen Bildungs- und Entwicklungsprojekte fast ausschließlich der Metropole Khartoum/ Omdurman und dem Gezira-Dreieck zugute. Dieses Gebiet stellt bis heute das politische und ökonomische Zentrum des Gesamtsudan dar, aus dem die herrschende Nordsudanesische Elite stammt. Zunächst ging es den Engländern kolonialpolitisch in Konkurrenz zur französischen Kolonialpolitik darum, eine Achse von Agypten bis zum Kap zu errichten sowie um die Sicherung der Nilquellen, die für ihre faktische ägyptische Kolonie wichtig waren.

Neue Phase der Kolonialpolitik: „southern policy"

Anfang der 20er Jahre begannen die Briten im Sudan die Politik der 'indirect rule': Durch die Übertragung von Verwaltungsaufgaben an lokale Autoritäten sollten Kolonialkonflikte entschärft und Verwaltungskosten herabgesetzt werden. Voraussetzung dafür war die Stärkung traditioneller Stammesstrukturen, eine Wiederbelebung der afrikanischen Traditionen und der kulturellen Einheiten. Damit wurden die Differenzen zwischen dem afrikanischen Süden und dem „arabischen" Norden verstärkt. Gleichzeitig sollte (wie überall in Ostafrika) der islamische Einfluß zurückgedrängt werden.

Mit dem Erlaß der „closed districts" wurde der Menschen- und Warenverkehr zwischen Nord- und Südsudan unterbunden. Weitere Maßnahmen waren u.a. das Verbot der arabischen Sprache und arabischer Namen, und die Ausweisung arabischer Händler und Beamter aus dem Süden. Als Amtssprache sollte Englisch durchgesetzt werden. Darüberhinaus sollten durch Zwangsumsiedlungen die islamisierten von den nichtislamischen Stämmen getrennt werden. Die 1930 in einem Geheimdokument zusammengefaßte „Southern Policy" führte zur völligen Isolierung des Südsudan vom Norden. Zeitweise wurde sogar erwogen, den Süden mit Uganda bzw. Kenia zusammenzufassen.

Entwicklungs- und Bildungsprojekte durch die Kolonialregierung gab es für diesen Landesteil nicht. Vielmehr wurde den christlichen Missionen diese Aufgaben zugeschoben.

Zehn Jahre vor der Unabhängigkeit (1956) änderte die englische Regierung ihre Politik in Richtung auf Integration und setzte sich damit über die erklärten Interessen südsudanesischer Vertreter hinweg, die sich gegen die Integration unter nordsudanesischer Vorherrschaft aussprachen. Selbst ihre Forderungen nach sog. „safeguards", garantierten Minderheitsrechten, wurden ignoriert. So wurden schon vor der formalen Unabhängigkeit islamische Lehrer in den Süden geschickt und außerdem nahezu sämtliche Positionen in Verwaltung und Militär im Zuge der Sudanisierung mit Nordsudanesen besetzt.



Dies war erster Ausdruck einer Politik des Nordsudan, welche in Anknüpfung an alte islamische Herrschaftsphasen den

Südsudan als Kolonie betrachtete, die keinen förderalen Status zu beanspruchen hatte.

Der erste Bürgerkrieg

Die fortwährende wirtschaftliche, politische und kulturelle Unterdrückung der Südsudanesen führte schon 1955, nach einem Streik von 300 südsudanesischen Plantagenarbeitern gegen die nordsudanesische Leitung, zu einer Meuterei südsudanesischer Armeetruppen in der Provinz Equatoria. Anlaß war die geplante Verlegung dieser Truppen in den Nordsudan.

Die erste parlamentarisch gewählte Zentralregierung setzte sich aus den politischen Flügeln der großen rivalisierenden nordsudanesischen politisch-religiösen Gruppierungen der Ansar- und der Khatmiya-Sekte zusammen. Sie erwies sich als unfähig, den eskalierenden Konflikt mit dem Südsudan beizulegen und wurde nach einem Putsch von einer Militärdiktatur unter Führung General Abbouds (1958 — 1964) abgelöst. Unter seiner Herrschaft wurde die Islamisierung noch verschärft, unter dem Motto: ein Land, eine Sprache, eine Religion und versucht, die sich verstärkenden separatistischen Bewegungen der Südsudanesen mit militärischer Gewalt zu unterdrücken.

Das politische Leben im Südsudan wurde fast völlig zum Erliegen gebracht, indem zahlreiche südsudanesische Politiker verhaftet sowie viele südsudanesische Beamte in den Norden versetzt wurden.

Immer stärkere Repressionsmaßnahmen der Militärregierung Abbouds zwangen Anfang der 60er Jahre führende südsudanesische Politiker ins Exil, wo sie 1962 die SACDNU (Sudan African Closed District Nation Union), und 1963 die SANU (Sudan African National Union) gründeten. Die meisten Südpolitiker schlossen sich dieser Partei an.

Es gelang der SANU aber weder bei afrikanischen noch bei europäischen Regierungen, Beistand zu erhalten. Die Afrikaner hatten Angst, eine erfolgreiche Sezession des Südsudan würde ein Beispiel geben für andere Staaten, während die Europäer ihre guten Beziehungen zu Abbouds Regierung nicht gefährden wollten. Die SANU verstand sich zunächst nur als politischer Arm der verschiedenen südsudanesischen Befreiungsbewegungen. Differenzen innerhalb der SANU um politische Positionen, die Verwaltung von (zumeist kirchlichen) Geldmitteln, vor allem aber ihre Distanzierung zu bewaffneten Aktionen verhinderten, daß sie entscheidenden Einfluß auf den Widerstandskampf nehmen konnte. Die Querelen fanden sichtbaren Ausdruck in den diversen Führungswechseln.

1962 trat erstmals die von der Sanu unabhängige Guerillaorganisation „Anyanya" (Schlangengift) mit einem Überfall auf nordsudanesische Militärposten in Erscheinung. Damit war der erste Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan offen ausgebrochen.

Vereinzelte Versuche, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg beizulegen, scheiterten endgültig 1965. Die Anyanya setzte sich zunächst aus lose kooperierenden, aber auch rivalisierenden Gruppen zusammen, was den Widerstand schwächte. Erst 1970 wurden die Gruppen unter Joseph Lagu mit Unterstützung irsraelischer und US-amerikanischer Stellen zu einer einheitlichen Rebellenorganisation zusammengefaßt, die die Regierungsstruppen in die militärische Pattsituation und somit zu Verhandlungen zwingen konnte.

Das Abkommen von Addis Abeba — Keim für den neuen Krieg

1969 gelangte General Numeiri mit einem Militärputsch an die Macht. Für den Bürgerkrieg bedeutete dies zunächst keine Veränderung — er wurde auf Seiten des Nordens mit sowjetischer Hilfe weitergeführt. Nachdem er einen von ihm selbst provozierten Putsch linker Offiziere überstanden hatte, wandte sich Numeiri dem Westen zu. Mit dieser politischen Wende waren auch Bedingungen geschaffen worden, die eine Verhandlungslösung möglich machten.

Die USA, die über den Weltkirchenrat Einfluß auf die Anyanya hatten, handelten nun im Interesse einer Stabilisierung der Regierung Numeiri und drangen dementsprechend auf eine Verhandlungslösung. Zudem hatte Numeiri mit Äthiopien vereinbart, die Eritreische Befreiungsfront nicht mehr zu unterstützen; als Gegenleistung dafür unterband Äthiopien den militärischen Nachschub für die Anyanya.

Unter diesem Druck unterzeichnete Joseph Lagu für die Anyanya 1972 das Abkommen von Addis Abeba, obwohl ein Großteil der Anyanya nicht mit dem Vertragstext einverstanden war.

Grund für die Ablehnung war, daß die Vorstellungen der Südsudanesen mit dem Abkommen kaum verwirklicht wurden. Von Föderation oder gar Separation war dort keine Rede mehr. Zwar wurde dem Südsudan eine formale Teilautonomie mit einem Regionalparlament in Juba zugestanden, aber über alle wichtigen Bereiche wie Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur und Bildung usw. erhielt die Zentralregierung das Entscheidungsrecht. Außerdem fehlten jegliche 'safeguards' und Klagemöglichkeiten bei Verstößen gegen den Vertrag. Numeiri allein erhielt ein Vetorecht und das letzte Wort in allen Entscheidungen. Außerdem erhielten die Südsudanesen kaum Einfluß auf die Zentralregierung.

Die Phase zwischen Bürgerkriegen 1972 — 1983

Die Zeit der relativen Ruhe nach dem Bürgerkrieg wurde vom Norden in erster Linie dazu benutzt, ihren wirtschaftlichen und kulturellen Hegemonieanspruch gegen den Süden durchzusetzen, d.h. es wurde in Kontinuität zu früheren Herrschaftsphasen eine Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung und kulturellen Unterdrükkung betrieben.

Es wurden nicht nur Entwicklungsprojekte sowie Bildungs- und Infrastukturmaßnahmen fast ausschließlich im Norden durchgeführt, sondern es sollten auch die Ressourcen des Südens ohne dessen Partizipation daran ausgebeutet werden. Z.B. sollte das Nilwasser über einen Kanal (Jonglei-Kanal) abgeleitet werden, um 1) ein Wasserabkommen mit Ägypten zu erfüllen und 2) Wasser für die expandierende moderne Bewässerungslandwirtschaft (Gezira-Dreieck) zu liefern — ein Projekt im Rahmen der „Brotkorbstrategie", die zum Ziel hatte, den Sudan mit westlicher Technologie, arabischen Petrodollar und sudanesischen Ressourcen zum Nahrungsmittellieferanten der Ölstaaten zu machen. Allerdings wäre der Bau dieses Kanals eine ökologische Katastrophe für den Südsudan geworden. Zusätzlich wurde im Süden Erdöl vorgefunden, das mittels einer Pipeline zu einer Raffinerie im Norden bzw. an die Küste befördert werden sollte. Auch daraus wären dem Südsudan nur Verluste erwachsen.

Da diese beiden Projekte besondere Wichtigkeit für den Süden haben und sich gerade auch an ihnen der Widerstand entzündete, waren sie erste Angriffsobjekte der SPLA. Sie wurden schon in der Anfangsphase des Bürgerkrieges stillgelegt.

In der Zeitspanne zwischen den Bürgerkriegen wurden auch die Versuche, den Süden zu islamisieren, intensiv fortgesetzt. Besonders in den letzten Jahren der Regierung Numeiris verschärfte sich die Islamisierung unter dem Einfluß islamischer Fundamentalisten (Moslem Brothers). In diesem Zusammenhang steht auch, daß die Universität von Juba, ein Zugeständnis an den Süden im Vertrag von Addis Abeba, sehr schnell von militanten Moslems vereinnahmt wurde. Außerdem wurde die Unterrichts und Amtssprache Englisch durch Arabisch ersetzt.

Alles deutet darauf hin, daß der Nordsudan den Südsudan systematisch in eine Kolonie verwandeln wollte.

Der zweite Bürgerkrieg

Das durch die oben genannten Maßnahmen geschaffene Klima wurde noch verschärft durch den Beschluß der Zentralregierung, die Sharia auch auf Nicht-Moslems anzuwenden, schließlich durch die Aufhebung der im Friedensvertrag von Addis Abeba festgelegten Teilautonomie des Südsudan. So kam es 1983 erneut zum offenen Bürgerkrieg. Auslöser war die geplante Verlegung von Truppenteilen aus dem Südsudan in den Norden — ein klarer Verstoß gegen den Vertrag von Addis Abeba. John Garang, von Numeiri ausgesandt, die meuternden Truppen zum

Einlenken zu bewegen, setzte sich stattdessen an die Spitze des Aufstandes. Daraufhin gingen ganze Garnisonen sowie bewaffnete Ordnungshüter in den Busch, gefolgt von jungen Südsudanesen.

Dies war zwar nicht der erste Aufstand, denn schon ab 1974/75 kam es zu Schießereien, in deren Gefolge sich vereinzelt Freischärlergruppen bildeten (die später als Anyanya II auftraten), aber aus ihm heraus entstand die SPLA.

Die SPLA

Die SPLA entstand, hauptsächlich aus sudanesischen Truppenteilen, die in den Busch gingen. Die Stärke der SPLA wird auf 20.000 geschätzt, die im Gegensatzu zur Anyanya des ersten Bürgerkrieges ausgezeichnet bewaffnet sind. Finanziell unterstützt wurde die SPLA bis April 1985 von Lybien. Die Lieferung der Waffen — meist sowjetischer Herkunft — erfolgte über Äthiopien, das bis heute die logische Basis für die SPLA darstellt.

Anders als die Anyanya im ersten Bürgerkrieg, die bis kurz vor Friedensschluß in lose kooperierenden Gruppen ohne übergreifendes politisches Konzept kämpfte, verfügt die SPLA heute aufgrund ihres intellektuellen und militärtechnologischen Potentials sowohl über eine militärische Strategie als auch über eine politische Konzeption. Sie versteht sich nicht nur als südsudanesische Befreiungsbewegung, sondern will auch nordsudanesische wie benachteiligte Bevölkerungsgruppen des West- und Ostsudan integrieren. Entsprechend fordert sie die Aufteilung des Sudan in vier autonome bzw. föderale Teilstaaten, die Umwandlung des islamischen in einen laizistischen Staat und die Abschaffung der zur Zeit Numeiris eingeführten Sharia (islamisches Strafrecht). Aus der Sicht der SPLA sind dieses die Voraussetzungen für eine friedliche Beilegung des Konfliktes mit der Zentralregierung in Khartoum. Zwar gelang es der SPLA entsprechend ihrer Intention, die meisten Widerstandsgruppen zu integrieren und nach außen eine relativ einheitliche politische Konzeption zu vertreten, doch ist zu erwarten, daß, sollte es eines Tages zu Friedensverhandlungen mit dem Norden kommen, unterschiedliche Politikvorstellungen, alte Machtkämpfe unter Südpolitikern und tribale Konflikte wieder aufbrechen werden.

So drängen vor allem die „älteren" Führungspersönlichkeiten der SPLA, wohl auch aufgrund ihrer Erfahrungen im ersten Bürgerkrieg und einer realistischen Einschätzung der politischen Möglichkeiten, auf eine gesamtsudanesische Lösung. Wie zur Zeit des ersten Bürgerkrieges würden sich auch heute die Nachbarländer und die OAU gegen eine Teilung des Sudan aussprechen.

Die Masse der jungen Kämpfer, die sich nach oft längerem Aufenthalt im Norden und mit nachhaltigen Diskriminierungserfahrungen der Widerstandsbewegung angeschlossen haben, drängt auf radikale Ablösung des Südsudan vom Norden. Sie werfen der älteren Generation vor, daß sie sich nicht ernsthaft gegen die diskriminierenden Inhalte des Addis Abeba-Abkommens gewehrt hätten.

Die Konflikte innerhalb des Südens

Zwar zwar bisher immer von „dem Süden" die Rede, doch darf man sich diesen nicht als politische Willenseinheit vorstellen; vielmehr besteht die Bevölkerung des Südens aus unterschiedlichen Ethnien, die z.T. bis heute untereinander zerstritten sind und dies auch offen austragen. Die größte südsudanesische Ethnie, die Dinka, waren nach dem ersten Bürgerkrieg am erfolgreichsten bei der Besetzung von Verwaltungsstellen, die nicht an Nordsudanesen fielen. Aus dieser Zeit rührt eine 'Dinka-Phobie' der Stämme der Südprovinz Equatoria. Da die Dinkas auch die Mehrheit der SPLA-Kämpfer stellen, konnte die SPLA erst in letzter Zeit die Provinz Equatoria für sich gewinnen, obwohl diese im ersten Bürgerkrieg Zentrum des Widerstandes war. Das Verhältnis zu den Nuer war von vorneherein belastet, da eine traditionelle Rivialität zu den Dinka besteht. Zu Beginn des Bürgerkrieges kam es vereinzelt zu Schießereien zwischen der von den Nuer beherrschten Anyanya II und der SPLA. Daraus erklärt sich die schon frühe Abgrenzung von Teilen der Anyanya II gegenüber der SPLA. Die Anyanya II dürfte heute eine vom sudanesischen Geheimdienst und Militär bewaffnete und instrumentalisierte Gegenguerilla sein. Sie beherrscht das Gebiet um Mal-

Ausländische Einflüße und Interessen

Der Bürgerkrieg im Sudan wird wesentlich mitbestimmt durch die Unterstützung der Bürgerkriegsparteien durch andere, zumeist angrenzende Staaten. Grundlegend für ein solches Engagement im Sudan sind die unterschiedlichen machtpolitischen bzw. wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Staaten, die sie im Sudan durchzusetzen hoffen.

An hervorragender Stelle steht in diesem Zusammenhang Ägypten. Zwischen Ägypten und dem Sudan bestehen jahrhundertelang enge, aber ungleichgewichtige Beziehungen. Seit der Eroberung des Sudan — die für den Sudan wirtschaftliche Ausbeutung und nachhaltige Islamisierung bedeutete — betrachtet sich Ägypten als Hegemonialmacht gegenüber dem Sudan. Eine Rolle, die sich auch nach der sudanesischen Unabhängigkeit erhielt. Während der ägyptische Einfluß prägend war für die Entwicklung des nordsudanesischen Selbstbewußtseins und von vielen Nordsudanesen identifiziert wird mit entwickelter arabisch-islamischer Kultur und allgemeinen Fortschritt, verbinden viele Südsudanesen mit Ägypten vor allem Islamisierungsdruck, koloniale Machtansprüche, Arroganz, Ausbeutung und Diskriminierung.

Neben strategischen Interesse hat für Ägypten besondere Bedeutung die Sicherung des Nilwassers. Mit mehreren Nilwasserabkommen gelang es Ägypten, seine Forderungen auf Kosten des Sudan durchzusetzen.

Das letzte dieser Abkommen betrifft den Bau des Jonglei-Kanals, ein Projekt, daß katastrophale Auswirkungen auf den Süden gehabt hätte, da die Wassermassen des weißen Nil ohne „Verdungstungsverluste" im Sudd direkt in den Norden geleitet werden sollten. Der Kanal war daher eines der ersten Angriffsziele der SPLA.

Zur Durchsetzung ihrer Interessen scheint Ägypten jetzt auch bereit, offen in den Bürgerkrieg einzugreifen; so erklärte der ägyptisxhe Außenminister Meguid im Februar, daß Ägypten bereit sei, „im Interesse des Sudan alles zur Erhaltung der Stabilität im Süden zu tun."

Libyen, anfangs Financier der SPLA, wechselte nach dem Sturz Numeiris die Seite und unterstützt nunmehr die Ansar-Sekte, welche momentan die Regierung stellt und traditionell libyenfreundlich ist. Unter anderem bewaffnet Libyen Nomaden, die in das Weidegebiet der Dinka vordringen.

Äthiopien unterstützt die SPLA und versucht diese zu kontrollieren und in ihrem Interesse zu instrumentalisieren. So liegt auf äthiopischen Boden die Basis und Logistik der SPLA wie auch die Waffen, zumeist sowjetischer Herkunft, über Äthiopien zur SPLA gelangen. Der Grund für das äthiopische Engagement zugunsten der SPLA ist in der Unterstützung der Eritreischen Befreiungsfront durch die sudanesische Zentralregierung zu suchen. Wie schnell bei gegenseitiger Vereinbarung die Unterstützungen abbrechen können, beweist der Vertrag von Addis Abeba.

Allerdings ist ein Ende der Unterstützung für die Eritreische Befreiungsfront nicht zu erwarten, da die Regierung mit Rücksicht auf die USA handeln muß. Die USA ist der größte Entwicklungshilfegeber des Sudan, welchen sie als Bollwerk gegen das kommunistische Äthiopien und gegen Libyen betrachte. Aber der Sudan hat auch wert für die USA in anderer Hinsicht: Da us-amerikanische Flugzeuge jederzeit im Sudan landen können, dient der Sudan als Sprungbrett für die schnelle Eingreiftruppe am Horn von Afrika.



Dr. John Garang

kal und terrorisiert die dortige Bevölkerung — u.a. requiriert sie die Ernteerträge für sich selber und zum Verkauf auf dem Schwarzen Markt.

Aus dem Südwesten stammende arabische Nomaden, die von der modernen Landwirtschaft verdrängt wurden und in Folge der Dürre der letzten Zeit in das Weidegebiet der Dinka eindringen, werden von der Zentralregierung und neuerdings auch von Libyen bewaffnet und ausgestattet und richten Unheil im Süden an. Nach Berichten einer südsudanesischen Zeitung sollen diese Gruppen 1.500 Südsudanesen, hauptsächlich Frauen und Kinder, enführt und als Sklaven verkauft haben.

Die Lage der Bevölkerung im Süden

Hatte die südsudanesische Bevölkerung schon lange unter Nahrungsmittelknappheit zu leiden — Folge von Kampfhandlungen, Anbauverboten, Plünderungen etc. — so scheint sich die Lage in letzter Zeit erheblich verschärft zu haben. Es sollen mindestens zwei Mio. Menschen vom Hungertod bedroht sein, wenn sie nicht bis zur neuen Ernte im September von außen versorgt werden.

Diese Versorgung wird jedoch von den Kriegsparteien blockiert: Die SPLA macht Hilfslieferungen internationaler Organisationen von ihrer Zustimmung abhängig, um sicher zu sein, daß die südsudanesische Bevölkerung und nicht die Garnisionen beliefert werden. Die Zentralregierung hingegen verbietet jede Verhandlung darüber wie sie auch das Ausmaß des Hungers herunterspielt.

Aufgrund der aktuellen Situationen sind große Flüchtlingsbewegungen entstanden. Außer in die Städte des Südens — die (angeblich) bis vor kurzem noch über die Nachbarländer versorgt werden konnten — flüchten die Südsudanesen nach Äthiopien und in den Norden. Angeblich treffen zur Zeit wöchentlich allein tausend Notleidende in Khartoum ein.

Keine Lösung in Sicht

Obwohl es nach dem Sturz Numeiris im April 85 zunächst verschiedene Verhandlungsansätze und Kontakte zwischen der SPLA und zunächst der Militär-Übergangsregierung, später der aus den Wahlen im April 86 hervorgegangenen Koalitionsregierung gegeben hat, ist eine friedliche Lösung des Nord-Süd-Konfliktes nicht in Sicht, weil die wesentlichen Verhandlungspositionen unvereinbar sind.

Während die militärische Übergangsregierung sich sehr schnell als in jeder Hinsicht entscheidungsunfähig erwies, richteten sich die Hoffnungn auf die neue Koalitionsregierung. Obwohl der neue Premier-Minister Sadiq al Mahdi zunächst kompromißbereit gegenüber den Südsudanesen erschien, zeigte sich in den Treffen zwischen ihm und Garang im Juli 86 in Addis Abeba und am Rande der Blockfreienkonferenz in Harare, daß er die essentiellen Forderungen der SPLA nicht erfüllen kann und will.

In den nordsudanesichen Parteien, die fast alle (bis auf die kommunistische Partei) als politischer Zweig islamischer Sekten fungieren, durchdringen sich Religion und Politik, so daß die Islamisierung der „ungläubigen" Südsudanesen macht- sowie religionspolitisch begründete Verpflichtung sind. Insofern ist für die regierenden Umma-Partei (Ansar-Sekte unter Sadiq al Madhi) und die oppositionelle Democratic Unionist Party (DUP, der Khatmiya-Sekte) ein laizistisch-föderaler Sudan undenkbar. Für die von Libyen unterstützte Umma und die von Ägypten geförderte DUP wäre das (wieder) ein Verrat an der Sache des Islam. Für ihre Anhänger stehen die Anwendung der Sharia und die sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen der städtischen Mittelschichten im Vordergrund. Außerdem stehen die Regierungsparteien unter dem Druck der von einigen Saudi-Aarabiern und der iranischen Regierung unterstützten fundamentalistischen National Islamic Front (NIF, früher Moslem Brothers) unter Hassan al Turabi, die als neue Partei auf Anhieb als drittstärkste aus den Wahlen hervorging und für die nur ein isalmischer Gesamtsudan infragekommt. So scheint Sadiq al Mahdi, obwohl er als kompromißfähig und liberal galt, jetzt auf die Islamisierung des Südsudan und, mit finanzieller Unterstützung von Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten, auf eine rein militärische Lösung des Konfliktes zu setzen, obwohl er aus seinen Erfahrungen als Premierminister 1966/67 und aufgrund der militärischen Stärke der SPLA weiß, daß eine gewaltsame Lösung nicht möglich ist.

Andererseits ist eine Erfüllung der südsudanesischen Forderungen wegen der religiös, rassistisch und ökonomisch motivierten Interessen der Nordsudanesen gegenwärtig politisch nicht durchsetzbar.

Der Bürgerkrieg im Sudan scheint wiederum auf eine Patt-Situation hinauszulaufen. Günstigenfalls könnte die SPLA den gesamten Südsudan beherrschen, doch es stände ihr kein Verhandlungspartner gegenüber. Ein Ende dieses Krieges ist allenfalls zu erwarten aufgrund ausbleibender militärischer und finanzieller Unterstützung der SPLA, oder aber aufgrund eines völligen ökonomischen und sozialen Zusammenbruchs des Nordsudan.

Schon jetzt ist der Sudan mit 13,3, Mrd. US $ verschuldet, wurden ihm trotz drastischer Abwertung des sudanesischen Pfunds die Kredite vom Internationalen Währungsfonds gesperrt, infolge dessen ziehen sich arabische Investoren zurück. Inzwischen droht auch die städtische Mittelschicht zu verarmen. Nach den jüngsten Aufständen im benachteiligten Westen des Sudan sind auch soziale Unruhen — nicht zuletzt wegen der vielen Süd-Flüchtlinge im Zentrum — zu erwarten. Dennoch ist nicht abzusehen, daß die nordsudanesischen Eliten so bald zu wesentlichen Zugeständnissen bereit sein werden. Mit zunehmender Dauer des Krieges und wegen der offensichtlichen Unnachgiebig-



Sadia al Mahdi

keit der Nordsudanesen gewinnen voraussichtlich die radikalen sezessionistischen Kräfte der SPLA an Einfluß, was einen Friedensschluß unmöglich machen würde.

Nach den Lehren, die man im Südsudan aus dem Abkommen von Addis Abeba gezogen hat, würde einem ähnlichen Friedensschluß nicht getraut und der Kampf auf jeden Fall fortgesetzt werden.

Die von Garang anvisierte gesamtsudanesische Lösung ist die einzige politische Lösung, nur gibt es im Sudan zur Zeit keinen Träger.

Hans-Jürgen Hansen
Renate Grunert, von der Red. gekürzt und überarbeitet

Menschenrechtsverletzungen in Peru

Anspruch und Wirklichkeit der Politik Alan Garcias

Massenmorde an der Zivilbevölkerung durch Polizei- und Militäreinheiten fanden in Peru — im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Sendero Luminoso — erstmals 1983, unter der Regierung Belaunde, statt.

1985 schien es, als habe sich die militärische Führung entschlossen, die Massaker einzudämmen, zumal zu dieser Zeit die Aktionen von Sendero Luminoso vor allem in Ayacucho erheblich abgenommen hatten. Unmittelbar nach Antritt der Regierung García am 28 Juli 1985 fanden jedoch eine Reihe neuer Massaker in entlegenen Dörfern Ayacuchos statt, von denen das in Accomarca am bekanntesten geworden ist. Es gab zahlreiche Spekulationen über den Hintergrund dieser Morde in Bezug auf das Verhältnis von APRA-Regierung und Militär. Der Regierung wurde zugute gehalten, daß sie erst kurze Zeit im Amt war und möglicherweise den repressiven Apparat noch nicht unter Kontrolle hatte. In der Folge versetzte Alan García einige hohe Offiziere, darunter den Leiter des obersten Kommandos der drei Streitkräfte, in den Ruhestand. Diese Maßnahme wurde allgemein als Zeichen gewertet, daß die Regierung derartige Menschenrechtsverletzungen nicht mehr dulden würde.

In Wirklichkeit mußte schon die Behandlung des Massakers von Accomarca durch die Regierung starke Zweifel an ihrem Willen, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten, hervorrufen. Die Pensionierung einiger Offiziere bzw. ihre Versetzung auf andere Posten ist angesichts von Massenmorden eine kosmetische Maßnahme. Sie diente, wie später offensichtlich wurde, lediglich dazu, eine tatsächliche Bestrafung der Verantwortlichen durch die zuständigen Gerichte zu umgehen. Exemplarisch ist der Fall des damaligen Unterleutnants Telmo Hurtado, des unmittelbar für den Mord von Accomarca verantwortlichen Offiziers, der in Erklärungen seine Tat auch noch rechtfertigte und davon sprach, daß selbst zweijährige Kinder subversiv sein könnten. Dieser Offizier wurde nie vor ein ordentliches Gericht gestellt. Die Armee verheimlichte seinen Aufenthalt und seine weiteren Funktionen. Angeblich wurde er vor einem Militärgericht zu einer kleinen Buße verurteilt (eine offizielle Mitteilung existiert nicht), andererseits ist bekannt geworden, daß er inzwischen vom Unterleutnant zum Leutnant befördert worden ist. General Jorge Flores, Kriegsminister im Kabinett Alan Garcías, verteidigte im September 1986 öffentlich die Beförderung Hurtados, da sie „dem Reglement der Armee entspreche". Der gleiche Minister hatte bereits Ende 1985 den damaligen Unterleutnant als „Verteidiger der Demokratie" gelobt, ohne dafür vom Präsidenten zur Rechenschaft gezogen zu werden.



Perus Präsident Garcia

Eine Untersuchungskommission des Kongresses, deren Vorsitz der Senator Valle Riestra von der Apra hatte, führte ebenfalls zu keinerlei Konsequenzen. Im Falle zweier weiterer Massaker — Umaru und Ballavista — verzichtete man kurzerhand auf das Ritual der Einsetzung einer Untersuchungskommission. Es gab inzwischen eine Absprache zwischen APRA und dem Militär, daß keine weiteren Untersuchungskommissionen mehr gebildet werden sollten.

Die Behandlung der Massaker von Acoomarca, Bellavista und Umarcu, die kurz nach Antritt der Regierung García stattfanden, läßt keinen Zweifel: die Regierung hatte keinen ernsthaften Willen zur Aufklärung und Bestrafung der Verantwortlichen. Dennoch schien es in der folgenden Zeit, als sei zumindest dieser brutalsten Form der Repression, die in der Massakrierung ganzer Dörfer besteht, Einhalt geboten worden.

Im Herbst 1986 jedoch, drei Monate nach dem Massenmord an ca. 300 Gefangenen in den Gefängnissen von Lima, die bis jetzt ebenfalls ohne Konsequenzen geblieben sind, begann eine neue Serie von Massakern in den Anden. Am 17. September überfielen Angehörige der Sinchis, der Spezialeinheit der Guardia Civil, ein Haus in dem Dorf Ayaorcco im Departement Apurímac, in dem gerade eine Geburtstagsfeier stattfand. Dreizehn Personen, fast die gesamte Familie und einige Gäste, wurden umgebracht, weil die Polizei zwei Senderistas unter den Gästen vermutete. Über eine Untersuchung oder gar Bestrafung der Morde ist nichts bekannt geworden.

Am 8. Oktober beschoß ein Hubschrauber der Armee das Dorf Pujas in der Provinz Vilcashuaman im Department Ayacucho, das den Militärs als „rotes Dorf" galt. Nach inoffiziellen Berichten starben bei diesem Angriff 32 Bewohner. Gerüchte über das Massaker gelangten im Oktober nach Ayacucho und Lima. Einen genaueren Bericht oder gar eine offizielle Untersuchung gibt es bis heute nicht. Am

22./23. Oktober überfiel eine Militärpatrouille zunächst das in der gleichen Zone gelegene Dorf Pamatambo. Sieben Campesinos, darunter die Autoritäten des Dorfes, wurden ermordet, als sie gerade Chicha für ein Fest zubereiteten, das am nächsten Morgen anläßlich der Einweihung eines Gemeindehauses stattfinden sollte. Die Leichen wurden später in einem anderen Dorf der Gegend, in Parcco Alto, gefunden, zusammen mit sechs weiteren Opfern aus diesem Dorf, darunter dem 84 Jahre alten Mesner und seiner Frau sozwie zwei Kindern. Der Transport der Leichen fand per Hubschrauber statt. Alle Leichen waren verstümmelt und verbrannt.

Das Massaker vom Pomatambo/Parcco Alto fand in der Öffentlichkeit im Vergleich zu den Ereignissen von Pujas großen Widerhall, aus dem einfachen Grund, weil es eine kleine Gruppe von Bewohnern der beiden Dörfer geschafft hatte, nach Lima zu gelangen und dort vor der Presse und Menschenrechtsorganisationen auszusagen. Unter ihnen befand sich ein Campesino aus Pomatambo, der nur durch einen glücklichen Zufall das Massaker überlebt hatte.

Die Politik der APRA-Regierung

Peru hat seit 1979 eine Verfassung, die — mit wenigen Ausnahmen, von denen die schwerwiegendste die Verankerung der Militärgerichtsbarkeit mit ihren weitreichenden Befugnissen ist — als gelungene Festschreibung demokratischer Prinzipien zu bezeichnen ist. Der peruanische Staatsapparat jedoch reflektiert in fast allen Bereichen vordemokratische autoritäre Verhältnisse. Jede Regierung, auch die der APRA, kann daher mit Recht darauf verweisen, daß ihr Handeln nicht an den Idealen der Verfassung, sondern an der Realität der Gesellschaft und des Staatsapparats, den sie übernommen hat, zu messen ist. Eine Armee, die bis 1980 die politische Macht allein verwaltete und der in der Regierung Belaunde nahezu unbeschränkte Handlungsfreiheit eingeräumt wurden, eine Polizei, die ihr Einkommen zum weit größten Teil aus Bestechungsgeldern als aus ihren Gehältern bezieht, eine Justiz, die seit den Zeiten der Großgrundbesitzer gewohnt ist, den Herrschenden willfährig zu sein, dies sind Tatsachen, die keine apristische Revolutionsrethorik über Nacht aus der Welt schaffen kann, auch wenn sie es wollte. Es ist also nicht nur gerecht, sondern vor allem historisch und politisch angemessen, auch in der Achtung der Menschenrechte nicht einfach den Maßstab der Verfassung oder der Erklärung der Menschenrechte anzulegen sondern den realen Verhältnissen des Landes Rechnung zu tragen. Daß die elemantaren Rechte der Menschen auf Leben, Unversehrtheit und Schutz vor Willkür in extremer Weise auch unter der Regierung García verletz werden, wurde schon gezeigt. Für eine Beurteilung ihrer Menschenrechtspolitik ist aber ebenso entscheidend die Frage, was die Regierung getan oder unterlassen hat, um diese Menschenrechtsverletzungen einzuschränken und für die Zukunft zu unterbinden. Wir können in den meisten Fällen nicht mit Sicherheit feststellen, wer die Befehle zum Verschwindenlassen, zur Folter und zum Mord gegeben hat. Wie schwierig das ist, führt der Prozeß um die Ermordung von acht Journalisten und zwei einheimischen Männern in Uchuraccay seit vielen Monaten exemplarisch vor. Obwohl zahllose Indizien darauf Hinweisen, daß der Mord von höchster militärischer Stelle geplant war, ist eine Verurteilung der Schuldigen nicht möglich, weil der Druck des Militärapparats auf die möglichen Zeugen so stark ist, daß keine entsprechenden Aussagen zu erhalten sind und weil Beweismittel mit einer Skrupellosigkeit ohnegleichen vernichtet werden.

Werden Garcias Siege die autoritären Tendenzen bekräftigen?





„Rückschlag" für Präsident Garcia: Für die innere Sicherheit ist wieder das Militär verantwortlich

Nach zwei Jahren APRA-Regierung können wir aber feststellen, was die Regierung getan hat, um die Verbrechen gegen die Menschenrechte aufzuklären, zu ahnden und zu verhindern. Und das Ergebnis dieser Beurteilung fällt leider nicht nur im Fall der Gefängnismorde vom Juni 1986, über die amnesty international einen umfassenden Bericht vorgelegt hat, niederschmetternd aus.

Keine Initiativen zur Förderung der Menschenrechte

Ihre heftige Kritik an der Verletzung der Menschenrechte durch die Regierung Belaunde dürfte nicht unwesentlich zum Sieg der APRA 1985 beigetragen haben. Die Erwartungen waren daher groß, daß die neue Regierung auf diesem Gebiet initiativ werden würde. Dies war und ist ja auch Voraussetzung für jeden Versuch, dem Wüten der Militärs etwas entgegenzusetzen.

Die Initiative blieb jedoch schon zu Beginn sehr bescheiden. Erst unter dem Eindruck der Massaker von Accomarca, Umaru und Ballavista berief der Präsident eine sogenannte Friedenskommission, die zunächst pluralistisch zusammengesetzt war, deren Befugnisse aber nie geklärt wurden. Zu Beginn des Jahres 1986 trat diese Kommission frustiert zurück. Eine Rumpfkommission, bestehend aus drei der Apra zugehörigen bzw. nahestehenden Personen, werkelte weiter, bis sie unmittelbar nach den Gefängnismassakern vom Juni 1986, in denen sie zur Verschleierung der Morde mißbraucht wurde, ebenfalls zurücktrat. Ein Ersatz wurde nicht mehr gebildet, sieht man von einem Gremium ab, das sich „nationaler Rat der Menschenrechte" nennt und Ende 1986 vom Justizminister gebildet wurde, aber keinerlei Kompetenzen hat. Weitere Eigeninitiativen der Regierung zur Förderung der Menschenrechte und des Bewußtseins der Notwendigkeit ihrer Achtung sind nicht erkennbar.

In der regierungseigenen oder -nahen Presse wird das Thema heruntergespielt. Der Präsident erwähnte es mit einigen Ausnahmen in seinen Reden nicht. Auf gesetzgeberischer Ebene liegt nicht eine einzige Initiative der APRA vor, die einen besseren Schutz der Menschenrechte zum Ziel hätte. Statt dessen wird das gesamte repressibe Instrumentarium aus der Belaundezeit nicht nur fortgeführt, sondern sogar ausgebaut.

Die Militärgerichtsbarkeit

In Peru wie in den anderen lateinamerikanischen Ländern existiert neben der zivilen Gerichtsbarkeit ein ausgebautes System der Militärjustiz, das allein von der militärischen Hierarchie kontrolliert wird. Der Theorie nach dient es der Ahndung von Verstößen gegen das militärische Reglement durch Angehörige der drei militärischen Waffengattungen und der diversen Polizeiverbände. Die im Militärgesetzbuch enthaltenen Delikte reichen daher von kleinsten Verstößen gegen die Kasernendisziplin bis zum Hochverrat. Gemeine Verbrechen wie Mord und Raub sind dagegen nicht enthalten. Sie müssen gemäß dem zivilen Strafgesetzbuch vor ordentlichen Gerichten verhandelt werden, auch wenn die Täter Soldaten sind.

In der Praxis dagegen beansprucht die Militärgerichtsbarkeit praktisch jeden Prozeß, in dem Angehörige der Militärs und der Polizei angeklagt sind, für sich, und oft genug gibt ihnen der oberste Gerichtshof, der nach der Verfassung im Streit- oder Zweifelsfall entscheidet, auch recht. So wurde z.B. der erwähnte Fall des Leutnants Telmo Hurtado, unter dessen Kommando in Accomarca 69 Menschen bestialisch umgebracht wurden, nicht vor ein ordentliches Gericht gebracht, sondern der Militärjustiz überlassen. Dort kann er aus den erwähnten Gründen wegen Mord gar nicht angeklagt werden, sondern bestenfalls wegen irgendeines Verstoßes gegen einen Befehl. Zum andern kann alles vertuscht werden, weil Verfahren vor den Militärgerichten nicht öffentlich sind und auch die Urteile nicht bekanntgemacht werden. Davon abgesehen, ist diese Zweiteilung der Justiz schon deshalb eine juristische Monstrosität, weil der Oberste Gerichtshof mit seiner Entscheidung über die Zuständigkeit praktisch eine Entscheidung in der Sache vorwegnimmt, die erst vor Gericht verhandelt werden soll. Mit der Entscheidung z.B., daß für die Beurteilung der 300 Morde an den Gefangenen in Lima die Militärgerichtsbarkeit zuständig ist, ist das Urteil bereits vorweggenommen, da dort niemand wegen Mordes angeklagt wird, obgleich öffentlich erwiesen ist, daß weit über hundert wehrlose Gefangene durch Genickschuß getötet wurden. Abgesehen davon, daß bisher überhaupt nichts über eine Anklage vor dem Militärgericht bekannt geworden ist, könnte sie allenfalls auf „Unverhältnismäßigkeit der Mittel" oder ähnliches lauten.

Da solche Fälle inzwischen Legion sind, wurde der Ruf nach einer Änderung dieser skandalösen Justizpraxis lauter. Andererseits hält es in Peru derzeit niemand für möglich, die Militärgerichtsbarkeit einfach abzuschaffen, da damit ein Eckpfeiler militärischer Macht und militärischer Privilegien zerstört würde. Unter diesen Umständen schien ein Gesetzesprojekt des christdemokratischen Senators Cesar Delgado (die kleine christdemokratische Partei Perus ist Koalitionspartner der APRA in der Regierung und stellt derzeit den Justizminister) immerhin einen vernünftigen Schritt in die richtige Richtung darzustellen. Es sah eine explizite Festschreibung vor, in der bestimmte Delikte wie Mord, Folter, Verschwindenlassen unter keinen Umständen als disziplinarische Delikte vor der Militärgerichtsbarkeit, sondern als Verbrechen vor zivilen Gerichten verhandelt werden soll-

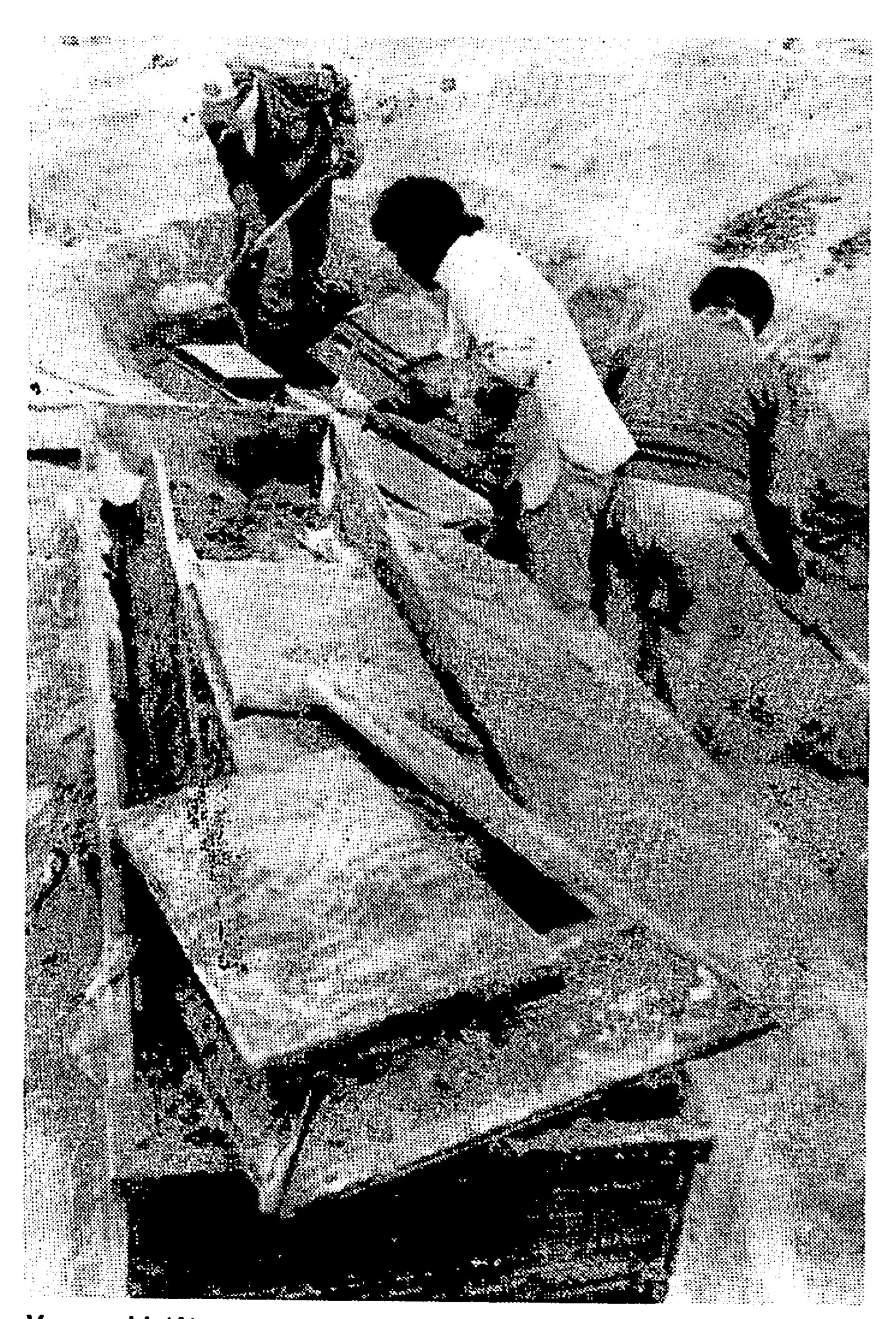
ten — was bei verfassungsmäßiger Auslegung der Gesetze ohnehin selbstverständlich wäre. Zunächst stieß dieses Projekt auf die Zustimmung aller Parteien und wurde bereits als beschlossene Sache in der Presse vorgestellt. Doch dann brachte es die apristische Parlamentsbürokratie und -präsidentschaft fertig, durch eine Reihe undurchsichtiger Verfahrenstricks das Projekt wieder in der Versenkung verschwinden zu lassen, wo es bis heute geblieben ist. Stattdessen holte die APRA ein neues Projekt aus der Trickkiste, das die Errichtung von Sondergerichtshöfen zur Abschreckung von Terroristen vorsieht, obgleich alle terroristische Akte nach dem Strafgesetzbuch vor ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden können.

Auch auf dem engen Raum der Justizreform schöpft die APRA also den Spielraum, der ohne Zweifel vorhanden ist, nicht nur aus, um einen besseren Schutz der Menschenrechte zu erreichen. Sie sabotiert sogar entsprechende Initiativen und lädt damit die Militärs ein, in ihrer bisherigen Praxis fortzufahren.

Der Ausnahmezustand

Der Ausnahmezustand ist in der peruanischen Verfassung für bestimmte extreme Situationen vorgesehen. Das Verfahren zu seiner Ausrufung und Beendigung sowie die Sondervollmachten, die er der Regierung gibt, sind genau umschrieben. Diese Regelungen haben mit der Praxis, wie sie vor allem in Ayacucho und den anderen Ausnahmezustandsgebieten der Anden herrscht, wenig zu tun. Die vorübergehende Aufhebung einiger Grundrechte und die damit verbunden erhöhten Befugnisse der Polizei sowie die Möglichkeit, die Streitkräfte zur Aufrechterhaltung von „Recht und Ordung" heranzuziehen, sind Kompetenzen, die ausschließlich beim Präsidenten liegen. Die faktische Abdankung der zivilen Regierung zugunsten von „politisch-militärischen Kommandos" der Streitkräfte, wie sie seit der Regierung Belaunde in der Region Ayacucho praktiziert wird, ist weder von der Verfassung gefordert noch von ihr vorgesehen. Sie ist im Gegenteil verfassungswidrig. Jahrelang wurde sie ohne jede Rechtsgrundlage praktiziert. Am 7. 6. 85, also wenige Wochen vor dem Amtsantritt Alan Garcías, aber bereits nach seiner Wahl, verabschiedete das Parlament jedoch ein dubioses, damals nicht weiter beachtetes Gesetz, das die „politisch-militärischen Kommandos", also die faktische Miltiärdiktatur, legalisieren sollte, das Gesetz Nr. 24150. Dieses Gesetz wurde auch mit den Stimmen der APRA verabschiedet.

Diese Haltung ist sozusagen die vorgeburtliche Erbsünde der APRA-Regierung in Sachen Menschenrechte, da sie den künftigen Kurs bereits festlegte. Während die APRA noch große Hoffnungen auf eine Änderung der verbrecherischen Methoden des antisubversiven Kampfes weckte, setzte sie hier ein klares Zeichen, daß die Macht der Militärs in den Ausnahmezustandsgebieten nicht angetastet werden sollte.



Massengrab bei Lima

Die Stellung des peruanischen Präsidenten in der Verfassung ist ungemein stark. Er ist nach der Verfassung fast eine Art Diktator auf Zeit. Und unter anderem ist er Oberbefehlshaber der Armee. Zusätzlich hat die APRA die absolute Mehrheit im Parlament. Wenn dennoch keinerlei Initiative von der Regierung oder der APRA kam, die Willkürherrschaft der Militärverwaltung auch nur etwas einzuschränken, so kann das nur als Ausdruck dafür gewertet werden, daß die Regierung García in der Politik des schmutzigen Kriegs das geeignete Mittel zur Bekämpfung von Sendero Luminoso und zur Befriedung der Gesellschaft sieht.

Keine Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen

Bekanntlich hat Präsident Belaunde einst erklärt, er werde Berichte von amnesty international über Menschenrechtsverletzungen in Peru „in den Papierkorb werfen." Der Kandidat der APRA, Alan García, versprach eine entgegengesetzte Politik. Alle Berichte über die Lage der Menschenrechte werde seine Regierung immer sehr ernst nehmen und alles zur Aufklärung und Abhilfe beitragen. Die Nagelprobe dafür mußte spätestens nach dem unfaßlichen, zunächst auch vom Präsidenten scharf verurteilten Massenmord in den Gefängnissen von Lima kommen. Im Februar 1987 legte AI einen umfassenden Bericht über diese Ereignisse vor, aus dem zunächst deutlich wird, daß die Behörden

und die Regierung Perus offensichtlich die Untersuchung der Ereignisse durch AI mit allen Mitteln zu sabotieren suchten. Der fertige Bericht wurde von der Regierung nicht kommentiert, es wurde lediglich erklärt, man habe ihn nicht offiziel erhalten. Dafür sprachen APRA-Funktionäre und die Regierungspresse von Verleumdungen, Unwahrheiten etc., wie zu Belaundes Zeiten. Der Karikaturist Heduardo hat die Haltung der Regierung wie so oft treffend auf den Begriff gebracht. (Kasten) Die eigentliche Antwort der Regierung bestand in der Besetzung von drei Universitäten durch Tausende von Polizisten, genau zwei Tage nach Erscheinen des AI-Berichts. Zwar gab es diesmal „nur" einen Toten, aber wieder wüteten die Uniformierten zügellos, zerstörten große Mengen Material prügelten Studenten krankenhausreif — bei einigen Fällen kann nur von Folter gesprochen werden —, stahlen Eigentum aus den Wohnungen und nahmen, natürlich ohne Haftbefehl, rund 1000 Personen fest, die sie auf ein Gelände am Stadtrand von Lima verschleppten. Zumindest war so erreicht, daß der AI-Bericht aus den Schlagzeilen kam.

Mit den verschiedenen in Peru existierenden Menschenrechtsorganisationen arbeitet die Regierung ebenfalls nicht zusammen. Trotz eines ausdrücklichen Versprechens, das anläßlich des Besuchs der europäischen Kommission zur Untersuchung der Menschenrechte in Peru gegeben worden war, weigert sich der Präsident bis heute, auch nur eine Vertreterin der Familienangehörigen der Verschwundenen zu empfangen. Dafür ließ die Regierung eine Versammlung von rund 50 Familienangehörigen, die anläßlich eines Besuchs der Leitung von FEDEFAM, des Dachverbands der Familienangehörigen von Verschwundenen in Lateinamerika, auf der Plaza de Armas zusammengekommen waren, brutal zusammenschlagen — ein Akt, den nicht einmal die Generalsjunta in Argentinien mit den Müttern der plaza de Mayo gewagt hatte. Die zahlreichen Flüchtlinge aus den Ausnahmezustandsgebieten, die in bestimmten Siedlungen am Rande Lima ihre Hütten errichtet haben, unterliegen ständiger Bespitzelung und Bedrohung durch Geheimpolizisten. Selbst angesehene Menschenrechtsorganisationen vie CONADEH werden zeitweise rund um die Uhr von provokativ vor der Tür parkenden DIRCOTE-Agenden (Spezialeinheit der Kriminalpolizei zur Terrorismusbekämpfung) in ihrer Arbeit behindert.

APRA-Provokationen

Die Fähigkeit und der Wille der APRA, sich für die Achtung der Menschenrechte in Peru einzusetzen, wurde von vielen schon wegen der Geschichte der Partei von Anbeginn in Zweifel gezogen. Denn diese Geschichte ist nicht zuletzt durch den ständigen Gebrauch von Gewalt, vor allem mittels eigener Schlägertrupps, gegen politische Gegner gekennzeichnet. Nach dem Regierungsantritt schien es jedoch, als habe sich die APRA in dieser Hinsicht zivilisert. Und im übrigen braucht, wer über die Polizei kommandiert, ja nicht noch private Schläger. Inzwischen zeigt sich, daß dies zumindest nicht im ganzen Land gilt. Dort, wo die APRA schwach ist, hat sie auch unter der Regierung von Alan García auf eigene Faust die Linke gewaltsam angegriffen. Das gilt insbesondere für Huancayo, Cusco, vor allem aber für Puno. Dort gab es 1986 eine ganze Serie von Attentaten, die von offizieller Seite Sendero zur Last gelegt wurden, die aber in mancher Hinsicht nicht in das Aktionsmuster von Sendero paßten. So tauchte bald der Verdacht auf, es handle sich um das Werk apristischer Terrortrupps, ein Verdacht, der auch durch Indizien erhärtet, aber nie von der Polizei bestätigt oder gar vor Gericht bewiesen wurde.

Im Februar 1987 jedoch hob die Kriminalpolizei im Haus eines ehemaligen Chefs der Mikroregion und APRA-Provinzsekretärs in Azángaro (Puno) ein umfangreiches Waffenlager aus, das offenbar auch noch aus Haushaltmitteln der Mikroregion angeschafft worden war, und dessen Zusammensetzung deutliche Hinheise auf verschiedene Attentate des vergangenen Jahres in Puno ergibt. Die terroristischen Aktivitäten dieser apristischen Banden hatten sich vor allem gegen linke Behörden, Entwicklungseinrichtungen und gegen die progressive Kirche gerichtet. Sie waren wesentlicher Anlaß dafür, daß immer häufiger die Forderung auftauchte, auch in Puno den Ausnahmezustand auszurufen. Da Sendero zwar seit mehreren Jahren in einigen Provinzen des Departements präsent ist, im größten Teil der Region jedoch die Volksorganisationen und die legale Linke so stark sind, daß für Sendero kaum Raum blieb, richtete sich diese Forderung vor allem gegen die organisierten Bauern, die erfolgreich den Kampf um die Aufteilung der früheren Haciendas und heutigen Großkooperativen begonnen haben. Diese provokativen Manöver haben das dicht besiedelte und von einer sehr selbstbewußten Bevölkerung bewohne Department an den Rand einer Katastrophe gebracht. Eine Militarisierung Punos würde mit Sicherheit noch schrecklichere Folgen haben als in Ayacucho.

Der betreffende Funktionär, Baltazar Ramiros de los Santos, übt seine Parteiämter weiter aus. Er wurde kurzzeitig von der Polizei festgenommen, am 2. Tag aber wieder auf freien Fuß gesetzt, da „Waffenbesitz nicht illegal und ihm keine Schuld anzulasten ist", wie die Polizei erklärte. Man muß diese Ereignisse ins Verhältnis setzen zu den in den gleichen Tagen passierten Angriffen auf die drei staatlichen Universitäten in Lima, wo mit einem Einsatz von 4000 kriegsmäßig ausgerüsteten Polizisten rund 1000 Studenten verhaften wurden, um ein „Arsenal" von drei oder sechs alten Pistolen zu erobern, von denen noch nicht einmal geklärt ist, ob sie nicht den Wachmännern gehörten. Dies wird von der gesamten Regierung als ausreichende Rechtfertigung des Angriffs betrachtet, weil schwerwiegende Gefahr für Menschenleben abgewendet werden mußte. Im Haus Baltazar Ramiros wurden 140 Stangen Dynamit mit Zündschnüren, Karabiner und rund 1000 Pistolen, darunter modernste Maschinenpistolen, gefunden, und obendrein gibt es konkrete Hinweise auf den Zusammenhang des Waffenlagers mit zahlreichen terroristischen Attentaten in Puno. Dieses groteske Mißverhältnis läßt eigentlich nur einen Schluß zu: Die Bekämpfung des Terrorismus wird von der APRA gezielt dazu benutzt, Bastionen der legalen Linken militärisch zu zerschlagen und gleichzeitig selbständig oder im Verein mit militärischen- und Polizeikräften die Macht der Partei militärisch abzusichern. Als alarmierendes Indiz in die gleiche Richtung wurde in der Öffentlichkeit allgemein die Präsenz des schon in der Versenkung verschwunden geglaubten Urvaters der alten „Bufalos", der Schlägerkommandos der APRA, anläßlich der Amtseinführung des unter dubiosen Umständen gewählten neuen Bürgermeisters von Lima, Jorge del Castillo, gewertet. „Bufalo Pacheco" galt wegen seiner unendlichen Liste von kriminellen Aktionen, vom Rauschgiftbesitz bis zur Körperverletzung, die ihm nach eigenen Angaben weit über 100 Strafverfahren eingebracht haben, eigentlich als zu kompromittiert für das neue Image der APRA und daher offiziell als ausgeschlossen aus der Partei. Offensichtlich werden solche Männer aber jetzt wieder gebraucht, um die unsauberen machtpolitischen Manöver der Partei abzusichern.

Ähnlich provokativ und für die Bekämpfung des Terrorismus kontraproduktiv ist die jüngste Initiative Alan Garcías, in der er die Bevölkerung zur allgemeinen Spitzelaktivität aufruft. Spezielle Telefone sollen eingerichtet werden, über die jeder Bürger Verdächtige denunzieren kann.

Die Menschenrechtspolitik der APRA-Regierung: Chaos oder ein Spiel mit verteilten Rollen?

Einen Tag nach dem Sturm auf die Universitäten im Februar 1987 gab *Präsident García* dazu eine öffentliche Erklärung ab. Feierlich erklärte er die Aktion als ein weiteres Zeichen dafür, daß in Peru alles mit rechtsstaatlichen Dingen zugehe. In anderen Ländern, so der Präsident, ginge man mit Methoden des schmutzigen Krieges vor, lasse man Studenden verschwinden und scheue das Licht der Öffentlichkeit. So etwas gäbe es unter seiner Regierung nicht. „Hier wird niemand gefoltert und mißhandelt."

Direkte Stellungnahmen des Präsidenten zu Menschenrechtsfragen sind ansonsten eher die Ausnahme. Normalerweise bedient Alan García sich eines souveränen Schweigens zu dieser Thematik. Beispielsweise hat er bis heute noch mit keinem Wort zu seinen Äußerungen nach den Gefängnismassakern Stellung genommen, in denen er bekanntlich scharfe Kritik an den Tötungen geübt hatte und feierlich verkündete: „Entweder gehen die Schuldigen oder ich." Nach solchen gelegentlich erhabenen Worten von weit oberhalb der Wolkengrenze wendet sich der Präsident wieder wichtigeren Dingen zu, z.B. täglichen Besuchen der Baustelle seiner Lieblingsidee, der künftigen S-Bahn in Lima. Um die Menschenrechte kümmern sich dann die dafür zuständigen Herren, z.B. der *Vize-Innenminister Mantilla,* ein enger Vertrauter Alan Garcías.

Augustín Mantilla ist immer zur Stelle, wenn es irgendwo heiß herzugehen verspricht. Dann schnappt er sich seine Maschinenpistole, läßt sich möglichst standesgemäß mit Hubschrauber anfliegen und übernimmt das Kommando. So bei den Gefängnismorden auf der Insel Fronton, die er persönlich beaufsichtigte, auch wenn er hinterher erklärte, er sei zum Kaffeetrinken mit dem Personal gekommen. Oder beim Sturm auf die Universitäten. Oder wenn im Urwald mal wieder Rauschgifthändler gefangen werden, die sich dann hinterher freikaufen. Oder beim Bauernlegen in Puno, wo die Polizei Anfang 1987 ganze Landstriche ins Gefängnis zu schicken versuchte. Kurz, dieser kreolische Rambo ist der Mann für die Drecksarbeit. Auch die illegale Aufrüstung der APRA-Mitglieder soll er koordinieren.

Ein ganz anderer Herr ist da doch der *Justizminister, Don Carlos Blancas* von der christdemokratischen Partei, der dieses Amt übernommen hatte, als die APRA nach den Gefängnismassakern die Gelegenheit benutzte, den im Parteiapparat unbeliebten damaligen Justizminister abzuschieben. Herr Blanca zeichnet sich durch äußerst gepflegte Manieren aus. Wenn er auf die unglaublichen Zustände der unter seiner Verwaltung stehenden Gefängnisse angesprochen wird, hört er freundlich zu, verspricht, sich die Sache einmal anzusehen und wendet sich dann ebenso höflich dem nächsten Gast zu. Wenn aber jemand nach der fünften oder zehnten ergebnislosen Demarche etwas ungeduldig wird, wie kürzlich einige Abgeordnete, die einfach nicht mehr aus seinem Büro gehen wollten, dann indigniert sich Herr Blancas, nicht über die Zustände im Gefängnis, sondern über den Mangel an Manieren. Auch am Amnesty-Bericht befand er als einzig bemerkenswert, daß er nicht formgerecht bei ihm abgegeben worden sei.

Abel Salinas ist der Chef von Mantilla, also *Innenminister.* Er wollte eigentlich Bürgermeister von Lima werden. Das aber ließ nun sein Chef nicht zu, weil Alan



García keinen Ersatz für seinen hervorragenden Innenminister wußte. Und in der Tat ist Abel Salinas unersetzlich. Während sein Vize draußen sich am Blut berauscht, bleibt Herr Salinas lieber im Büro und beantwortet in gekonnter Weise die Fragen der Journalisten. Von dem, was sein Vize anrichten läßt und was die Journalisten gesehen haben, weiß er in der Regel nichts. Er war ja auch im Büro. Und wenn, dann war alles nach Vorschrift und bestimmt nicht so schlimm. Seine Polizisten hätten einen Abgeordneten krankenhausreif geschlagen? Das sei natürlich bedauerlich, aber der Mann müsse sich halt rechtzeitig identifizieren, damit man ihn nicht verwechsele. Seine Polizisten hätten einen Anwalt, der des Terrorismus Angeklagte verteidige, aus dem Justizpalast entführt? Zuletzt sei er lebend im Gefängnis der ihm unterstehenden DIRCOTE (Antiterrorismuspolizei) gesehen worden? Unmöglich, entgegnet Abel Salinas, er habe extra die Polizei nach dem Verbleib des Anwalts Vazquez forschen lassen. Dort sei nichts über ihn bekannt.

Bliebe noch ein Mann zu erwähnen, der nicht direkt mit der Repression zu tun hat, der Wirtschafts- und *Premierminister Alva Castro,* der gerne Nachfolger von Alan Garícas werden möchte. Er versteht es sehr geschickt, bei besonders heiklen Aktionen seiner Regierung abwesend zu sein. Bei der Gefängnismassaker war er im Ausland, beim Sturm auf die Universitäten setzte er sich in den frühen Morgenstunden nach Trujillo ab und kehrte erst zurück, als alles vorbei war. Aber die Partei ließ ihm diesen Trick nicht durchgehen, und so mußte er vor dem Parlament den Bericht der Regierung zu den Gefängnismassakern abgeben. Da endlich zeigte sich, daß auch Alva Castro, wenns denn sein muß, alles beschönigt und verteidigt, was seine Regierung an Menschenrechtsverletzungen begeht.

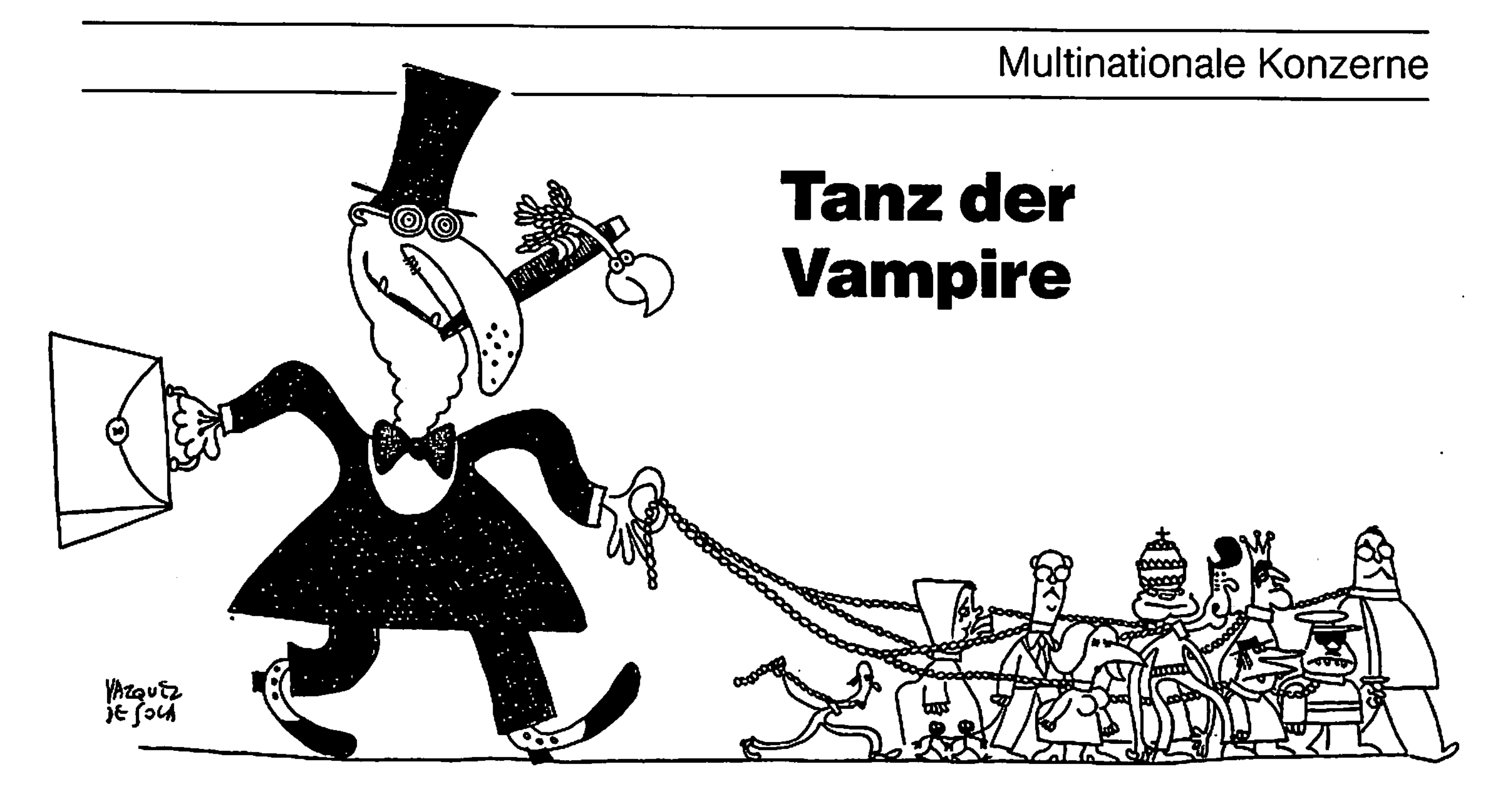
Nicht erwähnt werden müssen dagegen die drei Minister, die Armee, Marine und Luftwaffe in der Regierung sitzen haben, um sich jeweils selbst zu verwalten. Daß diese Herren jede Unterdrückungsmaßnahme gutheißen, wird niemand anders erwarten.

Es wurde und wird unermüdlich spekuliert, ob die APRA-Regierung eine so repressive, die Menschenrechte verachtende Politik betreibt, weil sie unter dem Druck der Militärs nicht anders kann, oder ob sie das aus freien Stücken tut. Die Frage hatte ihren guten Sinn z.B. im August 1985, als wenige Wochen nach Antritt der Regierung García die Militärs die Massaker in Accomarca, Umaru und Ayocucho verübten. Sie wird aber mit jedem Monat, den die APRA an der Regierung ist, uninteressanter und bedeutungsloser. Der Unterschied zwischen einer Regierung, die selbst geziel und bewußt eine mörderische Repression ausübt, und einer, die das Morden, Foltern und Entführen „nur" dultet, vertuscht, beschönigt und bestenfalls achselzuckend bedauert, ist nicht nur moralisch unerheblich. Auch politisch zwingt er diejenigen, die für die Achtung der Menschenrechte kämpfen, sich auf eine Identität der Strategie der Militärs und der APRA einzurichten, von wem dabei auch immer die Initiative ausgegangen sein mag.

Rubén Gómez



Der Innenhof des Gefängnisses Lurigancho im August 86. Zwei Monate zuvor wurden hier über 240 Gefangene von den Sicherheitskräften getötet.



Tanz der Vampire

Multinationale Konzerne, Spekulation und Weltwirtschaftskrise

Trotz der Weltwirtschaftskrisé, deren deutlichste Merkmale Massenarbeitslosigkeit und Verschuldung sind, haben die großen multinationalen Konzerne neue Profitquellen entdeckt. Sie sind die Nutznießer der neoliberalen Welle der Reprivatisierung von Staatsbetrieben, die nicht nur die kapitalistischen Zentren, sondern auch die Dritte Welt erfaßt hat.

US-Außenminister Shultz hat sich auf seiner letzten Afrikareise klar ausgedrückt: Die Programme der amerikanischen Entwicklungshilfe seien dazu bestimmt, „*die Regierungen zu ermutigen, die Kontrolle des Staats über den Privatsektor zu reduzieren... Es gibt eine große Menge von Unternehmertalenten, die nur auf die richtigen Anreize warten.*"

Der Abbau des öffentlichen Sektors der Wirtschaft wird eingeleitet von den bekannten Rezepten zur „Strukturanpassung", die von IWF und Weltbank formuliert werden: Aufhebung der Preiskontrollen, Öffnung der Märkte für die Privatwirtschaft (womit hauptsächlich die Multis gemeint sind), Aufhebung der Zollschranken, starke Kürzung der Subventionen für staatliche Betriebe bis hin zu deren Privatisierung. Die Verschuldung der Dritten Welt in Höhe von 1.000 Mrd. $ verleiht den Ermahnungen von Shultz und seinen politischen und wirtschaftlichen Bündnispartnern zusätzlich Gewicht.

3.000 MILLIARDEN DOLLAR FÜR 200 PRIVATE FIRMEN
(Umsätze 1984)

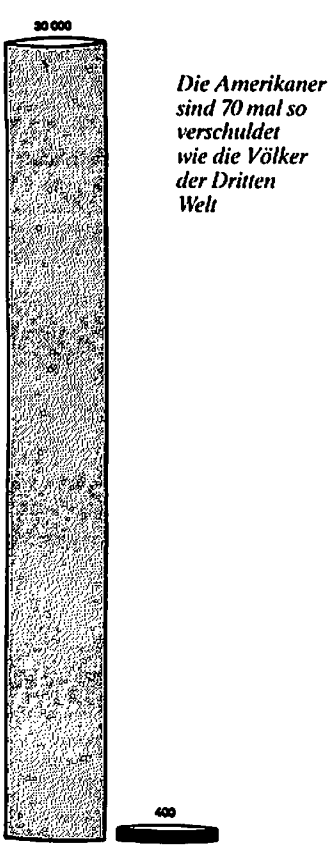
Land	Anzahl	%	Umsatz in Mrd. $	%	
USA	103	51,5	1 549,8	52,6	75,3
Japan	37	18,5	667,5	22,7	
BRD	18	9	190	6,5	11,6
Großbritannien	11	5,5	150,1	5,1	
NL/GB	2	1	105,7	3,6	13,1
Canada	7	3,5	59,7	2	
Israel	4	2	45,1	1,5	
Rep. Korea	5	2,5	44	1,5	
Südafrika	3	1,5	31,3	1,1	
Niederlande	2	1	22,8	0,8	
Italien	2	1	20,6	0,7	
Schweiz	2	1	20,6	0,7	
Schweden	1	0,5	10,5	0,4	
Frankreich	1	0,5	10,4	0,3	
Belgien	1	0,5	8,7	0,3	
Brasilien	1	0,5	6,4	0,2	
Insges.	200	100	2 946,2	100	

Berechnet nach Angaben aus Forbes und Fortune

Die Macht der großen Konzerne hat gigantische Proportionen erreicht. Die zweihundert größten Privatfirmen der Welt (Firmen, deren Anteile an der Börse gehandelt werden) haben 1985 einen Umsatz von über 3060 Mrd. $ erzielt, das entspricht 27% des Bruttosozialproduktes aller nichtsozialistischen Länder. Die Wachstumsrate dieses Anteils ist bemerkenswert, denn 1960 vereinigten die 200 größten Firmen erst 17% des Bruttosozialproduktes aller nichtsozialistischen Länder auf sich. Diese 200 Firmen sind in allen Bereichen der Wirtschaft tätig. Gigantische Konzerne im Industrie- und Distributionssektor, große Handelsfirmen und Finanzgesellschaften usw. Obwohl sie jährlich auf Hochglanzpapier ihre Bilanzen veröffentlichen, stellen sie ein undurchschaubares Universum finanzieller und politischer Macht dar, das niemandem Rechenschaft schuldet. Ihren Aufstieg muß man im Kontext einer Wirtschaftsentwicklung betrachten, die gleichzeitig eine enorme industrielle Überkapazität und viele Millionen Arbeitslose zur Folge gehabt hat. Allein im Lauf des Jahres 1982 haben die 500 größten amerikanischen Firmen, 1,5 Millionen Arbeitsplätze wegrationalisiert, durch Einführung neuer Technologie und durch Maßnahmen zur Kostensenkung. Diese Zahlen widerlegen den Mythos, wonach multinationale Konzerne Arbeitsplätze schaffen.[1]

Die 58 größten britischen Industriefirmen haben zwischen 1972 und 1983 ihre

Belegschaft um 600.000 Beschäftigte reduziert, das ist ein Drittel der industriellen Arbeitsplätze, die in diesem Zeitraum insgesamt verlorengingen.[2] Was die Arbeitslosen in der Dritten Welt angeht, so hat man in letzter Zeit einfach aufgehört, sie statistisch erfassen.



Die Amerikaner sind 70 mal so verschuldet wie die Völker der Dritten Welt

Verschuldung pro Einwohner in US-$

Eine große Rolle spielen auch neue Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. beim sog. *leveraged buyout* (Aufkauf mit Hebeleffekt), wobei man, um einen Konzern kaufen zu können, das Aktivvermögen eben dieses Konzerns beleiht. Der Käufer muß nur 1-10 % des Kaufpreises bar auf den Tisch legen, der Rest wird durch Anleihen finanzert.

„...Die spektakulärste Pleite war die von Thatcher Glass. Diese Firma wurde 1981 für 143 Mill. $ an Dominick & Dominick verkauft. Von diesem Kaufpreis waren nur 7 Mill. $ Eigenleistung, der Rest Schulden. Es ergab sich für Thatcher Glass eine Kapitalstruktur, die zu 95 % aus Schulden bestand, mit einem Zinssatz von über 20 %. Ende 1983 geriet die Glasindustrie in eine Krise, der Umsatz und die Finanzierungskapazität (cash flow) von Thatcher Glass ging zurück. Im Dezember 1984 machte Thatcher Glass pleite. Seine Produktionsanlagen wurden von einem anderen Glasfabrikanten für 40 Mill. $ gekauft. 4.000 Arbeiter verloren dabei ihren Arbeitsplatz...“

US News and World Report, 18.11.85

In der Zwickmühle zwischen ständig sinkenden Rohstoffpreisen und einer erdrückenden Schuldenlast, während gleichzeitig die Zollschranken immer höher werden, befinden sich die meisten Länder der Dritten Welt in einer Rezession.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß 71% der 200 größten Multis, in den USA und in Japan beheimatet sind.[3] (104 Firmen in den USA, 38 in Japan). Auf die Konzerne aus diesen beiden Ländern entfallen allein 76% des Gesamtumsatzes. die BRD und Großbritannien mitgerechnet, entfallen 87% des Gesamtumsatzes der 200 auf vier Länder, die übrigen 13% auf Firmen aus zwölf weiteren Ländern, darunter Südkorea und Brasilien. Diese Gruppe der 200 größten Privatfirmen gibt aber noch kein vollständiges Bild der weltweiten Konzentration wirtschaftlicher Macht, da die Firmen in Staatsbesitz in dieser Liste nicht enthalten sind.[4] Ein Grund für das schnelle Voranschreiten dieses Konzentrationsprozesses liegt auch in der Liberalisierung des Kartellrechts, eine Welle, die alle führenden kapitalistischen Staaten erfaßt hat. Es gab einmal eine Zeit, wo es in den USA sehr weitgehende Anti-Trustgesetze gab. Inwieweit sie jemals angewandt wurden, ist zwar eine andere Frage; inzwischen ist es jedoch soweit, daß selbst diese Gesetzestexte, die den Konzentrationsprozeß bisher nicht einmal verlangsamt haben, auf den Müllhaufen der Geschichte wandern.

Welches sind die wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren, die in den nächsten Jahren die Zukunft dieser 200 Multis beeinflussen werden? Gegenwärtig, zu Beginn des Jahres 1987, lassen sich vier Faktoren benennen, die eng mit einander verbunden sind: die Krise des Welthandels, die Stagnation oder — wahrscheinlicher — der Verfall der Rohstoffpreise, ein starker Rückgang der produktiven Investitionen zugunsten bloß spekulativer Finanzoperationen und schließlich die Intensivierung des Handelskrieges.

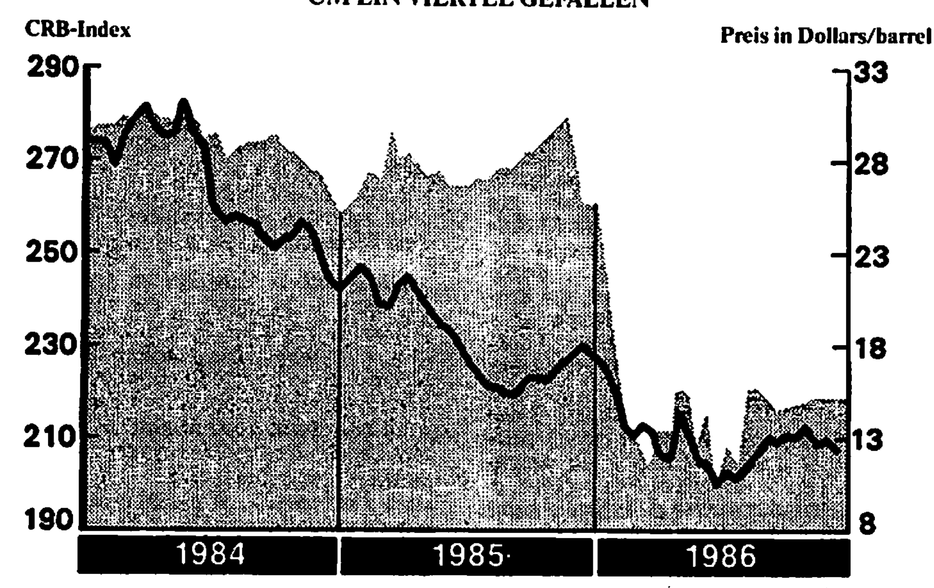
Die Dritte Welt muß ihre Rohstoffe verschleudern.

Im Gegensatz zu den fünfziger und sechziger Jahren, als der Welthandel um durchschnittlich 8% pro Jahr zunahm, stagniert er seit 1980 auf einem Niveau unterhalb von 2.000 Mrd. $. Die Folgen sind besonders katastrophal für die Länder der Dritten Welt. Im Jahr 1985 (für 1986 gibt es noch keine globalen Wirtschaftsdaten) sind ihre Exporte wertmäßig gegenüber 1984 um 5% gesunken, ihre Importe um mehr als 6%. Mit anderen Worten, trotz der Bemühungen, ihre geschwächte Wirtschaft noch mehr auf Exportproduktion auszurichten, stellen sie fest, daß ihre Handelsbilanz sich in vielen Bereichen verschlechtert. Wenn sich nach einiger Zeit herausstellt, daß das Niveau der Exportproduktion nicht aufrechterhalten werden kann, spürt die Weltwirtschaft als ganzes die Folgen.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Länder der Dritten Welt sind die Folge eines vierjährigen Aderlasses durch die Rückzahlung der Schulden in Verbindung mit den vielfältigen Austeritätsvorschriften des IWF. Moralisch wäre die Zurückweisung der 1.000 Mrd. Schulden der Dritten Welt mehr als gerechtfertigt. In den Ländern der Dritten Welt verstärken die ständigen Abwertungen des Dollars die Auswirkungen des fortschreitenden Kursverfalles der lokalen Währungen, für Importe aus den OECD-Ländern müssen einige Milliarden Dollar mehr aufgewendet werden als bisher. Gleichzeitig gibt es auf den Weltmärkten ein Überangebot von Rohstoffen, da die verschuldeten Länder um jeden Preis exportieren wollen und so die Überproduktionskrise verstärken. Bei diesem Spiel, dessen Regeln der IWF festlegt, exportiert die Dritte Welt mengenmäßig immer mehr, aber nimmt dafür immer weniger ein. Unter den Bedingungen eines stagnierenden Weltmarktes ist dies der denkbar schnellste Weg ins Desaster. Im Jahr 1986 sind die Rohstoffpreise auf ihr niedrigstes Niveau seit neun Jahren gefallen, der durchschnittliche Rückgang im Lauf des Jahres betrug 9%.[5]

Der Verfall des Dollar, oder, was auf das gleiche hinausläuft, seine systematische Abwertung, verstärkt nicht nur die Probleme auf den Devisenmärkten, sondern macht auch die ohnehin schwierige Lage der Rohstoffproduzenten noch desolater (s. Schaubild). Die meisten Rohstoffpreise werden in Dollars notiert. Die Länder, deren Währungen aufgewertet werden, wie die BRD und Japan, können ihre Rohstoffe billiger einkaufen. Es ist keineswegs sicher, daß die Exporte der USA durch die Abwertung des Dollar stimuliert werden,[6] da ihre Industrie und Landwirtschaft wenig konkurrenzfähig sind.

Der Baumwollpreis, der Anfang 1986 noch bei 63 cents pro Pfund lag, ist mittlerweile auf 26 cents gefallen, was das *Wall Street Journal* zu der Anmerkung veranlaßte, seit dem Sezessionskrieg (1861-65) habe es keinen so niedrigen Baumwollpreis mehr gegeben.[7] Einen ähnlichen Verfall hat es beim Kaffeepreis gegeben: 2,74 US-$ für das Pfund im Januar '86, 1,40 $ im Dezember. Der Zinnpreis fiel im Lauf des Jahres von 3,59 $ pro Tonne (!) auf 2,51 $, Tungsten von 58 $ pro metrischer Tonne auf 36 $. Als die Wirtschaftsfachleute anfingen zu glauben, daß der Preis für amerikanischen Mais auf einem Tiefpunkt angelangt sei, fiel er erneut, diesmal auf sein niedrigstes Niveau seit 14 Jahren.[8] Der Zuckerpreis schwankt zwischen 5 und 6 cents pro Pfund, obwohl in den meisten Produzentenländern die Produktionskosten mehr als doppelt so hoch sind. Der Erdölpreis fiel von 25 $/barrel auf weniger als 10 und stand am Jahresende bei 18. Global gesehen hat der Verfall der Rohstoffpreise in diesem Jahrzehnt für die Länder der Dritten Welt einen Verlust von hunderten Milliarden $ mit sich gebracht.



Rohstoffpreise auf den Warenterminmärkten, Index des Commodity Research Bureau, New York

Erdölpreis pro barrel, Entwicklung auf den Warenterminmärkten (New York Mercantile Exchange)

Um zum Thema der 200 Großkonzerne zurückzukehren: Welche Folgen hat die Stagnation des Weltmarktes für das transnationale Kapital? Angesichts der chronischen Überkapazität der produktiven Bereiche — Stahlproduktion und Schiffbau sind die deutlichsten Beispiele — gibt es immer weniger lukrative Möglichkeiten für die Kapitalakkumulation; dem Expansionsdrang bleiben nur noch zwei Betätigungsfelder offen: die Spekulation und der Aufkauf eines Konzerns durch den anderen. Die Spekulation wird weiter angeheizt durch die Liberalisierung der Finanzmärkte und durch die Verbreitung neuer Möglichkeiten für Finanzspekulationen, neue Warenterminmärkte usw. ... Angesichts dieser Papierflut erscheint die Börsensituation der zwanziger Jahre wie ein Kinderspiel. Die Schulden der amerikanischen Konzerne haben ein kritisches Niveau erreicht — eine wahre Zeitbombe.

Die Reagan-Administration erwartet für die USA 1987 ein reales Wirtschaftswachstum von 3,2%. Diese Erwartung erscheint wenig plausibel, ebensowenig wie die absichtlich übertriebenen Prophezeiungen der Weltbank, daß die Rohstoffpreise steigen werden. Während der letzten drei Monate des Jahres 1986 entsprach das Wachstum der US-Wirtschaft einer Jahresrate von 1,7%. Insgesamt wuchs die US-Wirtschaft 1986 um 2,5%, die Regierung hatte 4% vorhergesagt.

Die gegenwärtige Situation zeigt beunruhigende Ähnlichkeiten mit der von 1929, aber diesmal sind die Einsätze um ein vielfaches höher, die Sprengkraft der Zeitbombe ist weitaus größer. Um beim Beispiel der USA zu bleiben, die Schulden der dortigen Privatfirmen übersteigen 2.000 Mrd. $.

Neuemissionen im Rekordbetrag von 230 Mrd. $ sind 1986 auf die Finanzmärkte geworfen worden: fest verzinsliche und frei verzinsliche Schuldverschreibungen, durch das Aktivvermögen gedeckte und quasi hypothekenartige Wertpapiere usw. ..., das Doppelte des bisherigen Rekordbetrages von 1985 (104,9 Mrd. $). Bei dieser Schuldenexplosion handelt es sich u.A. um Anleihen, die zu dem Zweck aufgenommen werden, einen anderen Konzern aufkaufen zu können (so etwa als 1984 Chevron für 3,2 Mrd. $ Gulf Oil aufkaufte und dabei seine eigene Verschuldung auf die schwindelnde Höhe von 15,5 Mrd. $ trieb), um Käufe, die durch hoch verzinste Obligationen wenig seriöser Financiers finanziert werden (sog. „junk bonds"), um hektische Neuverschuldung um das Kapital der Konzerne zu refinanzieren, *raiders* und *greenmailers* abzuwehren.[9] (s. Kasten S. 44)

Diese Praktiken erschüttern die Fundamente des Industrie- und Handelskapitals der USA, denn der Aufkauf eines Konzerns durch einen anderen hat immer einen hohen Preis, sowohl für den Käufer wie für sein Opfer. Das Geld, das zum Kauf verwendet wird, wird durch Kredite mit kurzfristig festgelegten, sehr variablen Zinsen finanziert. Falls ein plötzlicher Konjunkturabschwung eintritt, oder der Zinssatz steigt, kann das das finanzielle Fundament eines Konzerns erschüttern, und diese Erschütterung sich wellenartig auf das gesamte Finanzsystem ausdehnen. Eine derartig massive Verschuldung hat auch Einfluß auf die Entscheidungen des Managements, besonders im Bereich mittelfristiger Forschungs- und Entwicklungsausgaben, der Neuinvestitionen und des nationalen und internationalen Marketings. Gleichzeitig, bzw. aufgrunddessen, kann eine Firma durch das psychologische Trauma der chronischen Verschuldung und der Allgegenwart möglicher Aufkäufer gewissermaßen paralysiert werden; ein Faktor, der dazu beiträgt, daß die amerikanische Industrie immer mehr ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten einbüßt, trotz der Bemühungen, durch ständige Dollarabwertungen konkurrenzfähig zu bleiben.

Krise in der Landwirtschaft

Die amerikanische Landwirtschaft macht seit 1982 ihre schwerste Krise in 50 Jahren durch, die Verschuldung der amerikanischen Farmer beläuft sich mittlerweile auf etwa 220 Mrd. $[10], obwohl die staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft zwischen 1981 und 1986 versechsfacht wurden, von 4 Mrd. $ auf 25,8 Mrd. $. Diese Zahlen sagen allerdings nichts über die ungerechte Verteilung aus und über den raschen Konzentrationsprozeß, der sich durch die konzentrationsfördernden Maßnahmen der Reagan-Regierung beschleunigt hat — eine Auswirkung der Meinung der Reagan-Mannschaft, daß die Massenarbeitslosigkeit nichts weiter sei als ein Ergebnis der „Magie des Marktes". Die beachtliche Steigerung der Agrarsubventionen (eine der Hauptwaffen des amerikanischen Protektionismus) hat eine kleine Gruppe von Repräsentanten des Agribussiness reich gemacht, die Verbindungen zu den beiden großen Parteien haben. Zwei Drittel der amerikanischen Farmen sind 1985 überhaupt nicht in den Genuß von Preissubventionen gekommen (würden die Agrarsubventionen gleichmäßig auf die 1,6 Millionen amerikanischen Farmerfamilien verteilt, so müßte jede Familie mehr als 16.000 Dollar im Jahr erhalten, fast das Doppelte des Jahreseinkommens der ärmsten Farmer).

20% aller Farmer haben ein Jahreseinkommen von über 100.000 $, diese Farmer haben 70% aller Subventionen erhalten. Nur 12% der Baumwollproduzenten haben 1986 mehr als die Hälfte der Subventionen für den Baumwollanbau erhalten; einige Riesenfarmen erhielten mehrere Millionen $. Die amerikanische Landwirtschaft befindet sich nicht nur in einer finanziellen, sondern auch in einer demographischen Krise: 30% der Farmer sind älter als 65 Jahre.

Die Gesamtzahl der Farmen hat 1975-1985 um 9% abgenommen, die Preise für Ackerland sind allein im Jahr 1986 um 20% gesunken. Ein Drittel sämtlicher Landwirtschaftseinkommen mußte für Schuldendienst aufgewandt werden.

Verschuldung

Die Auflösungserscheinungen im Landwirtschafts- und Erdölsektor haben zum Bankrott kleiner und mittlerer Banken geführt: 138 Bankenkräche gab es 1986, die höchste Zahl seit der Weltwirtschaftskrise. Doch was für das große Agribussiness gilt, gilt auch für die großen Banken: ihre Gewinne sind 1985 um die Hälfte gestiegen; die Gewinnstatistik spricht eine deutliche



Bankraub? — Nein, Mauschelei unter Bankiers.

Sprache: Die Banken mit einem Kapital von 5 Mrd. $ und darüber konnten ihre Gewinne 1985 um 49% steigern, während die Gewinne der Banken mit einem Kapital von weniger als 100 Millionen $ (das sind 80% aller amerikanischen Banken) um 16% sanken.

Die Summe der privaten Schulden wird noch übertroffen durch die Staatsschuld von 2400 Mrd. $, d.h. 10.500 $ für jeden Amerikaner, ob Mann, Frau oder Kind. Beim Budget für 1988, das 1.000 Mrd. $ erreicht, macht der Schuldendienst ungefähr 210 Mrd. $ aus, d.h. etwa 19%. 1983 betrug er erst 90 Mrd. $. Die Regierung verschuldet sich munter weiter — im Augenblick allerdings zu niedrigeren Zinssätzen, was ihr eine kurze Atempause verschafft. 1987 müssen 170-200 Mrd. $ Schulden neu aufgenommen werden, um die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben zu decken. Die Auslandsverschuldung liegt gegenwärtig über 200 Mrd. $ und wird 1990 500 Mrd. $ erreichen. Diese Verschuldung wird mit der sehr fragwürdigen Annahme gerechtfertigt, daß Japaner und andere ihre großen Handelsbilanzüberschüsse und Rücklagen weiterhin in Dollars anlegen, obwohl der Dollar immer wertloser wird.

In Gang gesetzt wurde diese Verschuldung durch die Politik einer Oligarchie, die nicht in der Lage ist, zu begreifen, welches die wirklichen nationalen Interessen der USA sind. Sie wird nicht nur in der US-Wirtschaft sondern weltweit Verwüstungen anrichten, denn das internationale Handels- und Finanzkapital ist eng verflochten. Nicht nur sind die USA mit Abstand das höchstverschuldete Land der Welt, dieses Land legt darüber hinaus willkürlich die Regeln des Spiels fest, wie ein korrupter Croupier den Roulettetisch manipuliert. Die „Spielkasino-Gesellschaft", (*Business Week*, 16.9.85) die von der Reagan-Mannschaft geformt wurde, hat sich selbst sehr gut geschützt vor dem wohlmeinenden Doktor IWF, den sie so gerne zu anderen Nationen schickt.

Der Glaube der US-Regierung, daß sie selbst niemandem Rechenschaft schuldig sei, ist eine folgenschwere Illusion. Die US-Regierung scheint nicht zu sehen, was für jedermann offensichtlich ist, daß der amerikanische Kapitalismus nur noch auf Pump lebt. Die Ausgabenflut der USA und ihr schwindsüchtiger Dollar werden durch die Ersparnisse der übrigen Welt finanziert, nicht nur Japans und Europas, sondern auch der Länder der Dritten Welt, wo die USA versuchen, jeden Versuch einer eigenständigen Entwicklung zu unterdrücken. Die Richtung, in der das Kapital fließt, ist aber nicht für die Ewigkeit festgelegt: 1986 sind mehrere amerikanische Großkonzerne oder ihre Filialen durch Konzerne anderer Länder aufgekauft worden, z.B. Chesebrough-Ponds für 3,1 Mrd. $ durch Unilever, Celanese Corp. für 2,85 Mrd. durch Hoechst oder Doubleday für 475 Mio. $ durch Bertelsmann

Am anderen Ende der sozialen Leiter hat dieser Konzentrationsprozeß die Verarmung von hunderten Millionen Menschen zur Folge. Etliche von ihnen leben nicht in der Dritten Welt.

F.F. Clairmonte, J. Cavanagh: **frénesie speculative jusqu'au point de rupture**, Le Monde diplomatique, März 1987 (gekürzt).

Wert der Fusionen insgesamt in Mrd. $
Wert der *leveraged buyouts* siehe Kasten S. 44
* = erste drei Quartale

	1975	1981	1982	1983	1984	1985
Wert der Fusionen insgesamt	12	83			122	
Wert der leveraged buyouts		3	3,5	4,5	18,6	24,6*

Anmerkungen:

1. Wall Street Journal, 20. 5. 85
2. H. Stopford, L. Turner, *Britain and the Multinationals*, London 1985.
3. vgl. „Le club des deux cents, ou les vertus de la concentration" Le Monde diplomatique, Dez. 1985.
4. das.
5. Detailliert im monatlichen Rohstoffbulletin der UNCTAD.
6. Dee Exporte der USA nach Lateinamerika sind 1981-85 um 25 % zurückgegangen. In ähnlicher Größenordnung sind die Exporte der wichtigsten kapitalistischen Länder in die Dritte Welt generell gesunken. Angesichts weiterhin schwacher Rohstoffpreise und der hohen Verschuldung ist nicht davon auszugehen, daß die Dritte Welt ihre Importrestrikionen lockert. Sie werden eher weiter verschärft werden.
7. Wall Street Journal, 5. 1. 1987.
8. Financial Times, 7. 1. 87

GELD

„Es ist höchste Zeit, die Ethik der Börse zu verbessern, sonst wird der Name Wall Street in den Augen der Öffentlichkeit zum Synonym für die Straße der Gangster“ (Newsweek, 23.02.87)

Worum geht es? Was ist das Geheimnis des massenhaften Betruges und der Finanzskandale? Es geht um die Praktiken des Aufkaufs bzw. der Übernahme von Konzernen, die sich seit einigen Jahren sprunghaft ausweiten. 1979 wurden in den USA 1529 Finanzoperationen dieses Typs gezählt, 1985 nicht weniger als 3.392. Die aufgewendeten Summen beliefen sich 1979 auf 34 Mrd. $ und 1985 bereits auf 144 Mrd. $ — im Ganzen 700 Mrd. $ in sieben Jahren[1]. 1986 wurden laut *Time* 190 Mrd. $ für solche Übernahmen aufgewendet, mehr als der Betrag des Handelsbilanzdefizits; in Großbritannien waren es 30 Mrd. $[2].

Enorme Profite — massenhafte Entlassungen

Die gewaltigen Beträge solcher Transaktionen tragen in keiner Weise zur Vermehrung des Volkseinkommens bei. Sie haben keinerlei Ähnlichkeit mit wirklichen Investitionen zur Schaffung neuer Produktionskapazitäten. Ganz im Gegenteil führen sie häufig zur Schließung von Betrieben und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Warum sollte man auch diese astronomischen Summen zur Schaffung neuer Produktionsstätten verwenden, wo das doch oft mit Risiken verbunden wäre? Warum sich der Gefahr aussetzen, bei der Gründung eines Unternehmens Verluste zu machen, wenn man mit einiger Gerissenheit und noch mehr Skrupellosigkeit durch Aufkauf eines Konzerns ordentliche Profite einstreichen kann?

Und wie geht das? Auf Grund der bewundernswerten „Gesetze des Marktes“, die den Neoliberalen so lieb und teuer sind, läßt eine große Nachfrage den Preis des begehrten Gutes stark ansteigen.

Ein Beispiel: 1985 stieg der Wert einer Aktie von Houston Natural Gas in den letzten sechs Tagen vor der Übernahme dieses Konzerns durch Internorth um 13,25 $, d.h. jeder, der im Voraus von der geplanten Übernahme informiert war, konnte in kürzester Zeit einen gewaltigen Profit machen. So z.B. ein Mr. Levine von der Investmentgesellschaft Drexel Burnham Lambert, der im Mai '86 festgenommen wurde. Eine Aktie von RCA stieg um 33% in vier Tagen vor der Übernahme durch General Electric, der Wert einer Aktie von General Food stieg vor der Übernahme durch Philip Morris um 32%.

Und wie informiert man sich darüber, daß eine solche Übernahme geplant ist? Das beste Mittel besteht darin, einen Informanten in der Direktion des Konzerns zu bestechen, der die Übernahme plant. So hat z.B. der Financier Ivan Boesky 700.000 $ an Mr. Siegel von Drexel Burnham Lambert bezahlt, um bei der Übernahme von Carnation, Bendix, Getty Oil usw. einen Profit von 33 Millionen $ zu erzielen.

Bei diesem Jahrmarkt der Diebe zeigt sich das Gesetz des Marktes ganz ungeschminkt: Für jeden großen Gewinner gibt es einen großen Verlierer — oder viele kleine. Wenn eine Konzernleitung sich nicht damit abfinden will, die Kontrolle über ihren Konzern zu verlieren, muß sie die Aktien des eigenen Konzerns zu überhöhten Preisen aufkaufen, bzw. zurückkaufen.

US News and World Report berichtet, daß ein Mr. Goldsmith 8,6% der Aktien von St. Regis für 35 $ pro Aktie kaufte. Als die Spekulation den Kurs auf 42 $ getrieben hatte, verkaufte er seine Aktien wieder an St. Regis für 52 $ und machte dabei einen Gewinn von 50 Mill. $. Ähnlich war er bereits mit Goodyear verfahren, dessen Leitung sich gezwungen sah, 11,5% des Aktienkapitals für 49,5 $ von ihm zurückzukaufen. Goldsmith verdiente dabei 88 Mill. $, vermutlich ein Fall von *greenmail* (s.o.). Anderen Aktionären bot Goodyear an, ihre Aktien für 50 $ aufzukaufen, um wenigstens die Kontrolle über 36,5% des Aktienkapitals zu behalten. Um diese Transaktion, die 2,6 Mrd. $ kostet, zu finanzieren, wird sich Goodyear gezwungen sehen, alle seine Tochterfirmen, die etwas anderes als Reifen produzieren, zu verkaufen.[1]...

Der britische Wirtschaftspublizist Anthony Sampson stellt fest:

„Der Kern des Problems liegt in der Tatsache, daß es unendlich viel mehr Möglichkeiten gibt, durch Finanzspekulationen Gewinne zu machen, als mit industriellen Aktivitäten Geld zu verdienen. Es scheint schwierig, Arbeitsplätze zu schaffen oder Märkte zu erobern in einer Situation, wo die Finanzwelt mehr und mehr den Kontakt zur Realität der Industrieproduktion und des Exports verliert.“[3] Alle Kräfte konzentrieren sich auf die Finanzspekulation und nicht auf produktive Investitionen, die einzige Quelle kollektiven Wohlstands. Hier liegt eine der Ursachen für die Deindustrialisierung der USA und Großbritanniens. Auch die zig Milliarden Francs, die in Frankreich für die Privatisierung der Staatsbetriebe aufgewendet werden, schaffen keine Werte, keine neue Aktivität, keine Arbeitsplätze.

Hunderte Milliarden Dollar, die in den letzten Jahren in den USA für die Übernahme von Konzernen aufgewendet wurden, haben offensichtlich nicht dazu beigetragen, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Konzerne gegenüber ihren japanischen, taiwanesischen, deutschen und sonstigen Konkurrenten zu erhöhen. Nicht nur haben sie sich nicht ausreichend modernisiert, obwohl der amerikanische Finanzmarkt Kapitalien aus der ganzen Welt angezogen hat, oft haben sie sich verschulden müssen, um die *raids* der Spekulanten durch Rückkauf ihrer eigenen Aktien abzuwehren.

Wie wirkt sich das in der Praxis aus?

Gulf & Western hat in den letzten vier Jahren 65 seiner Filialen mit einem Kapital von 4 Mrd. $ geschlossen. IBM hat drei seiner Betriebe in USA geschlossen, und seine Belegschaft um 7% reduziert. ATT hat 32.000 Beschäftigte entlassen, ITT letztes Jahr 100.000 (44% der Gesamtbelegschaft). General Electric hat in sechs Jahren 11,1 Mrd. $ ausgegeben, um 338 andere Firmen aufzukaufen (darunter RCA für 6,3 Mrd.), hat gleichzeitig 232 Tochterfirmen für 5,9 Mrd. $ verkauft und 73 seiner Betriebe geschlosssen. General Motors hat seit 1981 37.000 Arbeiter entlassen und angekündigt, bis 1989 zwölf große Fabriken schließen zu wollen. Kodak hat letztes Jahr 13.000 seiner 129.000 Beschäftigten entlassen, um 500 Mill. $ im Jahr einzusparen.

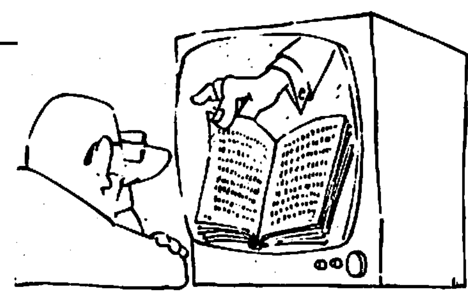
Schockierend sind an diesem Spiel nicht die Möglichkeiten, die es für Betrugsmanöver bietet, sondern die Gewissenlosigkeit, die sich in seinem alltäglichen Funktionieren zeigt. Oder soll man vielleicht die Superprofite, die sich mit simplen Börsencoups erzielen lassen, als Rechtfertigung betrachten für das Elend der Arbeitslosen, die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen oder der Familien, die unter der Armutsgrenze leben müssen? Sollen sie alle Trost in der Tatsache finden, daß der Dow Jones Index die Zahl 2.000 überschritten hat?

1. US News and World Report, 1.12.86; 2. Fortune, 16.2.87; 3. Newsweek, 23.2.87

Claude Julien, **L'argent**, Le Monde diplomatique, März 1987 (Auszüge).

9. Wortschöpfung des Börsenjargons aus blackmail = Erpressung und der grünen Farbe des Dollars = eine Methode der Konzerne ‚raiders', d. h. potentielle Aufkäufer von ihrem Vorhaben abzubringen: der raider erhält eine Prämie dafür, daß er Aktien, die er bereits erworben hat, an die Leitung des bedrohten Konzerns zurückverkauft.
10. vgl. „Des fermiers spectateurs de leur propre mort“, Le Monde diplomatique, Jan. 1987.

Rezensionen



Eine scheinheilige Revolution

Stefan Brüne: Äthiopien — Unterentwicklung und radikale Militärherrschaft. Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde 26, Hamburg 1986

Die äthiopische Revolution, die den Derg an die Spitze Äthiopiens brachte, wurde von Lofort die häretische genannt, weil sie nicht dem herkömmlichen Muster der von Militärs geführten Revolutionen der 3. Welt entsprach. Andere beschrieben sie in den wenigen Berichten, die über sie in den beiden ersten Jahren im Ausland erschienen, als merkwürdige Mischung aus französischer, russischer und der parallel einsetzenden portugiesischen Revolution. Obwohl das Land nach dem Kaisersturz nicht von der Umwelt abgeschnitten war, vollzog sich die äthiopische Revolution weitgehend ohne große Anteilnahme der Weltöffentlichkeit. Trotz wachsender Beunruhigung in westlichen Ländern infolge der blutigen Abrechnung mit hohen Führern des Ancien Regime, laufender Radikalisierung und Zuneigung zu sozialistischen Ideen und sich verschärfenden blutigen Auseinandersetzungen um die Macht, den Zusammenhalt des Staates und seine zukünftige politisch-soziale Gestalt lösten diese Entwicklungen keine intensive oder gar theoretisch-analytische Beschäftigung mit den Ursachen und der Natur dieser Revolution und des von ihr hervorgebrachten Regimes aus.

Umso erfreulicher ist, daß mit dem Buch von Stefan Brüne fast parallel zu einem eher umstrittenen Werk von H. Falkenstörfer zu Äthiopien jetzt ein längerer Text vorgelegt wurde, in dem das Bemühen, zu einem theoretischen Verständnis dieser Revolution zu gelangen, Vorrang vor Beschreibung, Bewertung und Ratschlägen gegeben wurde, die in Falkenstörfers Buch einen breiten Raum einnehmen.

Brüne, der Mitte der 70er Jahre für den DED in Äthiopien tätig war, verfügt aus erster Hand über Erfahrungen mit der äthiopischen Revolution und hat auch die Anfänge des Roten Terrors im Winter 1976/77 erlebt. Er unterrichtete 1982 als Dozent an der Universität von Addis Abeba. Dort hatte er dann Gelegenheit, die nicht-terroristischen Repressionsformen kennenzulernen, die inzwischen zumindest in Addis Abeba den offenen Terror abgelöst haben. Er setzt sich erfreulicherweise nicht nur akademisch-kritisch mit bisheriger Literatur und Positionen zur äthiopischen Revolution auseinander, sondern auch mit seiner eigenen anfänglichen Haltung zur äthiopischen Revolution. Selbstkritisch stellt er fest, neben den von der Bevölkerung weithin zustimmend aufgenommenen sozialreformistischen und -revolutionären Maßnahmen „*wertete ich die sozialistische Selbstdarstellung der neuen Regierung als weiteren Hinweis auf deren politische Absicht, die Überwindung des anachronistischen Feudalsystems mit einer möglichst eigenständigen Entwicklung verbinden zu wollen.*" *(S. I)*

Mit der zunehmenden Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen dem Derg und seinen Gegnern entwickelte sich für Brüne, und wohl nicht nur für ihn, eine zunehmende Verständnisschwierigkeit: „*Im weiteren Verlauf der Entwicklung geriet die ökonomische Reformpolitik des Derg ... zusehends in einen erklärungsbedürftigen Widerspruch zu wachsender staatlicher Repression und Willkür...*" Erst im Verlauf des Arbeits- und Lernprozesses, der mit der Erstellung dieser Arbeit verbunden war, kam er eigenem Bekunden zufolge zu dem Schluß, dieser Widerspruch sei überwiegend ein scheinbarer und primär durch seine eigene falsche und stark ethnozentrische Herangehensweise erzeugt gewesen:

„*Der scheinbare Widerspruch zwischen sozio-ökonomischem Fortschritt ... und repressiver Willkür ... blieb mir unerklärlich, solange ich das aus entwickelten bürgerlichen Gesellschaften bekannte Verhältnis von Politik und Ökonomie unvermittelt auf Äthiopien glaubte übertragen zu können. Immer wieder war ich versucht, die konkreten Politikformen als das zu deuten, was sie in Gesellschaften mit entwickeltem Kapitalverhältnis und kohärenter Klassenstruktur gewesen wären: politischer Ausdruck unterschiedlicher und z.T. antagonistischer ökonomischer und sozialer Interessen. Das irreführende Bemühen, von politischen Phänomenen wie staatlicher Willkür, wechselnden fraktionellen Allianzen oder der uneinheitlichen Durchführung von Reformmaßnahmen unvermittelt auf deren gesellschaftlichen Gehalt schließen zu wollen, ist als zentrale methodische Schwäche in unterschiedlicher Ausprägung auch zahlreichen Studien zur nachrevolutionären Entwicklung Äthiopiens gemein.*" *(S. If)*

Gegenüber „standpunktlogisch und damit letzlich moralisch" (S. 2) argumentierenden regimekritischen wie -freundlichen Arbeiten erhebt er in seiner Arbeit die Forderung nach

„*Analyse der ökonomischen Eingliederung Äthiopiens in den kapitalistischen Weltmarkt, der internen Wirtschaftsstruktur und der entsprechenden sozialen Gliederung*" *(S. 2)*

Erst diese würde erlauben, zu den „*Gründen für die innere Widersprüchlichkeit des Derg und seiner Politik*" (S. 2) vorzudringen.

Die Arbeit selbst gliedert sich in einen eher historischen I. Teil, in dem die Entwicklung von Staat und Gesellschaft des modernen Äthiopien vom Ausgang des 19. Jh. bis zum Beginn der äthiopischen Revolution unter besonderer Berücksichtigung der abhängigen Inkorporation Äthiopiens in den Weltmarkt und der daraus resultierenden inkohärenten Klassenstrukturen dargestellt und analysiert wird, und einen gegenwartsbezogenen II. Teil, der sich mit der äthiopischen Revolution selbst und dem Derg und der Natur des von ihm gegründeten Regimes befaßt.

Zentrales Resultat der Untersuchungen im I. Teil ist die Feststellung: „*Angesichts eines unentwickelten Kapitalverhältnisses und einer entsprechend inkohärenten Klassenstruktur fiel dem ‚Kleinbürgertum', und hier insbesondere dessen formal gebildeten Teilen, die politische Schlüsselrolle innerhalb einer anti-feudalen Bewegung zu, die mit Ausnahme des Feudaladels und der kleinen Kompradorenbourgeoisie alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten umfaßte.*" *(S. 72)* Darin unterscheidet sich nach Brüne die Entwicklung des abhängig-absolutistischen Äthiopien grundlegend von der des europäisch feudalen Absolutismus. Andererseits bedingte seiner Meinung nach, die bedauerlicherweise nicht weiter ausgeführt wird, der besondere Charakter des sogenannten äthiopischen Feudalismus und die eigenständige historische Stellung Äthiopiens in Nordostafrika, daß dieses Kleinbürgertum sich weitaus radikaler verhielt, als analoge Schichten afrikanischer Staaten, die aus europäischen Kolonien hervorgegangen waren.

Zu Recht weist Brüne jedoch darauf hin, daß als Ausdruck der politischen und sozialen Heterogenität dieses Kleinbürgertum eine ausgeprägte „organisatorische Inkohärenz" und „sozial-politische Heterogenität der oppositionellen Strömungen" vorlag und es praktisch keine strukturierten organisatorischen Beziehungen zwischen Stadt und Land gab.

Entsprechend diesem Resümee, das als Voraussetzung in den II. Teil eingeht, kommt er dort zu dem Schluß, die blutigen Auseinandersetzungen zwischen dem Derg und seinen Gegnern seien keineswegs als Ausdruck des Kampfes antagonistischer Klassen zu werten: „*Es handelt sich um klassenorientierte Auseinandersetzungen, in denen bewaffnete und zivile Fraktionen des ‚Kleinbürgertums' angesichts des machtpolitischen Vakuums einer historischen Null-Situation mit unterschiedlichen Bündnisstrategien um die Staatsmacht konkurrieren.*" *(S. 109)* Brüne charakterisier dieses Kleinbürgertum als eine Zwischenklasse, die nur bedingt mit den europäsischen Kleinbourgeoisien verglichen werden kann. Zum einen war sie in sich wesentlich heterogener als ihre europäischen Gegestücke, zum anderen nahm sie in der Realität des abhängig absoluti-

stischen Äthiopien eine ungleich bedeutsamere Rolle ein und verfügte im Gegensatz zu jenen über die reale Chance zur Eroberung der Staatsmacht. Jedoch *„hatte die Realisierung ihrer Aufstiegs- und Herrschaftsambitionen zwei wesentliche Voraussetzungen: die revolutionäre Entmachtung der regierenden Feudalklasse und die Ausweitung und Konsolidierung ihrer staatlich-bürokratischen Herrschaftsbasis. Diese Interessenlage erklärt beides, die antifeudale Radikalität der frühen Wirtschaftsreformen und die repressive Sorgfalt, mit der Derg sich machtpolitisch zu konsolidieren suchte." (S. 172)*

Der Derg als Repräsentant einer Fraktion dieses Kleinbürgertums, das nicht über eine eigenständige ökonomische Basis verfügt, sondern weithin an den Staat zur Verwirklichung seiner ökonomischen Interessen gebunden war, mußte daher aus seinen eigenen Überlebensinteressen „die diktatorische Konsolidierung zentralstaatlicher Herrschaft als Grundlage und deren bürokratische zentralstaatliche Ausweitung als Ziel" (S. 172) seiner Politik verfechten.

Der spezifische Charakter von Ökonomie und Politik im absolutistisch-abhängigen vorrevolutionären Äthiopien wurde durch die Verstaatlichung aller relevanten Produktionsmittel noch zugespitzt. Entgegen den Behauptungen des Regimes und seiner Apologeten hat es sich nicht um Kämpfe zwischen antagonistischen Klassen, sondern um Verteilungskämpfe und Aneignungskonflikte verschiedener Fraktionen dieses breiten Kleinbürgertumes gehandelt. Diese seien sich untereinander in vieler Hinsicht ähnlicher gewesen, als es das Regime und seine Gegner eingestehen wollen.

Brüne zieht insgesamt das Resümee, es habe in Äthiopien eine anti-feudale, gewiß aber keine sozialistische Revolution gegeben. An die Stelle der Herrschaft der Feudalklasse sei die Herrschaft einer aus der Kleinbourgeoisie rekrutierten Staatsbourgeoisie getreten, die über die Masse der bäuerlichen Bevölkerung eine neue brutale Klassenherrschaft ausübe und in der Tat die Außenabhängigkeit Äthiopiens auch in den neuen Bündniskonstellationen gesteigert habe. Angesichts dieser von ihm konstatierten Situation liegt für Brüne *„der ‚Sinn' der sozialistischen Selbstdarstellung des Derg vor allem in einer Immunisierungsfunktion gegen Kritik" (S. 173)* Den großen Linien der Analyse von Stefan Brüne kann hier nur zugestimmt werden.

Sollte seine Analyse zutreffen und nach Meinung des Rezensenten spricht vieles dafür, so folgt aus ihr notwendigerweise, daß ohne eine autozentrierte Entwicklung praktisch jede kleinbürgerliche Fraktion, die an die Macht gelangen würde, das selbe täte wie der Derg: blutige Unterdrückung der Konkurrenten aus der eigenen Klasse, Errichtung einer repressiven Klassenherrschaft über die Bauern, Zentralisierung der Macht. Der geringe Umfang des über den Staatsapparat anzueignenden und zu verteilenden Mehrproduktes unter den doppelten Schranken von interner Unterentwicklung und äußerer Abhängigkeit bedingte aus der Sicht des Derg bis heute notwendigerweise die Vertretung eines monopolistischen Machtanspruches. Jeder Kompromiß an andere politische Gruppen oder ethnisch-nationale Bewegungen hätten unmittelbar seine ökonomische Basis über eine verringerte Kontrolle über den Staatsapparat geschmälert.

Aus dieser Überlegung resultiert auch, daß die geschlagenen Gegner des Derg, wären sie an die Macht gelangt, wohl nur eine in Nuancen aber nicht in der Substanz unterschiedliche Politik betrieben hätten. Die Bürgerkriegsstrategie der EPRP und die Mitverantwortung der MEI'SON[1] am Krieg des Derg gegen die EPRP deuten klar in diese Richtung. Letztlich ergeben sich aus dieser Analyse auch einige interessante Hinweise auf sozialistische Regime in anderen Ländern der 3. Welt, die von kleinbürgerlich geführten Revolutionen installiert wurden. Handelt es sich bei ihnen auch, wenngleich nicht in so offen terroristischer Form wie lange Zeit in Äthiopien, um die mit sozialistischer Ideologie camouflierte Klassenherrschaft einer aus dem Kleinbürgertum aufgestiegenen Staatsbour-

geoisie vor allem über Bauern-, Handwerker- und Arbeiterschaft? Ist es vielleicht zulässig, in diesen Regimen eine pseudosozialistische Variante bonapartistischer Herrschaftssysteme zu sehen?

Gegenüber den positiven Aspekten des Buches sind allerdings auch eine Reihe von Schwachstellen kritisch anzuführen. Zu diesen gehört vorrangig die durchgängige Unterbewertung der Bedeutung des Eritrea-Konfliktes und der inneräthiopischen Nationalitätenkonflikte für die vor- wie nachrevolutionären Auseinandersetzungen in Äthiopien und Eritrea. Wie viele marxistisch orientierte Analysen blendet auch die von Brüne aus, daß in multiethnischen Kontexten mit nationaler Unterdrückung einzelner Gruppen in der Tat die sogenannte Nationalitätenkonflikte die vorrangige Form sind, in der sich Klassenkonflikte artikulieren. Wenn aus der Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel und der allgemeinen Unterentwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft resultiert, daß Verteidigungs- und Aneignungskonflikte unmittelbar als politische Konflikte auftreten müssen, ist auch einsichtig, daß jede Autonomielösung zu Lasten der ökonomischen Basis der die Zentralgewalt stellenden Kleinbourgeoisiefraktion geht.

Da der Derg daher nicht aus einem abstrakten amharischen Chauvinismus, der sich als äthiopischer verkleidet, sondern aus handfesten Klasseninteressen einen knochenharten, die amharische Dominanz fördernden Zentralismus betreibt, ist eine Abschwächung dieser repressiven Nationalitätenpolitik vermutlich solange nicht zu erwarten, wie nicht eine rasche wirtschaftliche Entwicklung dem Derg es ermöglichen würde, gleichzeitig Kompromisse in dieser Richtung anzubieten und seine polit-ökonomischen Überlebensinteressen zu befriedigen. In dieser Richtung weist das Buch erhebliche Defizite auf.

Ebenfalls zu kurz kommt in den Untersuchungen von Brüne das Gewicht der traditionellen politischen Kultur für das Handeln der Akteure. Zwar weist Brüne an einer Stelle daraufhin, daß Derg wie seine Gegner sich in ihren sozialpsychologischen Strukturen und ihren Handlungsmustern mehr ähneln als ihnen lieb ist, geht aber nicht näher darauf ein. Ich bin der Auffassung, daß diesem Faktor ebenso wie der Rolle von Einzelpersonen unter den fluiden Klassenverhältnissen und deformierten Modernisierungsprozessen Äthiopiens mehr Bedeutung zukam und -kommt als Brüne und andere Arbeiten berücksichtigen. Gerade über Jahrhunderte tradierte politische Verkehrsformen und tief in die jeweiligen Persönlichkeiten eingebettete sozialpsychologische Muster, die vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen entsprechen, verändern sich nur sehr langsam und gewiß nicht im Rahmen einer kaum mehr als zwei Generationen andauernden und sehr ungleichmäßigen und punktuellen Modernisierung des Landes.

Auch wenn es wünschenswert gewesen wäre, daß die genannten Faktoren besser berücksichtigt worden wären, stellt das Buch von Brüne eine Bereicherung der wenig umfangreichen Bibliothek neuerer und nützlicher Äthiopien-Literatur dar. Ein Teil seines Wertes liegt dabei auch in dem umfangreichen dokumentarischen Anhang, durch den eine Reihe äthiopischer Dokumente erstmals einer deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.[2]

Anmerkungen:
1. MEISON = Amharische Abk. f. „Gesamtäthiopische sozialistische Bewegung", zuerst Fraktion, dann Organisation
2. Eine etwas umfangreichere und kommentierte Bibliographie neuerer Literatur zu Äthiopien findet sich in „Neuere Entwicklungen in Äthiopien — Seminarbericht 1/84, Kübelstiftung, Mai 1985"

Günther Schröder



Träume vom Vulkan

Dieter Eich/ Willi Germand:: Vulkan der Träume. Verlag Klaus Dieter Verouert, Frankfurt 1986

Wer sich heute über Nicaragua informieren will, dem steht eine breite Palette an Literatur jeder Art zur Auswahl. Waren es in den ersten Jahren der nicaraguanischen Revolution in erster Linie Veröffentlichungen, die sich in ihren politischen Aussagen klar hinter die Sandinisten stellten, so tauchen in letzter Zeit (etwa ab 1984) vermehrt Publikationen auf, die von einer starken antisandinistischen Grundhaltung geprägt sind. Auf dem deutschen Büchermarkt war das zum Beispiel das 1985 im Piper Verlag verlegte propagandistische Machwerk des Staatsrechtlers Martin Kriele „Nicaragua — Das blutende Herz Lateinamerikas". Deutlich wird daran, daß der Krieg um Nicaragua nicht nur in Nicaragua geführt wird, sondern im Sinne des Krieges um die Köpfe der Menschen, propagandistisch gezielt auch auf internationaler Ebene.

Das hier vorzustellende Buch gehört weder zum ersten, noch zum zweiten Typ. Nach Angabe der Herausgeber, Dieter Eich und Willi Germund, war die wesentliche Arbeitsgrundlage für das Buch, daß der Krieg und die Contra-Verbrechen nicht die Kritikfähigkeit gegenüber der sandinistischen Revolution lähmen dürften. (S. 9) Was damit unter anderem gemeint ist macht gleich der erste Satz deutlich, wo gegen all jene gewettert wird, die „durch eurozentrische Naivität stimulierte Träume, Sehnsüchte und Utopien, die teilweise schon einen mystifizierenden Charakter trugen" auf Nicaragua projezierten. (S. 7)

Damit wird klargemacht, daß die Herausgeber natürlich so nicht an das Thema Nicaragua herangegangen sind. Die nicht anzuzweifelnde fachliche Qualifikation der Autoren und Autorinnen, 11 Deutsche, 1 Österreicher, 1 US-Amerikaner, 1 Schweizerin, 1 Guatemalteke und 1 Italienerin, — alle sind in ihren Arbeitsbereichen als Entwicklungshelfer/innen oder Journalisten/innen, Experten mit langjähriger Nicaragua- bzw. Mittelamerika-Erfahrung — ist wohl Garant für den Schutz vor Naivität. Eurozentriert sind sie jedoch (mit Ausnahme der beiden Amerikaner) alle, ob sie es wollen, bestreiten, oder auch nicht.

Es handelt sich also um einen Sammelband. In 15 Beiträgen von durchschnittlich 15 Seiten schreiben 16 Autoren/innen über Nicaragua und so unterschiedliche Themen wie die Wirtschaftslage, die Agrarreform, die Kirche, das Gesundheitswesen, ethnische Minderheiten, Ökologie, die Strategie der USA, die Contras, die Sozialistische Internationale in Mittelamerika, nationale Entwicklungspolitik, Frauen, Kultur, die Medien und Psychiatrie. Was dabei fehlt, dies gleich vorweg, ist jede Art von Verbindung der einzelnen Artikel zueinander. Die Auswahl der Artikel erscheint dabei genauso willkürlich wie die Reihenfolge. Irgendeine Begründung für diese Vorgehensweise findet sich nicht. So bleibt, als einziger Leitfaden der Ansatz der einzelnen Autoren, der, wie wir erfahren haben, weder durch Naivität, noch durch Eurozentrismus beeinflußt, wenns sein muß hart, aber solidarisch, mit dem nötigen, nachgewiesenen Sachverstand, aufzeigen soll, wie es nurn WIRKLICH ist in Nicaragua.

Zumindest war dieses der Leitfaden der beiden Herausgeber, die am Schluß ihres Vorwortes schreiben, daß die Aufsätze dazu beitragen wollen, „die kritische Auseinandersetzung mit der sandinistischen Revolution zu fördern und die Materiallage zu aktualisieren" (S. 11) Ich habe mir lange den Kopf darüber zerbrochen, ob man eine oder die Materiallage aktualisieren kann, aber das ist wahrscheinlich spitzfindig und nicht so wesentlich, denn das Buch ist redaktionell hervorragend bearbeitet worden, zumindest was Feh-

lerkorrektur, Übersichtlichkeit, Fotos und Aufmachung angeht.

Ich will also versuchen aufzuzeigen, wie man nun diesen beiden hochgesteckten Zielen, Förderung der Kritikfähigkeit und Aktualisierung des vorhandenen Materials nachgekommen ist.

Die politische Entwicklung Nicaraguas nach dem Sturz Somozas versucht Mitherausgeber Germund in dem ersten analytischen Beitrag nachzuzeichnen. Zunächst einmal setzt der Beitrag eine Menge an Wissen voraus. Trotz aller von Germund kritisierten Fehler schafften es die Sandinisten, so der Autor, ihre Massenbasis kontinuierlich auszubauen. Belegt wird dieses mit Mitgliedszahlen der Gewerkschaftsverbände oder anderer, den Sandinisten nahestehender Organisationen, sowie mit allgemeinen Hinweisen auf die Parteistrukturen (19). Die interessante Frage, wie denn die Sandinisten es geschafft haben, ihre Massenbasis zu erweitern — eine Behauptung, die im übrigen anzweifelbar ist — scheint Germund nicht gekommen zu sein. Jedenfalls wird darüber nichts geschrieben. Es wird subtil das Schreckgespenst eine Sowjetisierung Nicaraguas beschworen: „Der Generalstab der Sandinisten wird von Ausländern beraten" (S. 24). Militärische Programme gegen die Contra erinnern Germund an die Aktionen der Sowjets in Afghanistan oder Äthiopien. Das alles gipfelt dann in der Behauptung: „Dem Fisch Contra wird das Wasser entzogen" (S. 24). Die damit vollzogene Gleichsetzung der Contras mit aktuellen oder historischen Guerillabewegungen in Lateinamerika, die eine breite Unterstützung der Bevölkerung erfuhren, ist so zusammenhangslos und unbegründet schlicht eine Frechheit. Dem Anspruch, die Materiallage aktualisieren zu wollen, wird der Beitrag Germunds nicht gerecht, denn er enthält nichts, was man bei Interesse und Spanischkenntnissen nicht woanders hätte nachlesen können (Fakten, Entwicklungen).

Der zweite Beitrag beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der aktuellen wirtschaftlichen Situation des Landes und ist vom zweiten Herausgeber, Dieter Eich, geschrieben. Die Materie ist schwierig und dadurch zum Teil auch dieser Text. Es werden viele Zahlen präsentiert, nicht alle sind durch seriöse Quellen belegt, man muß sie glauben. Die „Terms of Trade" hat man zu kennen, erklärt wird jedenfalls nirgendwo, was sich dahinter verbirgt. Dies gilt im übrigen für eine ganze Reihe von Fachbegriffen und Abkürzungen, die das Buch enthält. Es gibt leider nur ein sehr unvollständiges Abkürzungsverzeichnis am Ende. Auch Dieter Eich konnte sich ein paar Seitenhiebe in Richtung Sowjetunion nicht verkneifen, der grundsätzlich ein taktisches Kalkül in den Beziehungen zu Nicaragua unterstellt wird. Das wird wahrscheinlich sogar stimmen, den Nicaraguanern in der jetzigen Situation allerdings ziemlich gleichgültig sein. Interessanter und inhaltsreicher hätte Dieter Eich sicher etwas zum Hintergrund der Tatsache schreiben können, daß Nicaragua mittlerweile so stark auf die Wirtschaftshilfe und Militärhilfe aus der Sowjetunion angewiesen ist. Als langjähriger Chef der Entwicklungshelfer/innen des Deutschen Entwicklungsdienstes in Nicaragua konnte er schließlich hautnah miterleben, wie die Hilfe aus der BRD zunehmend eingeschränkt wurde. Dazu gibt es leider nur ein paar Randbemerkungen. Neue Erkenntnisse, neue Zahlen enthält auch dieser Beitrag nicht. Allerdings ist es eine Fleißarbeit, es ist viel Material aufgearbeitet und zum Teil sicher erstmals deutschsprachigen Lesern zugänglich gemacht worden.



Die Söhne Marx grüßen die Söhne Sandinos — Internationalisten bei Revolutionsfeierlichkeiten

Was die Qualität und den hohen Lesewert des Buches ausmacht, zeigt der Beitrag von Ralf Leonhardt und Hanns Martin Kröll über die Agrarreform. Er ist verständlich und mit vielen Beispielen aus der Praxis anschaulich geschrieben. Wohltuend ist auch die Differenziertheit der Darstellung, die auf polemische Seitenhiebe verzichtet und nüchtern Erfolge und Mißerfolge benennt, die die Hintergründe erläutert und — Gottseidank — dem Leser das Denken oder Schlußfolgern überläßt.

Ziemlich abrupt und ohne Vermittlung geht es dann mit einem Beitrag von César Jerez über „Kirche und Revolution" weiter. Dabei handelt es sich um eine sehr lesenswerte und kenntnisreiche Darstellung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Kirche Nicaraguas, aber auch der FSLN. Wenn Jerez schreibt: „Eine wirklich unvoreingenommene Beschreibung des heutigen Nicaragua zu versuchen ist unmöglich" (S. 79), so ist dem voll und ganz zuzustimmen. Jerez vertritt eine Position der grundsätzlichen Solidarität mit der nicaraguanischen Revolution, die nie besserwisserisch klingt. Leider ist der, auch aus theologisch-theoretischer Perspektive, höchst bemerkenswerte Beitrag sehr holperig übersetzt. Von wem erfährt der Leser nicht.

Ebenfalls mit einem ungeheuren Hintergrundwissen, detailliert und kenntnisreich beschreibt Rolf Syring Aufbau und Struktur des Gesundheitswesens. Was m.E. diesen Artikel besonders interessant macht ist, daß Syring die Schwierigkeiten und Widersprüche im Gesundheitswesen im Kontext von Schwierigkeiten und Widersprüchen von Befreiungsbewegungen an der Macht betrachtet. Ursachen und Verlauf des Konfliktes zwischen den Sandinisten und den ethnischen Minderheiten der Atlantikküste beschreiben in einem guten Überblick Michael Rediske und Robin Schneider. Allerdings enthält der Beitrag nichts wesentliches, was die beiden Autoren nicht auch schon an anderer Stelle publiziert hätten. Rediske/Schneider setzen sicht für ein multitechnisches Nicaragua ein ohne einseitig Schuldzuweisungen an die Sandinisten oder die Miskito-Führung auszusprechen.

Auch für Nicht-Ökologen ist es im anschließenden Beitrag Peter Schwiebert gelungen, auf wenigen Seiten zusammenfassend Nicaraguas ökologische Probleme darzustellen. Dabei zieht er eine überwiegend positive Bilanz der Bemühungen der politischen Führung zu einm Umdenken ohne auf Kritik an den Unzulänglichkeiten vieler Kader zu verzichten. Sein Fazit: Die Probleme sind groß, die Sandinisten geben sich viel Mühe sie zu lösen — „nach nicaraguanischem Konzept, mit europäischem Wissen" (S. 127.).

Bei dem darauffolgenden Beitrag von Michael T. Klare zur Vietnamisierung Zentralamerikas, wie er es nennt, handelt es sich offensichtlich nicht um einen Originalbeitrag für das Buch. Es weist einiges darauf hin, daß der Beitrag schon 1984/85 abgeschlossen wurde. Hier hätten die Herausgeber die Originalquelle benennen sollen/müssen. Diese formale Kritik än-

dert natürlich nichts an der Qualität des Artikel, der für sich gesehen sehr lesenswert ist, auch wenn er keine neuen Aspekte aufzeigt und der direkte Nicaragua-Bezug fehlt. Wahrscheinlich werden sich die Herausgeber etwas dabei gedacht haben, den Beitrag zu übersetzen und an dieser Stelle abzudrucken. Nachvollziehbar ist dies leider nicht.

„Vom versprengten Haufen zur militärschen Bedrohung" - unter dieser Überschrift beschäftigt sich Dieter Eich mit der Contra. In den Grundzügen handelt es sich dabei um die Kurzfassung seines 1984 im Konkret Verlag erschienenen Buches zum gleichen Thema. Provozierend der Satz: „Es hängt vom Verhandlungswillen der USA **und** Nicaraguas ab (Hervorhebung des Kritikers) ob sich neue Perspektiven einer friedlichen Lösung ergeben" (S. 153). Eich plädiert für ein stärkeres europäisches Engagement. Wie das konkret aussehen könnte, erfährt der/die interessierte Leser/in leider nicht. Hier schimmert die Vision Eich's vom sozialdemokratischen ‚Dritten Weg' durch. Damit leitet sich der Artikel gut über zu einem Beitrag von Karl-Ludolf Hübener, der sich mit dem „Dilemma der Sozialistischen Internationale in Mittelamerika" auseinandersetzt. Hübner besitzt ohne Zweifel ein großes Hintergrund- und Insiderwissen aus seiner Zeit als Chefredakteur der Zeitschrift ‚Nueva Sociedad', dem zentralen Organ der Sozialistischen Internationale in und für Lateinamerika. Dieses große Wissen verleitete ihn vielleich zu einigen etwas weitschweifigen Auslassungen über die ‚Acción Demócrata', die sozialdemokratische Partei Venezuelas (In Caracás erscheint die Zeitschrift Nueva Sociedad). Angesichts der wenigen erreichbaren Materialien über die Sozialistische Internationale in Lateinamerika ist es ansonsten ein uneingeschränkt lesenswerter Beitrag mit Informationen über Mitgliedsstruktur und Programmatik der SI als Gesamtorganisation, sowie der einzelnen lateinamerikanischen Mitgliedsparteien. Auf der Grundlage dieser Informationen wird eine Einschätzung der Politik der SI gegenüber Nicaragua ermöglicht und wird auch klar, warum die SI ein so wichtiger Bündnispartner der Sandinisten war und ist, die SI aber auch nur sehr begrenzt zu einer Friedensregelung in Mittelamerika beitragen kann.

Einer der Internationalisten der ‚ersten Stunde', Wolfgang Meier, ist Autor eines Beitrages über die Entwicklungspolitik der Sandinisten am Rio San Juan, im Süden des Landes. Beim Lesen des Beitrages wurde ich nicht den Eindruck los, daß Meier hier u.a. seine Privatfehde mit dem Landwirtschaftsministerium, zumindest mit einer bestimmten politischen Denkrichtung innerhalb des Ministeriums, austrägt. Der Beitrag Meiers zeigt m.E. einen fundamentalen Denkfehler vieler Nicaragua-Kritiker: Objektiv stimmt es wahrscheinlich, daß, wie Meier schreibt, am Anfang eines Projekts in Nicaragua zuerst „immer ein Büro mit einem Chef, einer Sekretärin, einem Buchhalter, einer Schreibmaschine und ähnlichen Utensilien" steht (S. 1972). In der Kritik solcher Fehlentwicklungen kann ich nur wenig solidarisches erkennen, denn Solidarität heißt für mich auch ‚verstehen wollen' und Erklärungen suchen. Warum gibt es denn in Nicaragua bürokratische Fehlentwicklungen? Warum glaubt man dort europäische, sich bei uns als Irrwege erweisende Entwicklungswege (Großtechnologie), gehen zu müssen? Es stimmt sicherlich auch die Feststellung Meiers, daß ausgebildete Fachleute an allen Ecken und Enden fehlen.

Doch was ist richtige Politik? Wer kann es sich anmaßen, zu bewerten, was in dem komplizierten Koordinatensystem von Einflußfaktoren in Nicaragua richtige oder falsche Politik ist? Wolfgang Meier hat zwar eine gewisse Legitimation für seine Kritik, denn er hat schon an der Südfront gegen Somoza mitgekämpft, doch zeugt ein Satz wie „Die angeführten Fehler sind das Ergebnis einer falschen Politik..." (S. 172) von einer gewissen Arroganz — oder ist es Resignation?

Widersprüchlich ist der Schluß in Meiers Beitrag, wo er schreibt, daß man für den Transport Maschinen und Geräte aus dem Ausland brauche. Nur wenige Sätze vorher war zu lesen, daß mit Maschinen aus dem Ausland nicht sorgfältig umgegangen wird und diese oft nach kurzer Zeit verrotten und verrosten. Hier wären ein paar erklärende Sätze, warum Spenden für technisches Gerät trotzdem notwendig sind, sicherlich angebracht gewesen.

Gabriela Battaglia, Redakteurin der Presseagentur APIA, blieb es vorbehalten, den ‚Legitimationsartikel' über Frauen zu schreiben. Der Beitrag faßt gut zusammen, was sich seit 1979 für die Frauen Nicaraguas verändert hat und welche neuen Strukturen zur Organisierung der Frauen geschaffen wurden. Gerade darüber — dies soll nicht die Qualität des Beitrages schmälern — gibt es allerdings im deutschsprachigen Raum mittlerweile eine Fülle an Material (Monographien, Sammelbandbeiträge, Zeitschriftenaufsätze): Hier wäre ein auf ein spezifisches Problem zugeschnittener Artikel sicherlich interessanter gewesen, wenn man denn nun den Anspruch hat, vorhandenes Material zu aktualisieren.

Genau diesen letzen Kritikpunkt kann man auf den Beitrag von Helmut Scheben „Mais Kultur und Weizenblockade" wiederum überhaupt nicht anwenden. Kultur im Befreiungskampf, Machismo-Kultur, Coca-Cola-Kultur als Erbe sind u.a. Themen, die von Scheben gut recherchiert bearbeitet wurden. „Reichtum und Wohlstand der Völker brachten hohe kulturelle Leistungen hervor, so lernten wir in der Schule. In Nicaragua schein es umgekehrt. Armut und wirtschaftliche Knebelung von außen bringen eine eigene kulturelle Dynamik hervor." So lautet das Fazit Schebens in seinem Beitrag, der, es mag vielleicht abgedroschen klingen, für mich für sich schon die Anschaffung des Buches lohnt.

Mit den Massenmedien in Nicaragua beschäftigt sich Thomas Nachtigall. Dabei werden die Entstehungsgeschichte der drei großen Tageszeitungen, **La Prensa** (bis 1986), **El Nuevo Diaria** und **Barricada** und deren Charakteristika, nachvollziehbar dargestellt. Es steht Wissenswertes in dem Beitrag, wie beispielsweise, daß wissenschaftliche Untersuchungen belegen, daß es große Parallelen zwischen der Arbeitsweise der **„La Prensa** und der des **Mercurio** in Chile (der zum Sturz Allendes beitrug) gibt. Die Barricada wird dagegen, laut Nachtigall, von einer sehr jungen Redaktion weitgehend nach den Maßstäben eines leninistischen Presseverständnisses gemacht, Nachtigall — sprich Sowjet-Unterwühltaktik — ick hör dir trapsen. Doch im Ernst, was soll so eine Aussage, die nicht näher erläutert wird, bewirken?

Das Buch endet mit einem sehr informativen und interessanten Artikel über „Psychiatrie aus eigener Kraft" von Franca Piccini. Hier wird der Anspruch zur Aktualisierung beitragen zu wollen, eingelöst, denn das Thema ist hierzulande kaum bearbeitet worden. Warum nun gerade dieser Artikel mit diesem Thema das Buch abschließt, wird wohl das Geheimnis der Herausgeber bleiben, deren Grundrezept bei der Konzipierung des Sammelbandes in etwa so ausgesehen haben muß: Man nehme ein gutes Dutzend Fachmänner und — es macht sich besser — 2 Fachfrauen und läßt diese dann über ihr jeweiliges Fachgebiet schreiben. Nun schreibt man ein paar Beiträge selbst, nicht ohne den verschiedenen Autoren ein wenig die Linie vorgegeben zu haben, die da lautete: seit streng aber gerecht und solidarisch zu den Sandinisten. Nun wartet man, bis die einzelnen Artikel ankommen, redigiert und stellt die Artikel dann in der Reihenfolge des Posteingangsstempels zusammen. So, oder zumindest so ähnlich, muß es gewesen sein.

Trotz aller Kritik ist es ein Buch, das ich unbedingt empfehlen kann, da die Mehrzahl der Artikel für sich gesehen eine Fülle von Hintergrundinformationen enthalten, die so komprimiert zusammengetragen, sonst nirgendwo zu finden sind. Daß einige Artikel weiterführende Literatur angeben oder Fußnoten haben, andere wiederum völlig ohne jede Quellenangabe auskommen, fällt dabei kaum ins Gewicht. Was wirklich ärgerlich ist, ist der Preis von 29,80 DM, der einer wünschenswerten Verbreitung sicherlich nicht dienlich sein wird.

Zum Schluß noch eins: Es hätte hier und da dem Buch gut getan, wenn man etwas leiser aufgetreten wäre und die Ansprüche ein wenig tiefer gehängt hätte. Der Klappentext verspricht etwas, „auf alle Aspekte der Entwicklung in Nicaragua seit 1979 eingehen zu wollen", was das Buch nicht leistet, was es nicht leisten kann.

Manfred Ernst

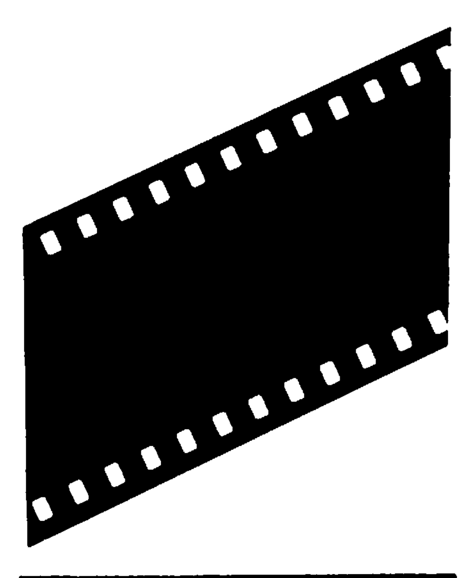
Wer nichts hat, kann noch von allem träumen

„Wir haben ihnen nichts getan, aber sie kamen mit ihren Flugzeugen und bombardierten uns. ... Keinen wollten sie schonen. Sie wollten das sahraunische Volk wegwischen." Mit diesem bitteren Satz von Sheik Abdelkader, Bürgermeister eines der vier Flüchtlingslager im äußersten Südwesten der algerischen Sahara, beginnt dieser Film über das Lagerleben der Sahrauis. Bilder aus dem Befreiungskrieg, den die Sahrauis gegen die marokkanische Besetzung ihrer Heimat führen, sind Anfang und Rahmen dieses Films — wie des Lebens, das die etwa 160.000 Menschen seit zehn Jahren in der Wüste führen und um das es dann eigentlich geht. Die Männer, die Soldaten fahren nach einigen Minuten quasi „aus dem Film heraus" — wie sie aus den Lagern fahren; und die Kamera lenkt die Aufmerksamkeit der Zuschauer auf die Zurückbleibenden, auf die Frauen, die Kinder, die Alten.

Aischa, Leiterin der Mutter-Kind-Station zur Gesundheitsvorsorge, führt nun die Zuschauer durch das Lager Dakhla, das so heißt wie die alte Heimatstadt der Flüchtlinge jenseits der Wüstengrenze. Sie führt sie durch die handwerklichen Werkstätten der Frauen, die Zelte, in denen erwachsene Frauen lesen und schreiben lernen, zeigt und erläutert das voll ausgebaute Schulsystem für die Kinder, in dem jeder Bleistift ein wertvoller Bestandteil ist, weil er von weit her kommt und schwer zu beschaffen ist. Aischa erklärt die Schwierigkeiten, in diesem fast unbelebten Teil der Sahara, der Hammada heißt und der alten Heimat am nächsten liegt, überhaupt zu überleben. Unvermeidlich, so wird deutlich, daß ständig Nahrungsmittelhilfe von außen beschafft werden muß; eine Ernährungsgrundlage gibt diese Gegend eben nicht her. Und dennoch — da schwenkt die Kamera von den Säcken mit Lebensmittellieferungen zu den Gärten — gibt es Bemühungen um eine eigene Versorgung mit Gemüse wenigstens für die, die es am nötigsten brauchen. Erfolgreiche Bemühungen.

Aischa erzählt die Geschichte der Lager: „Als wir hier ankamen, begannen wir mit der Organisation des Flüchtlingsalltags. Wie ihr hier seht, gibt es in diesem Lager nur Frauen, Kinder und Alte. Unsere Männer tragen allesamt Waffen und verteidigen das Vaterland in der besetzten Heimat. Das Leben und die Organisation in diesem Lager stützt sich hauptsächlich auf die Arbeit der Frauen."

Deutlich wird, wie sehr sich das seßhafte Leben in den Lagern von der einst nomadischen Existenz der Sahrauis unterscheidet — ihre Herden konnten sie ja nicht mit auf die Flucht nehmen —, wie sie andererseits aber auch traditionelle Elemente ihrer Gesellschaft mit den modernen Erfordernissen verbinden.



Das bedeutet Rückgriff auf die Erfahrungen der Vorväter und -mütter und zugleich Überwindung der Werte, die die spanische Kolonisation in diesem Teil Afrikas hinterlassen hat. Für die Frauen, so erklärt Aischa, heißt das Rückeroberung ihrer alten, verantwortlichen Positionen in der Gesellschaft, von der sie unter den Spaniern vertrieben worden waren. Das gibt zugleich einen Ausblick auf die künftige Gesellschaft der Sahrauis, die einst in der alten Heimat lebendig werden soll.

Auf diesen Tag haben die Exil-Sahrauis schon länger gewartet, als sie selbst vor zehn Jahren angenommen haben. Verzweifelt sind sie dennoch nicht: Was sie für sich nicht mehr erreichen und erkämpfen, werden die Kinder schaffen — diese sichere Überzeugung ist vielleicht der stärkste Eindruck, den der Film hinterläßt.

Der Film ist jetzt im Rahmen einer Kampagne für die Sahrauis in Zusammenarbeit mit Medico international und terre des hommes in der BRD angelaufen.

16 mm Farbe
Magnetton
34 Minuten
Bundesrepublik Deutschland 1986
auch als VHS-Kassette ausleihbar bei:

CON-Filmverleih,
Westerdeich 38, 2800 Bremen
Tel. 04 21 / 54 00 12/13

BRIEFE AUS WIWILI

Wiwili, eine Kleinstadt mit 7000 Einwohnern, liegt im Norden von Nicaragua am Rio Coco, 20 km von der Grenze zu Hoduras entfernt.Auf der anderen Seite der Grenze befinden sich die Lager der Contras, die von dort aus immer wieder in das Land einfallen, um die Siedlungen und Straßen anzugreifen. 1980 - ein Jahr nach dem Triumph der Revolution - ging der Arzt Tonio Pflaum als Entwicklungshelfer des DED nach Wiwili, um dort beim Aufbau eines Krankenhauses zu helfen. 1983 wurden er und weitere 10 Passagiere eines Kleinbusses bei Zompopera auf der Straße nach Jinotega von der Contra ermordet. Auf Druck der Solidaritätsbewegung hin beschloss 1984 der Gemeinderat der Stadt Freiburg im Rahmen einer Städtefreundschaft, zusammen mit der Kommission der EG den dringend notwendigen Bau einer Trinkwasserversorgung für Wiwili zu finanzieren. Im März 1985 gingen Berndt Koberstein und Reinold Seidelmann nach Wiwili, um den Bau der Wasserleitung anzuleiten. Am 29. Juli 1986 wurden Berndt und vier seiner Begleiter fast an der gleichen Stelle wie Tonio von der Contra ermordet.

Eigentlich hätte der Film zusammen mit Berndt gedreht werden sollen, jetzt sind die „Briefe aus Wiwili" sein Vermächtnis geworden. Zitate aus Berndts und Tonios Briefen sind der einzige Kommmentar des Films. Dazu Bilder vom Alltag in Wiwili von der jetzigen „Trinkwasserversorgung": lehmgelbes Flußwasser aus dem Rio Coco, von Kindern mit Maultieren ins Dorf geschafft, und von der Arbeit an der neuen Wasserleitung. Neben Hacke und Schaufel liegt immer das Gewehr.

Man sieht die Gesundheitsversorgung mit bescheidenen Mitteln, im Krankenhaus, wo Tonio gearbeitet hat. Der Contra-Überfall auf Berndt und seine Companeros wird von einem Überlebenden beschrieben. Ein alter Mann aus Wiwili erzählt, wie er in seiner Jugend in Sandinos Befreiungsarmee mitgekämpft hat, wie 1934 nach Sandinos Ermordung die Nationalgarde dessen Musterkooperative in Wiwili dem Erdboden gleichmachte und ihre Mitglieder tötete, um mit dem Revolutionär auch dessen Ideale auszulöschen.

Video-Film, u-matic, 45 min, 1987. Produktion, Verleih und Vertrieb Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 78 Freiburg, Tel.: 07 61/70 97 57.

Weitere Videofilme über Nicaragua im Verleih der Medienwerkstatt: Pantasma „Den Mais säen, die Angst abschütteln", über den Aufbau von Kooperativen im Pantasma-Tal, Video von Beate Neuhaus, 52 min, 1986, u-matic.

Cada Dia Historia - Frauen, Mütter in Nicaragua; von Gabrielle Baur und Kristina Konrad, Schweiz 1986, 3/4 Zoll, 89 min.

Informationen für Ausländer

Für die große Zahl der Ausländer in der BRD bedeutet die Volkszählung eine ganz erhebliche Gefährdung, die offensichtlich sogar gewollt ist. Die Mehrzahl der Initiativen will aus verschiedenen Gründen Ausländern nicht zum Boykott raten, weil nicht sicher ausgeschlossen werden kann, daß ihnen daraus aufenthaltsrechtliche Konsequenzen erwachsen. Wichtiger ist es jedoch, bereits im Vorfeld auf Gefahren der Volkszählung hinzuweisen. Dazu soll dieser Artikel dienen.

Ausländer stehen in der BRD unter einem repressiven Sonderrecht, wonach ihnen sogar aus Gründen des "Gemeinwohls" eine politische Betätigung verboten werden kann. Der Aufenthalt und die Arbeitsaufnahme müssen jeweils genehmigt werden, viele müssen sogar jedes Jahr eine neue Aufenthaltserlaubnis beantragen. Spezielle Gesetze gibt es noch für Asylbewerber und -berechtigte.

Die Behörden wissen über Ausländer erheblich mehr als über jeden anderen Bürger. In Köln wird eine gigantische Datei, das Ausländerzentralregister (AZR), über sie geführt. Weitere Informationen bekommen die Ausländerämter von

- den Arbeitsämtern
- den Arbeitsschutzbehörden
- den Krankenkassen

Deshalb ist eine Kontrolle der bei der Volkszählung erhobenen Daten für diesen Personenkreis erheblich einfacher als bei Deutschen.

Bei der Volkszählung sind alle in der BRD lebenden Ausländer voll auskunftspflichtig. Beschäftigte der Ausländerbehörde können als Zähler verpflichtet werden, obwohl es im Einzelfall erheblich schlimmer ist, daß jemand wegen anläßlich der Zählung ermittelter Erkenntnisse sein Aufenthaltsrecht verliert, als daß jemand anderes von einem Polizisten, der ja nicht zählen darf, bei einer geringfügigen Straftat erwischt wird und sich eine Geldstrafe einfängt. Bereits hier wird deutlich, wie wenig die Interessen der Ausländer bei der Volkszählung wiegen.

Die Gefahren, die für einzelne Ausländer bei der Volkszählung relevant werden können, sind je nach ihrem Status unterschielich. Es wird im folgenden unterschieden in legal bzw. illegal in der BRD lebende Ausländer und in Asylbewerber bzw. Asylberechtigte. Legal heißt, die Ausländer, die im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung sind. Wenn sie diese nach deren Ablauf verlängern lassen wollen, könnte ihnen im Einzelfall aus dem Boykott der Volkszählung ein Strick gedreht werden. Auch wenn das vollkommen unangemessen und kaum haltbar wäre, ist eine Gefährdung nicht auszuschließen und kann der Aufruf zum Boykott nicht verantwortet werden. Zudem besteht das Risiko, daß die Verweigerung Einfluß auf die Ermessensbetätigung der Beamten hat, ohne daß sie das laut sagen. Ob Ausländer, etwa EG-Angehörige oder solche mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis, sich ihres Aufenthaltsrechts so sicher sind, daß sie den Boykott riskieren könnten, sollten sie selbst entscheiden.

Bei der Volkszählung könnten über eine Deanonymisierung der Daten oder durch den Zähler viele Erkenntnisse über legal in der BRD lebende Ausländer gewonnen werden, die dazu führen, daß die nächste Aufenthaltserlaubnis nicht mehr erteilt wird. So muß oft bei einem neuen Antrag wieder der Nachweis ausreichenden Wohnraums geführt werden. Viele Ausländerfamilien, die in unzumutbaren Verhältnissen leben müssen, behelfen sich hier mit falschen Angaben. Bei der Volkszählung kann das herauskommen. Ähnliche Probleme gibt es für diejenigen, die ihr Aufenthaltsrecht aus der Ehe mit einem deutschen Staatsangehörigen haben. Dies zieht nur, solange die Verheirateten noch zusammenleben, selbst wenn sie nicht geschieden sind. Die Behörden unterstellen bei Getrenntleben gerne "Scheinehen" und verlängern die Aufenthaltserlaubnis nicht mehr. Auch der Ermittlung solcher Aufenthaltsbeendigungsgründe dient die Volkszählung. Was weiter herauskommen kann, sind Verstöße gegen das Steuerrecht, gegen Vorschriften des

TOT

Aufenthaltsrechts oder gegen das Arbeitsverbot, die für die Betreffenden Konsequenzen haben können. Schließlich ist noch das weite Feld der illegalen Beschäftigung von Ausländern in Leiharbeitsfirmen zu nennen. Wird hier etwas aufgedeckt, hat es für die Ausländer den Verlust der Existenzgrundlage zur Folge. Wer aber dann zum Sozialamt gehen muß, kann ausgewiesen werden, weil er für seinen Lebensunterhalt nicht mehr selbst aufkommen kann.

Alle diese Sachen müssen nicht unbedingt durch die Zähler oder durch eine illegale Auswertung der Daten herauskommen. Möglich ist auch, daß allein wegen Sprachschwierigkeiten unzutreffende Angaben gemacht werden, aus denen den Ausländern später Konsequenzen erwachsen. Was man den legal in der BRD lebenden Ausländern also empfehlen muß, ist:

- Nur die Angaben machen, die sie bisher gegenüber den Behörden gemacht haben; sich bloß nicht in Widersprüche verwickeln
- bei Verständnisproblemen mit den Bögen bei der Erhebungsstelle oder bei den Ausländerinis nachfragen.

ALER

Für Asylbewerber muß beachtet werden, daß ihr Antrag aussichtslos wird, wenn Hinweise auf anderweitigen Schutz bestehen. Dies könnte bereits unterstellt werden, wenn sie einen Wohnsitz in einem Drittland, also nicht in dem Verfolgerstaat oder in der BRD angeben. Solche Wohnsitze sind nicht selten, weil Asylbewerber oft erst nach einer langen Reise mit monatelangen Aufenthalten in Drittländern in die BRD kommen. Weiter ist es Asylbewerbern verboten, eine Arbeit aufzunehmen oder den ihnen zugewiesenen Stadtkreis zu verlassen. Diese Sachen müssen bei der Volkszählung also unbedingt verborgen bleiben, nur legal beschäftigte Asylbewerber dürfen bei der Arbeitsstättenzählung angegeben werden.

Asylbewerber, die größere Gruppe unter den Flüchtlingen, müssen zusätzlich die Punkte beachten, die auch für Asylberechtigte relevant sind. Letztere genießen keinesfalls ein sicheres Aufenthaltsrecht, es gibt gesetzliche Möglichkeiten, ihnen die Anerkennung wieder wegzunehmen. Ein solcher ist die sogenannte Schutzunterstellung, wenn irgendwelche Hinweise vorliegen, daß der anerkannte politisch Verfolgte nun keine Angst mehr vor dem Verfolgerstaat hat. Weil das tatsächlich kaum einmal der Fall ist, schließen die Behörden eine Schutzunterstellung bereits aus dem Vorzeigen des Passes des Verfolgerstaates, etwa anläßlich einer Polizeikontrolle. Also gilt für Asylberechtigte wie -bewerber:

FAS

- Es reicht, sich nur mit dem Flüchtlingsausweis auszuweisen (keine nach der Anerkennung ausgestellten Papiere des Verfolgerstaates vorzeigen)
- Die Angabe von Wohnsitzen im Verfolgerstaat kann gefährlich sein
- Hinweise auf den Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit (etwa durch Heirat eines Staatsangehörigen eines Drittlandes) können zur Ausweisung führen.

Die größten Gefahren macht die Volkszählung den sich ohne Aufenthaltserlaubnis in der BRD aufhaltenden Ausländern, den sogenannten Illegalen, die oft gute Chancen haben, sich vor den Verfolgungsorganen über Monate und Jahre hinweg verborgen zu halten. Sie sind selbstverständlich polizeilich nirgends gemeldet. Die Zähler haben Melderegisterauszüge, und wenn sie in ihrem Bezirk durch mündliche Angaben von Nachbarn oder durch Klingelschilder einen ausländischen Namen feststellen, der nicht auf der Liste ist, kommt der betreffende Ausländer in Teufels Küche. Vor der Durchsuchung der gesamten BRD nach illegalen Ausländern, die wohl ein von vornherein geplanter Zweck der Volkszählung war, sollten sich die Betroffenen schützen. Gefahrenquellen sind:

- Mündliche Angaben von Ausländern gegenüber den Zählern über andere Ausländer
- Klingelschilder und andere Hinweise auf illegal in der BRD lebende Ausländer
- Mitbewohner, die über ihre ausländischen Mitbewohner Auskunft geben

Hier können die Gefahren aber nicht nur durch mündliche Angaben gegenüber oder Beobachtungen der Zähler entstehen. Auch später noch lassen sich illegal in der BRD lebende Ausländer, soweit sie bei der Zählung erfaßt, aber nicht denunziert wurden, anhand der Volkszählungsdaten durch die Blockseitenstatistiken ermitteln. Wenn nach dem Melderegister in einer Blockseite 100 Deutsche und 30 Ausländer wohnen, bei der Volkszählung aber 102 Deutsche und 40 Ausländer erfaßt werden, ist klar, was passiert. Es wird kaum die Polizei losgejagt, um die beiden Deutschen zu finden, die sich nicht angemeldet haben. Sicher aber werden durch die Polizei die 10 Illegalen gesucht, auf deren Aufenthaltsort sie schon sehr konkrete Hinweise hat.

SUNG

Bei den bislang dargelegten Gefährdungen kann man nicht wissen, ob sie sich im Einzelfall realisieren werden. Im folgenden wären noch einige Punkte anzusprechen, die in dem gegenwärtigen ausländerfeindlichen Klima mit Sicherheit zu Nachteilen für die Ausländer führen werden. Es ist dies einfach die Argumentation, die interessierte Politiker aus den Ergebnissen der Volkszählung ziehen können.

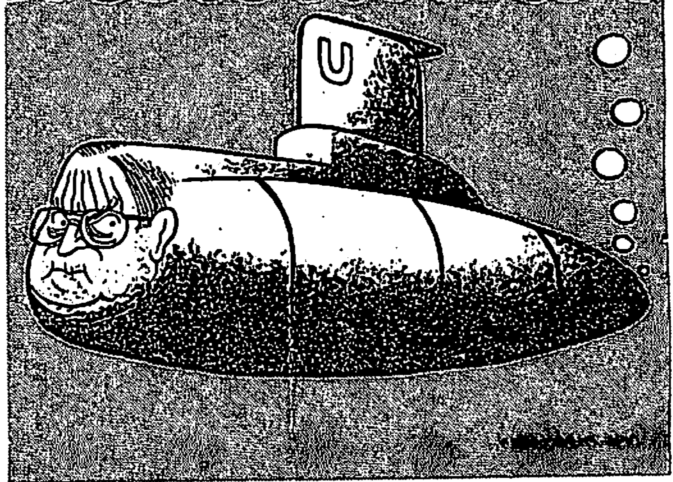
Sie werden die Zahl der aufgespürten illegalen Ausländer und daraus abgeleitete Dunkelfeldschätzungen anführen, um noch mehr Eingriffs- und Kontrollbefugnisse für die Ausländerbehörden zu fordern. Sie werden die Zahl derer nennen, die nur wegen der Heirat mit einem deutschen Staatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis haben, aber nicht mehr mit diesem Ehepartner zusammenleben und dann alle solche Ehen als "Scheinehen" abqualifizieren. Sie werden weiter die Zahl der im Einzelfall erwischten oder für die Gesamtheit errechneten Ausländer in illegalen Beschäftigungsverhältnissen nennen und vergessen, daß Deutsche diese Leiharbeitsfirmen organisieren. Stattdessen werden sie weiter die Angst schüren, daß die Ausländer den Deutschen die Arbeit wegnehmen.

Es dürfte inzwischen deutlich geworden sein, daß die Ausländer in der BRD noch erheblich größeren Anlaß zur Sorge über die Volkszählung haben, als die Deutschen. Gleichzeitig kann man ihnen nicht guten Gewissens zum Boykott raten, auch wenn er in vielen Fällen wohl folgenlos sein würde.

Wenn die Fragebogen ausgefüllt werden, sollte deshalb genau darauf geachtet werden, daß die gemachten Angaben keine Nachteile für sich selbst oder für andere bringen können. Voraussichtlich werden die Fragebögen in neun Sprachen abgefaßt. Dennoch bleibt die Möglichkeit, bei Unklarheiten schriftliche Anfragen an die Erhebungsstelle zu stellen oder im Einzelfall einen Dolmetscher zu verlangen. Wer von seinem Recht auf Anonymität der eigenen Daten Gebrauch machen will, muß hierzu nicht die Hilfe von Bekannten und Freunden akzeptieren.

Sollten Ausländer infolge auftretender Bearbeitungsschwierigkeiten durch die Behörden mit Zwangsgeldern und Geldbußen oder mit anderen rechtlichen Schritten belangt werden, so sollten sie sofort eine(n) Anwalt/Anwältin oder eine geeignete Rechtsberatungsstelle aufsuchen. Auch für Ausländer gilt das Recht, bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze von Anwält(inn)en Beratungshilfe nahezu kostenlos in Anspruch nehmen zu können.

Alf Baier und Stefan Ostermann



Kurz belichtet

Der Exotinnen-Trick

Es gibt jetzt ein Trickbuch für alle diejenigen, die Kapitalisten werden wollen: „Kapitalisten-Trickbuch", 52 Seiten, 49.80 DM (!)

Soviel Geld für sowenig Text kommt da vielleicht als erstes.

Das Schmunzeln gefriert einem jedoch, sobald mensch erfährt, wie da zu Geld zu kommen ist: Der Diplom-Soziologe macht detaillierte Angaben darüber, wie man mit möglichst wenig Aufwand an der Vermittlung von Exotinnen verdienen kann, vom Schreibtisch aus sozusagen. Unverblümt wird da zum Frauen-Handel angeregt, in rein geschäftlichem Ton versteht sich.

Ausgehend von geringen Selbstkosten für Annoncen (und das Buch selbst) wird dem pfiffigen Menschenmakler eine ganze Palette von Möglichkeiten eröffnet, vom einfachen Kontaktlieferanten über den Herausgeber spezialisierter Magazine bis zum Inhaber eines Reisebüros, das Billigflüge in exotische Länder organisiert, ist alles drin.

Daß der Autor selbst auch schon gute Vorarbeit geleistet hat, wird aus dem Hinweis deutlich, daß ab sofort entsprechende Adressen bei ihm angefordert werden können: „P.S. Diese Damen suchen Partner."

Die Vorzüge der „Damen" werden folgendermaßen charakterisiert:

„Nicht nur ihr exotisches Aussehen (...) ist es, was europäische Männer fasziniert, sondern auch ihre aus deren Erziehung und Kultur resultierende achtende und dienende Haltung dem Ehemann gegenüber."

Der Assoziation mit Menschenhandel wird von den Herausgebern gleich vorweg entgegengetreten: „Die Autoren und der Verlag distanzieren sich von allen Äußerungen, die im Sinne des StGB (§111/282) verstanden werden könnten."

Verlegt wurde das Buch bei Ingo Gunia, Gelsenkirchen 1986, für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an den Autor selber: Ralf Lehnert, Wintererstr. 15, 1000 Berlin 10.

Betrifft: Baliapal-Bhograi; Indien Briefaktion

Im nordostindischen Orissa, einem der ärmsten Bundesstaaten, versucht die indische Regierung zur Zeit 70.000 Menschen, zumeist Bauern und Fischer, von ihrem angestammten Land in Baliapal und Bhograi (etwa 150 km südöstlich von Kalkutta) zu vertreiben. Hierbei handelt es sich ausgerechnet um ein sehr fruchtbares Gebiet an der Küste des sonst eher bergigen und weniger fruchtbaren Orissa. „Raketen statt Reis" könnte man dieses Regierungsvorhaben nennen: Denn die Region Baliapal Bhograi (150 qkm) mit ihren 132 Dörfern soll in ein Raketenversuchsgelände verwandelt werden. Hier sollen Raketen mit einer Reichweite von bis zu 5.000 km getestet und abgefeuert werden — nach Ansicht westlicher Militärexperten können diese ohne weiteres mit Atomsprengköpfen bestückt werden.

Seit Juni 85, der Bekanntgabe der Regierungspläne, haben die Bewohner begonnen, den Widerstand zu organisieren.

Versuche der Regierung, den Widerstand durch Zugeständnisse an einen Teil der Dörfer und durch Versprechungen von Entschädigungen und Wiederansiedlung aufzuweichen, sind fehlgeschlagen. Aufgrund der Erfahrungen mit Wiederansiedlungsprogrammen anderswo in Indien befürchten die Bewohner, daß der Verlust ihres Landes nicht nur das Ende ihrer jahrhundertealten relativ egalitären bäuerlichen Sozialstruktur, sondern auch der Anfang von Hunger und Elend sein wird. Im Falle einer gewaltsamen Enteignung durch die Regierung haben viele Anhänger der gewaltfreien Widerstandsbewegung angekündigt, ihr Land mit ihren Leben zu verteidigen. Junge Bauern bilden sogenannte Opferbrigaden, die nicht bereit sind, der Gewalt des Militärs und der Polizei zu weichen. Die Regierung von Orissa hat gegen Baliapal und Bhograi eine Wirtschaftsblockade verhängt, Zucker, Kerosin und einige Lebensmittel verknappen sich bereits, im März hat sich die gespannte Lage weiterhin verschärft.

Gründe für diese Food First Information & Action Network-Eilaktion:

Eine Verletzung der Landrechte der Bauern von Baliapal-Bhograi würde deren Recht, sich selbst zu ernähren, sowie ihre sozialen und kulturellen Rechte insgesamt schwer beeinträchtigen. Die Erfahrungen mit Wiederansiedlungsprojekten in Indien sind schlecht. Außerdem gibt es in diesem sehr armen Bundesstaat Orissa nur wenig fruchtbares Land. Für viele tausend Menschen hießen die Ergebnisse dieses Regierungsprojekts Entwurzelung, Elend und Hunger. FIAN befürchtet, daß bei einem möglichen Einsatz von Militär gegen die Bauern und Fischer viel Blut vergossen werden könnte.

Deshalb fordern wir Sie auf, an folgender Briefaktion teilzunehmen. Schreiben Sie umgehend Briefe an untenstehende Adressen und fordern Sie den Schutz der Menschenrechte der Bewohner. Am wirkungsvollsten wären individuell formulierte Briefe, ähnlich dem Briefvorschlag unten.

Ende der Aktion: 5. Juni 1987

Bitte informieren Sie das FIAN-Sekretariat über mögliche Reaktionen auf Ihre Briefe.

Your Exellency,

recently I read in some newspapers in my country about plans for a National Missile Testing Range in Baliapal — Bhogray Orissa, which would displace approximately 70000 people (mostly peasents and fishermen) of 132 villages, destroy one of the most fertile soils of India, and, moreover the very livelihood of these people. I have come to know that they have been resisting those plans of the government. As a person working for land rights and peasants' rights in all parts of the world independent of race, creed, or ideology, I am deeply concerned about the threats to the human rights of these peasants.

I request you ernestly to drop these plans and request the fundamental rights of existence for the inhabitants of Baliapal-Bhograi.

Yours sincerly

Adressen:

President of India, Mr. Giani Zail Singh, President's Secretariat, Rashtrapati Bhavan, New Delhi - 110004

Prime Minister of India, Mr. Rajiv Gandhi, Prime Minister's Office, New Delhi - 110011

Minister of Defence, Mr. V.P. Singh, Ministry of Defence, South Block, New Delhi - 110011

Prof. Dr. Dhirendra Sharma, J. Nehru Univerity School of Languages, New Delhi 110067

Kopien:

An den indischen Botschafter, Herrn Ajwani, Adenauer Allee 262, 5300 Bonn

Chief Minister of Orissa, Mr. J.B. Patnaik, Chief Ministers Office, Bhubaneswar, Orissa, Indien

FIAN SEKRETARIAT
Postfach 10 23 40
D 6900 Heidelberg

Ikarus Expeditionen: „Qualifizierte" Vermarktung bedrohter Völker

Auf dem Tourismusmarkt finden sich neue, unverbrauchte Ziele für die so sehr beliebten Abenteuerreisen. Unter dem Deckmantel von Wissenschaftlichkeit und mit der Schutzbehauptung „Tourismus dient der Völkerverständigung" versehen, werden Reisen zu den bedrohten Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika durchgeführt. Mit der Unterstützung von Ethnologen werden die noch verbliebenen Schutzräume bedrohter Minderheiten als touristische Attraktion vermarktet.

So bieten die IKARUS TOUR GmbH in ihrem Katalog: Expeditionen — Trekking — 1987 z.B. Reisen zu den Yanomani Indianern (Venezuela), zu den Sunda-Inseln (Indonesien), zu den Höhlenmenschen auf den Philippinen (Tau't Batu) oder zu den Buschmännern in Botswana an.

Gegen diese Vermarktung wandten sich Institutionen und Privatpersonen in einer Pressemitteilung, initiiert vom Anti-Rassistischen Arbeitskreis. Im Katalog ist die Rede von Reisen zu „primitiven Rassen und Stämmen", zu den „Eingeborenen", „Kopf-Jägern", „Kannibalen" und zu den „See-Zigeunern".

Die Unterzeichner der Pressemitteilung verurteilen, daß durch eine raffinierte Bildauswahl im Reisekatalog den Teilnehmern dieser „Menschenzoo-Reisen" suggeriert wird, es sei zwar irgendwie gefährlich diese Menschen zu besuchen, doch ganz im Stil bekannter Zigarettenmarken, die auf Mut und Männlichkeit setzen: „Geländefahrzeuge in allen Größen und Schlauchboote in reißenden Gewässern — jeweils bestückt mit Touristen — wechseln sich mit Bildern von *nackten Wilden* (Originalton Ikarus) Blasrohrjägern, bemalten Gesichtern ab... Weitere Reizmotive sind barbusige Schönheiten, die die Attraktion des Menschenzoos noch steigern, vor allem dann, wenn direkt daneben im Text von Festlichkeiten die Rede ist, *die bis zu sexuellen Exzessen führen, gipfeln (doch sollten wir uns als Besucher vor falschen Erwartungen hüten) und auf besondere Sexualpraktiken in dieser unwirklichen, primitiven Welt... in den Eingeborenenhütten* hingewiesen wird."

„Da werden *Stämme besucht, die noch weitgehend unerforscht sind und zu den isoliertesten und am wenigsten bekannten in Afrika gehören,* werden andere *unbekannte Stämme als Weltpremiere* feilgeboten und *der Besuch bei... als wirkliche Weltsensation* angepriesen. *Das hat noch kein anderer Veranstalter jemals riskiert.* Das ist *beinahe eine Forscherexpedition* bzw. *erinnert an eine geradezu traditionelle Forscherexpedition, wie sie im vorigen Jahrhundert anzutreffen war... auf einer der schwersten Abenteuerstrecken unserer Erde.*"

Der Gipfel der kommerziellen Ausschlachtung sind die Anpreisungen eines Expeditionsleiters im Katalog: „*Wir wollen uns bemühen, zu einem Opfer- und Ahnenplatz zu gelangen, dessen Örtlichkeit verschwiegen und geheim gehalten wird... In über 70 großen Bambus- und Palmenhütten lagern zentnerschwere riesige Elfenbeinzähne, einige Dutzend uralte Holztruhen voll mit wertvollen chinesischen Porzellan und Keramiken sowie altem Schmuck aus Silber und Elfenbein. Das alles ist Realität, eine Täuschung nicht möglich. Ein märchenhafte Schatz mitten im Busch. Für die tatsächliche Existenz verbürge ich mich — dabei ist dieser Opferplatz nicht der einzige seiner Art.*"

Von den Unterzeichnern dieser Pressemitteilung wird IKARUS zu Recht aufgefordert, die Expeditionen nicht bzw. nicht mehr durchzuführen.

In der Zeitschrift „Fremdenwirtschaft" 9/87 wehrt sich der Geschäftsführer von IKARUS, Dr. Horst Kitzki gegen die Vorwürfe, dies sei ein Ausverkauf bedrohter, schutzloser Völker. Die wirklichen Feinde seien nicht seine „wohlvorbereiteten" Touristen, sondern „vielmehr seien es die Regierungen der jeweiligen Länder selbst". Unbeachtet läßt Kitzki bei dieser oftmals zutreffenden Schuldzuweisung den Nachahmeeffekt solcher Reisen. Im Widerspruch zu seinem Selbstlob, ein sehr „kompetenter" und „verantwortungsvoller" Veranstalter zu sein, stehen seine Expeditionen in touristische Sperrgebiete, die Länder zum Schutze von Minderheiten errichtet haben. Im Katalog brüstet sich der Veranstalter mit seinen diesbezüglichen Beziehungen: „Es bestehen ausgezeichnete Kontakte zu den Genehmigungsstellen."

Kitzki verweist in seinen Ausführungen, daß zu allem Übel die Minderheiten, seien es die Yanomani oder die Xingu bereits von anderen Veranstaltern vermarktet werden: „Touristische Auswüchse bei anderen Reiseveranstaltern mag es geben, sie sind jedoch bei uns ausgeschlossen. Dazu sind unsere Touren zu gut vorbereitet, zu sorgfältig recherchiert, deswegen sind unsere Touren jeweils mit einem kompetenten, ortserfahrenen und oft auch ethnologisch geschulten Expeditionsleiter besetzt." Immerhin sieht sich Kitzki durch die Vorwürfe soweit sensibilisiert, daß IKARUS die „Diktion" und „Illustration" ihres Kataloges überarbeiten wird.

mm

Aktionen

Olympische Spiele 1988 in Seoul

29.000 Athleten und Journalisten werden erwartet. Für den reibungslosen Ablauf dieses bedeutsamen Sportereignisses betreibt das Gastgeberland Südkorea einen beträchtlichen Aufwand. Geschätzte Kosten — mindestens drei Milliarden US-Dollar.

Auch wir bereiten uns vor auf die Olympischen Spiele:

Die **Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88** — ein Zusammenschluß politischer, kirchlicher und humanitäter Organisationen und anderer Gruppen, Deutsche und Koreaner, die in der Bundesrepublik leben — will Verbindung schaffen zum Gastgeberland und seinen Menschen.

- **Kultureller Austausch und Verständigung**
- **Politische Solidarität!**

Wer profitiert von den Olympischen Spielen?

Der Völkerverständigung sollen sie dienen. Am deutlichsten zeigte die 11. Olympiade 1936 in Berlin, für welche Zwecke sich ein Sportereignis dieser Größenordnung trotz der stets beschworenen Trennung von Sport und Politik mißbrauchen läßt.

Die Olympischen Spiele des letzten Jahrzehnts blieben „Rumpf"-Olympiaden. Aus jeweils unterschiedlichen politischen Gründen wurden sie boykottiert. Zunehmend gerieten sie in den Sog der Ost-West-Blockkonfrontation. Auf der Strekke blieb die Völkerverständigung.

Stattdessen gab es Olympiaden des Werberummels und Prestigegewinns für Staaten und Regierungen. Darum auch geht es der südkoreanischen Regierung 1988.

Für die Bevölkerung des Landes ist der Nutzen dieser Spiele fragwürdig. Für sie heißt das: Stadtsanierungen für eine touristengerechte, saubere Hauptstadt. Straßenhändler, Slumbewohner, die Armen überhaupt, stören in diesem Bild.

Schon seit Jahren werden sie hin und her geschoben, Planierraupen sind für sie „zuständig". Die Olympischen Spiele geben einen zusätzlichen Anschub, Südkorea zu „modernisieren".

Die allgemeinen Lebenshaltungskosten — vor allem die Grundstückspreise und Mieten — steigen zu Lasen eines Großteils der Bevölkerung. Verläuft die Olympiade wie das letzte sportliche Großereignis — die Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko —, so wird sie eine Show für die Zahlungskräftigen, Erfolgreichen, die Mittel- und Oberschichten des Landes.

Das Regime des Ex-Generals Chun Doo Hwan, der sich 1980 an die Macht putschte, betrieb eine intensive Lobbyarbeit, um diese Olympiade nach Seoul zu holen. Sein Kalkül: Südkorea und sein Regime sollen der Welt als Demokratie und Teil des „freien Westens", als wirtschaftspolitisch dynamisches Musterland vorgeführt werden.

Hinter die Fassade sehen!

Sicherlich hat sich das Land schnell entwickelt. Aber es ist eine Entwicklung, die sich auf massive Menschenrechtsverletzungen stützt, die Generationen von Arbeitern und Bauern buchstäblich aussaugt und ausländischen Konzernen immer größere Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten einräumt.

Die weltweit längsten Arbeitszeiten, Hungerlöhne, rasante Landflucht und Verschuldung der Bauern, 1.500 politische Gefangene, eine stark eingeschränkte Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, immer wieder Folter. In einem solchen Klima erzwungener „Ruhe und Ordnung" flossen umfangreiche Wirtschafts- und Finanzhilfen — vorrangig aus Japan, den USA und der Bundesrepublik — ins Land. Heute weist das „Schwellenland" Südkorea mit etwa 50 Milliarden US-Dollar die in ganz Asien höchste Auslandsverschuldung auf. Sie abzutragen, wird immense soziale, politische und wirtschaftliche Kosten erfordern — vorrangig zu Lasten der Armen.

Die „Entwicklung" um jeden Preis brachte es auch mit sich, daß stark umweltverschmutzende Industrien und Produktionsprozesse nach Südkorea ausgelagert wurden.

Geteiltes Land

Von 1910 bis 1945 war Korea eine japanische Kolonie. Seit Ende der vierziger Jahre ist das Land geteilt. Zerschnitten infolge imperialer Großmachtpolitik und nicht etwa, weil es selbst Aggressionen gegen Nachbarländer beging. Diese Besonderheit, von außen aufgezwungen, hat Korea die undurchlässigste Grenze der Welt beschert.

1,2 Millionen Soldaten stehen sich diesseits und jenseits des 38. Breitengrades bis an die Zähne bewaffnet gegenüber. Außerdem sind in Südkorea noch 40.000 US-Soldaten und einige hundert Atomsprengköpfe stationiert. Was im Süden des Pazifik bereits getestet wird, könnten morgen im Nordost-Pazifik zum Einsatz kommen.

Im Inneren beider Teile des Landes dienen die wechselseitigen Feindbilder zur Stabilisierung des jeweiligen Staates: Gelten infolge des in Südkorea staatlich gelenken Antikommunismus die Nordkoreaner als potentielle „Invasoren", so sieht sich Nordkorea als „Bollwerk gegen den US-Imperialismus und seine Seouler Marionetten". Kalter Krieg bis hin zur begrenzten bewaffneten Auseinandersetzung — bis heute dauert er in Korea an.

Korea braucht Frieden und die Möglichkeit zur friedlichen Wiedervereinigung

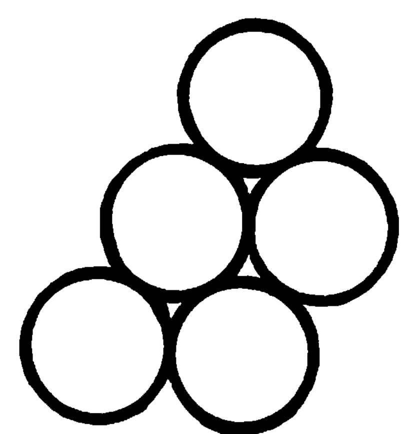
Olympische Spiele in beiden Teilen des Landes — vielleich könnten sie auch Tendenzen zur Öffnung und Entkrampfung in Nordkorea fördern.

Im Gegensatz zu Südkorea hat sich Nordkorea lange vom Ausland abgeschottet. Erst seit Herbst 1984 mehren sich die Anzeichen einer zaghaften Öffnung. Das macht es schwer, sich von Nordkorea und seiner sozialen und politischen Wirklichkeit ein Bild zu machen.

Im wirtschaftlichen und sozialen Bereich hat die Bevölkerung im Norden, der während des Korea-Krieges (1950-53) nahezu völlig zerbombt wurde, auch nach Meinung seiner Kritiker Beachtliches geleistet. Welcher politische Preis hierfür bezahlt wird, wie weit die individuellen und gemeinschaftlichen Entfaltungsrechte und -möglichkeiten in Nordkorea eingeschränkt werden, welche Rolle dem Personenkult um den „Großen Führer" Kim Il Sung zukommt, welche Entwicklungschancen das wirtschaftspolitische System Nordkoreas hat — darüber wissen viele noch zu wenig.

Nordkorea wahrnehmen!

Unser Beitrag zur Völkerverständigung mit Korea schließt ein, alles Wissenswerte und Erkennbare über Nordkorea ohne Vorbehalte zusammenzutragen, zur Kenntnis zu nehmen und zu verbreiten.



Korea '88 — Was wir wollen

Gerade weil wir Sport und Politik nicht trennen, informieren wir im Vorfeld und während der Olympischen Spiele über das „ganze Korea":

- Geschichte und kulturelles Erbe Koreas
- Die Menschen — wie sie arbeiten, wie sie leben
- Den Widerstand gegen die Diktatur und Menschenrechtsverletzungen in Südkorea — wie er zu unterstützen ist
- Den Wunsch nach nationaler Eigenständigkeit und Überwindung der Spaltung des Landes — was es anzuerkennen gilt.

Die Völkerverständigung in die eigene Hand nehmen, haltbare Verbindungen schaffen mit Korea, das heißt: **Korea Olympia Kampagne '88**. Kontakte dürfen nicht allein westdeutschen Banken und Unternehmen überlassen bleiben, die in Südkorea investieren und hier bei uns vor der ostasiatischen Konkurrenz warnen.

Informationen — Materialien

Das baue die Arbeitsgemeinschaft in den nächsten beiden Jahren auf:

- **Korea-Forum**, Hintergrundinformationen zu verschiedenen Themenbereichen mit Kurzinfos, aktuellen Berichten und Dokumenten
- Eine kommentierte Bücherrundschau und Zusammenstellung audiovisueller Medien
- Vermittlung von Referenten und Experten
- Angebote für Kulturveranstaltungen mit koreanischen Künstlern und Kulturgruppen.

Unser Angebot zur Mitarbeit und Zusammenarbeit

- Seminare und bundesweite Treffen mit Sportlern, Journalisten, Gewerkschaftlern, ökumenisch engagierten Christen, entwicklungsbezogenen Aktionsgruppen, der Friedensbewegung und anderen Interessierten.
- Hilfe und Anregung beim Aufbau örtlicher Olympia-Aktionsgemeinschaften und themenbezogener Projektgruppen.
- Gemeinsame bundesweite öffentliche Aktionen.

Aufruf zur Unterstützung

Wir suchen die Mitarbeit vieler, damit wir informieren und wirksame Solidarität organisieren können. Dafür benötigen wir Spenden.

Kontakt/Koordination/Anfragen
Michael Denis
Arbeitsstelle Ostasien
ESG Frankfurt
Guiollettstr. 64
6000 Frankfurt/Main 1
Telefon (0 69) 72 48 98

Informationen/Publikationen
Rainer Werning
Korea-Informationsstelle
c/o terre des hommes
Ruppenkampstraße 11 a
4500 Osnabrück
Telefon (05 41) 71 01 - 122

Spendenkonto
Evangelische Darlehensgenossenschaft Kiel,
Konto-Nummer 85 111 (BLZ 210 602 37)
Stichwort: Korea
Spenden sind steuerlich absetzbar!

Träger der Kampagne sind bislang (Stand: 15. 1. 1987):
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin/West (aej) · Evangelische Studentengemeinde in der BRD und Berlin/West (ESG) · Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) · Koreanische Aktionsgemeinschaft · Deutsch-Koreanische Freundschaftsgesellschaft · Korea-Komitee in der BRD und Berlin (West) · Korea-Initiativgruppe Nordelbien · Antiimperialistisches Solidaritätskomitee Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) · Südostasien Informationsstelle/Verein für Entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien · Jungsozialist/inn/en in der SPD · Solidaritätsfonds Dritte Welt · DIE GRÜNEN · terre des hommes Deutschland (tdh) · Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)

Neuerscheinungen

Paro Chilenische Gewerkschaften unter der Diktatur, Jaime Ensignia, Herausgeber: FDCL und Gelat, Edition Band 10, 220 S., DM 19.80
Dokumentation des Hungerstreiks der kurdischen Flüchtlinge in Meckenheim gegen die gemeinnützige und zusätzliche Arbeit im Februar 1987, Ausländerinitiative Meckenheim (Hrg.), 30 S., Bezug: Rolf Kloke, Brahmstr. 22, 5309 Meckenheim

El Consul Rebelde, Carlos und Pablo Lira, Biografia, Longuen Editiones Hamburgo, 253 S.

Nahrungsmittel als Waffe, Horst Schilling, Die Entwicklungsländer im Würgegriff der imperialistischen Nahrungsmittelpolitik, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Dietz Verlag, Berlin/Ost, 227 S.

Rüstungsexportpolitik, Michael Brzoska, Arnoldshainer Schriften zur Interdisziplinären Ökonomie, Band 1, Haag und Herchen, Frankfurt, 224 S.

Zwischen Engagement und Karriere, Luiz Ramalho, Arbeits- und Studienaufenthalte in der Dritten Welt, ASA-Studien Nr. 5, Verlag Breitenbach, Saarbrücken

Die Nato, Anatomie eines Militärpaktes, Dietrich Schulze-Marmeling, Verlag Die Werkstatt, Göttingen, 270 S., DM 19.80

Der profitable Krieg: Iran — Irak, Broschüre, Hrg. von der BUKO-Koordinationsstelle 'Stoppt den Rüstungsexport', Bremen, DM 3.50

Schuldenkrise, Bortz, Castro, Mandel, Wolf, isp-pokket 24

Adult Education and Development, Nr. 28, Wolfgang Leumer (Hrg.), 190 S.

Erez Palästina, Susann Heenen-Wolff, Juden und Palästinenser im Konflikt um ein Land, Sendler Verlag, Frankfurt/M., 236 S., DM 22.-

Tagungshinweise

Seminare des Jugendhofs Vlotho:
— Politik, Gesellschaft und Erziehung im Mittelmeerraum, 1.-5. 6. 87
— Internationale und Interkulturelle Zusammenarbeit. Für Mitarbeiter in Jugend- und Ausländerarbeit. 16.-19.6. 87
— Die Sozialverträglichkeit von neuen Technologien, 25.-27. 9. 87
Information und Anmeldung: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho

Vierter Bundesweiter Gesundheitstag vom 28.-31. Mai in Kassel. Info und Anm.: Verein Gesundheit und Ökologie, Friedrich-Ebert-Str. 177, 3500 Kassel, Tel. 05 61 / 3 40 00

Pfingst-Treff Dreyeckland 1987. Motto: „Für ein Dreyeckland ohne Tiefflieger, Atomtod und Rheinvergiftung". Info und Anm.: Freiburger Friedensbüro e.V., Habsburgerstr. 9, 7800 Freiburg

Der Pazifik. Militarisierung und Widerstand im Südseeraum, 26.-28. 6. 87. Info und Anm.: „Kurve" (Bildungsstätte für gewaltfreie Aktion) Kirchstr. 14, 3135 Wustrow

Seminare des Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE):
— Hunger ist kein Schicksal — Hunger wird gemacht. 26.-28. 6. 87 in Enger
— Türkei — Begegnung mit einer fremden Kultur. 26.-28. 6. 87 in Oldendorf
Info und Anm.: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 0 57 33 / 68 00

„Frauenförderung — Frauenforderung — Weitergedacht". Ein Seminar des Gustav-Stresemann-Instituts zum Thema „Frauen und Dritte Welt" vom 15. 6.-19. 6. 87. Geladen sind ausschließlich weibliche Referenten. Info und Anm.: Gustav-Stresemann-Institut, haus Lerbach, 5060 Bergisch-Gladbach. 0 22 02 / 3 10 21

„Muß die grüne Revolution neu beurteilt werden? 10.-12. 6. in Bad Boll. Info und Anm.: Evangelische Akademie Bad Boll, 7325 Bad Boll

Zeitschriftenschau

ila-info 104
Schwerpunktthema: Medien in Lateinamerika — Der Kampf um die Köpfe — Gerade im Bereich der Medien sind die 'offenen Adern' Lateinamerikas besonders deutlich sichtbar: die kulturelle Penetration durch westliche Medienprodukte und Konsumgewohnheiten, die durch die Einführung neuer Medien noch beschleunigt werden. Die aktuelle Nummer des ila-infos enthält Beiträge zur Deutschen Welle in Lateinamerika, zum mexikanischen Medienkonzern TELEVISA, zum Einfluß der Moon-Sekte auf den Medienmarkt Uruguays, zum Fernsehen in El Salvador, zur Propaganda in der Aufstandsbekämpfung und der Suche nach einem praktikablen Medienkonzept in Nicaragua.
Gleichzeitig entwickeln sich Ansätze einer alternativen Medienproduktion und -kultur, mit denen sich Beiträge zu den revolutionären Medien El Salvador, zur mexikanischen Frauenzeitschrift 'fem', zur puertorikanischen Zeitschrift 'Homines', zur Photografie in Chile und zur lateinamerikanischen Filmschule in Havanna beschäftigen. Weitere Beiträge zu Kolumbien, Argentinien, Peru und zur westdeutschen 'Entwicklungshilfe'.
Weiterhin ist bekanntzugeben, daß die ila umgezogen ist, die neue Adresse lautet: ila, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn

Solidarische Welt 117
Schwerpunkt: Afrika — Selbsthilfe in Westafrika — Sich (besser) ernähren, um (anders) zu leben. Eine Stellungnahme aus dem Senegal — Handwerkliche Ausbildung in Kap Verde und Zimbabwe — Wirtschaftsbeziehungen BRD — Südafrika — Rüstungsexporte nach Südafrika — Alternativer Nobelpreis an Indianer im Amazonas-Tiefland — Nicaragua-Aktion — Agisra-Netzwerk zum Problem Prostitutionstourismus und Frauenhandel — Literaturhinweise — Beilage: Projektinfos zu Frauenprojekten in der ASW.
ASW, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

AIB 5/87
Sonderteil: Hunger ist kein Schicksal — Beiträge zu den Ursachen der Hungerprobleme in Afrika, zum Thema Nahrungsmittel als Waffe, zur Rolle des Agrobusiness, zur Hungernothilfe und dem UNO/FAO-Konzept und Länder-Fallbeispiele (Kenia, Burkina Faso, Äthiopien, Mosambik/Zimbabwe). Außerdem Beiträge zum ev. Kirchentag, zur Krise der Contras, zum Weizsäcker-Besuch inGuatemala, zur Opposition in Südkorea, zu Lösungsvarianten der Schuldenkrise und zur Entkolonisierung der asiatischen Sowjetrepubliken.
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Forum 155
Schwerpunkt: Vorbereitungsmaterialien zum BUKO 11 (Rechenschaftsberichte, Anträge an das Plenum), dazu aktionsorientierte Information (Multis, Banken) und ein umfangreicher Serviceteil.
FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster, DM 3.-

Erziehung heute
Themenschwerpunkt: Lateinamerikanische Frauen in Österreich — Österreich rühmt sich auf internationalem Parkett und in Selbstdarstellung das Asylland der Welt zu sein. Man schwelgt sich in beeindruckenden Zahlen die Jahr für Jahr die Flüchtlingsmassen in Statistiken widerspiegeln. Nur was tatsächlich dahintersteht ist nicht erkennbar. Das Schicksal der 4 Frauen, die mit ihren Männern fliehen müssen, die Verständigungsschwierigkeiten in einem fremden Land, das Aufgeben vertrauter Umgebung, die Ghettoisierung, etc.; das alles und vieles mehr wird nicht erwähnt.
Über ihre Erfahrungen im Asylland Österreich berichten einige exilierte lateinamerikanische Frauen.
Erziehung heute, Salurnerstr. 2/IV, A-6020 Innsbruck

Querbrief 1/87
Das Fremde und wir (Fortsetzung der Diskussion aus Querbrief 3/4/86): Schuldgefühle, 'positiver Rassismus', Kooperanten Team als Machtfaktor — Aussagen und Taten der Inkatha-Organisation im Vergleich — Absturz der mosambikanischen Präsidentenmaschine immer noch ungeklärt — Zimbabwe: Projektbesuch — Deichbau in der Casamance/Senegal: wie Bauern ihre Reisfelder zurückgewinnen — Spendenaufruf für Stickereiprojekt in Palästina — aus leider aktuellem Anlaß: Projektmitarbeiter erneut verhaftet.
Querbrief, Weltfriedensdienst e.V., Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

EPK 5
Schwerpunkt: Industriemacht Indien — behandelt wird die industrielle Entwicklung in Indien und ihre Neubestimmung durch die derzeitige Regierung. Das Heft enthält Beiträge zur Computer- und Rüstungsindustrie, zu Indiens Rolle als Entwicklungshilfe-Geber sowie zur Bedeutung der indischen Privatindustrie. Letzteres wird am Beispiel der indischen Multis Birlas und Tatas aufgezeigt. Die sozialen Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik sind ein weiterer Schwerpunkt. Außerdem enthält die Ausgabe einen ausführlichen Informationsteil zu den einzelnen Bundesstaaten und Unionsterritorien.
Entwicklungspolitische Korrespondenz, PF 2846, 2000 Hamburg 20, DM 4,-

epd-Entwicklungspolitik 7/87
Schwerpunkt: US-Landwirtschaft und Dritte Welt · Mörderischer Wettbewerb: Im Handelskrieg USA - EG verlieren die Bauern · US-Kirchen stellen die Machtfrage bei Landverteilung; US-Agrarpolitik bedeutet Abhängigkeit und Zerstörung für die Dritte Welt.
Infos: Waffenhandel: UNITA erhielt Waffen über Frankfurter Firma; Chile „Der Papst ist willkommen, Pinochet soll gehen"; Südafrika: Weiße wählen, weitere Scheinreformen.
epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1; 3,50 DM

Informationsdienst südliches Afrika 1/87
Im Griff Pretorias — Destabilisierung und Krieg im südlichen Afrika; US-Hilfe für die UNITA; Unicef-Studie: alle vier Minuten stirbt ein Kind in Angola oder Mosambik durch die Folgen des Krieges; der IWF und Sambia; politische Aspekte des Wasserbauprojektes zwischen SA und Lesotho; Außerdem: Überlegungen zu einem Regierungsprogrammes des ANC; „Stammesfehden in Südafrikas Minen; NUM-Kongreß; Barclays und die technologische Kooperation mit SA; Sanktionsnachrichten; Kampagne Kirchentag gegen Apartheid u.a.
issa, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1; 5,- DM

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Bürgerinformation zur Volkszählung am 25. Mai 1987

Liebe Bürgerin, Lieber Bürger!

Zum Stichtag 25. Mai 1987 soll in der Bundesrepublik Deutschland und in Wesberlin eine sogenannte Volkszählung stattfinden. (Es ist dies der zweite Versuch, nachdem die 1983 geplante Volkszählung durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt wurde.)
Täglich können wir in den Zeitungen lesen, daß immer mehr Menschen zutiefst beunruhigt sind und sich auch diesem neuen Aufruf zu einer Volkszählung verweigern wollen. Gewerkschafter, Bürgerrechtsorganisationen, kirchliche Gruppen, zum Teil auch Politiker, vor allem aber Wissenschaftler und Juristen, die die Möglichkeiten des Datenmißbrauchs kennen, appellieren an die Bundesregierung und die Landesregierungen, die Volkszählung erneut und für immer abzublasen.

Inzwischen gibt es hunderte lokaler Bürgerinitiativen gegen die Volkszählung, und täglich kommen neue hinzu. Während die Regierung behauptet, die Volkszählung sei erforderlich und man brauche um seine persönlichen Daten nicht besorgt zu sein, erklären Experten, daß die Volkszählung nicht nur Milliarden DM verschleudert, sondern zu einer Volksaushorchung zu entarten droht, und daß die persönlichen Daten keineswegs ausreichend geschützt sind.

Aufruf

Die Vorbehalte vieler Bürgerinnen und Bürger gegen die Volkszählung 1987 und die von ihnen geplanten Aktionen dürfen nicht im Sande versickern. Einerseits sollte jede persönliche Gefährdung nach Möglichkeit ausgeschlossen werden, andererseits gilt es zu verhindern, daß eine am Widerstand der Bürger gescheiterte Volkszählung von den Verantwortlichen zu einem Erfolg umgedeutet wird.

Deshalb müssen alle diejenigen, die ihre persönlichen Daten dem Staat nicht zur Verfügung stellen wollen (oder die auf andere Weise gegen die Volkszählung 1987 protestieren) dies *öffentlich kundtun.* Nur dann gelingt es, denjenigen entgegenzutreten, die mit der Volkszählung den Bürger zugleich disziplinieren wollen.

Die Unterzeichnung der umseitig abgedruckten Erklärung ist durch ein Grundrecht gesichert (Petitionsrecht, Artikel 17 Grundgesetz). Niemand gefährdet sich durch die Abgabe einer solchen Erklärung. Wir werden die unterzeichneten Erklärungen dem Deutschen Bundestag vorlegen und dadurch dokumentieren, wie viele Bürgerinnen und Bürger dazu beigetragen haben, daß die Volkszählung 1987 — spätestens nach dem 25. Mai 1987 — gescheitert ist.

Humanistische Union e.V.
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Erklärung

Hiermit erkläre ich, daß ich mich der Volkszählung am 25. Mai 1987
☐ ganz (Boykott)
☐ teilweise (‚weicher' Boykott),
☐ auf sonstige Weise
widersetze,
☐ weil die Volkszählung nicht den Auflagen entspricht, die das Bundesverfassungsgericht in der Volkszählungsentscheidung 1983 aufgestellt hat,
☐ weil die Volkszählung so durchgeführt wird, daß die Wiedererkennung meiner Person möglich ist,
☐ weil in der Praxis der Mißbrauch meiner Daten technisch, organisatorisch oder personell nicht ausgeschlossen ist.

Ich bin damit einverstanden, daß diese Erklärung von der Humanistischen Union und vom Komitee für Grundrechte und Demokratie als Petition im Sinne von Artikel 17 Grundgesetz verwendet wird mit der Forderung, daß die Volkszählung ausgesetzt wird oder — falls sie bereits vollzogen wurde — die erhobenen Daten vernichtet werden.

Name und Vorname: ....

Adresse: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

(Ohne Anschrift eingegangene Erklärungen können bei der Petition nicht berücksichtigt werden.)

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
Humanistische Union e.V.
Postfach 1250, 6124 Beerfelden
(Aus Sicherheitsgründen als Brief abschicken)